



# Monatsbericht des BMF

## April 2009





Monatsbericht des BMF  
**April 2009**



 Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>2</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>4</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	5
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2009.....	12
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes.....	15
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	20
Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2009 .....	26
Termine, Publikationen .....	27
 <b>Analysen und Berichte.....</b>	 <b>29</b>
Bundshaushalt 2009 – Soll-Bericht .....	30
Die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs wird entschieden fortgeführt.....	62
Der 2. Weltfinanzgipfel in London .....	65
Das Europäische Konjunkturprogramm .....	70
Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2008/2009 .....	77
 <b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	 <b>103</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	104
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte.....	133
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.....	145

 Editorial

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

am 2. April trafen sich die Staats- und Regierungschefs der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G20) zum Weltfinanzgipfel in London. Der Gipfel hatte drei Schwerpunkte: die Wiederherstellung von Wachstum und Beschäftigung, die Gestaltung der Finanzmarktarchitektur und die Reformen der internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken. Wichtiges Ergebnis des G20-Treffens: Zukünftig soll kein Finanzmarktakteur, kein Finanzmarktpunkt und kein Finanzmarkt ohne Aufsicht oder Regulierung sein. Aus Sicht der Bundesregierung ist es insbesondere ein großer Erfolg, dass dieser Grundsatz für alle systemisch relevanten Akteure auf den Finanzmärkten, d. h. auch auf Hedge-Fonds durchgesetzt wurde. Mit dem gemeinsamen Beschluss der G20-Staaten, die Ressourcen multinationaler Institutionen wie IWF oder Weltbank substantiell zu erhöhen, werden zudem wichtige Instrumente zur Krisenbewältigung - insbesondere auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern - entscheidend gestärkt.

Die G20-Staats- und Regierungschefs waren sich einig, dass es bei der aktuellen Krise zunächst darum gehen muss, möglichst schnell wieder gesamtwirtschaftliches Wachstum zu erreichen, das Arbeitsplätze schafft, ohne dabei die langfristige fiskalische Nachhaltigkeit außer Acht zu lassen.



Auch die Bundesregierung setzt mit ihren Konjunkturprogrammen kräftige finanzielle Impulse, die gleichzeitig aber - mit der Tilgungsregelung für die neu aufgenommenen Schulden im Rahmen des Investitions- und Tilgungsfonds und der neuen verfassungsrechtlichen Schuldenregel - die Rückkehr zu einem dauerhaften Konsolidierungskurs vorzeichnen.

Bereits im Herbst 2008 haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise ergriffen. Auf Vorschlag der Europäischen Kommission stimmten die Staats- und Regierungschefs im Dezember 2008 einem Europäischen Konjunkturprogramm in Höhe von rund 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union zu. Im März 2009 konnte der Europäische Rat fiskalische Anreize von mehr als 400 Mrd. € in den Mitgliedstaaten und 30 Mrd. € auf EU-Ebene feststellen – wobei der Beitrag Deutschlands im Vergleich überdurchschnittlich ist. Gleichzeitig hat der Europäische Rat bekräftigt, entschlossen für solide öffentliche Finanzen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts einzutreten.

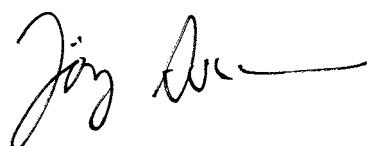
Ein Blick in die aktuellen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der europäischen Nachbarstaaten zeigt: Nachdem sich die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im konjunkturellen Aufschwung positiv entwickelt hatte, muss für das Jahr 2009 mit

 Editorial

einer deutlichen Ausweitung der Defizite in Europa gerechnet werden. Die EU-Kommission hat gegenüber Irland, Griechenland, Lettland, Spanien und Frankreich bereits Defizitverfahren eröffnet. Deutschland hat 2008 noch einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt erzielt. Im Ende Januar aktualisierten Stabilitätsprogramm wird jedoch für das Jahr 2009 ein gesamtstaatliches Defizit nahe dem Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 3% des BIP und für 2010 eine weitere Erhöhung auf 4% in Relation zum BIP prognostiziert.

Auch im Bundeshaushalt 2009 hinterlässt die schwierige Wirtschafts- und Finanzlage ihre Spuren. Neben den beschlossenen Ausgabenprogrammen für die Konjunkturpakete I und II schlagen insbesondere die steuerlichen Mindereinnahmen sowie die Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt zu Buche. In der Folge steigt die geplante Neuverschuldung mit dem Nachtragshaushalt 2009 auf 36,9 Mrd. €.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten kommt der Bekämpfung von Steuerhinterziehung eine besondere Bedeutung zu. Dies zeigen auch die eingangs erwähnten Beschlüsse des G20-Weltfinanzgipfels in London. Um einen fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen zu gewährleisten und die staatliche Einnahmenbasis zu sichern, muss der Steuerhinterziehung entschieden entgegengetreten werden. Das konkrete Beispiel der Bekämpfung der Umsatzsteuerhinterziehung zeigt, wie die Bundesregierung hierbei mit Nachdruck vorgeht.



Jörg Asmussen  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

► Übersichten und Termine

## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	5
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2009.....	12
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes.....	15
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....	20
Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2009.....	26
Termine, Publikationen .....	27

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Finanzwirtschaftliche Lage

Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt ist zu Jahresbeginn noch gering. Gerade bei einer geringen Datenbasis fallen Veränderungen in Einzelpositionen sowohl bei einer absoluten als auch einer

relativen Betrachtung stark ins Gewicht. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von -17,4 Mrd. € ableiten.

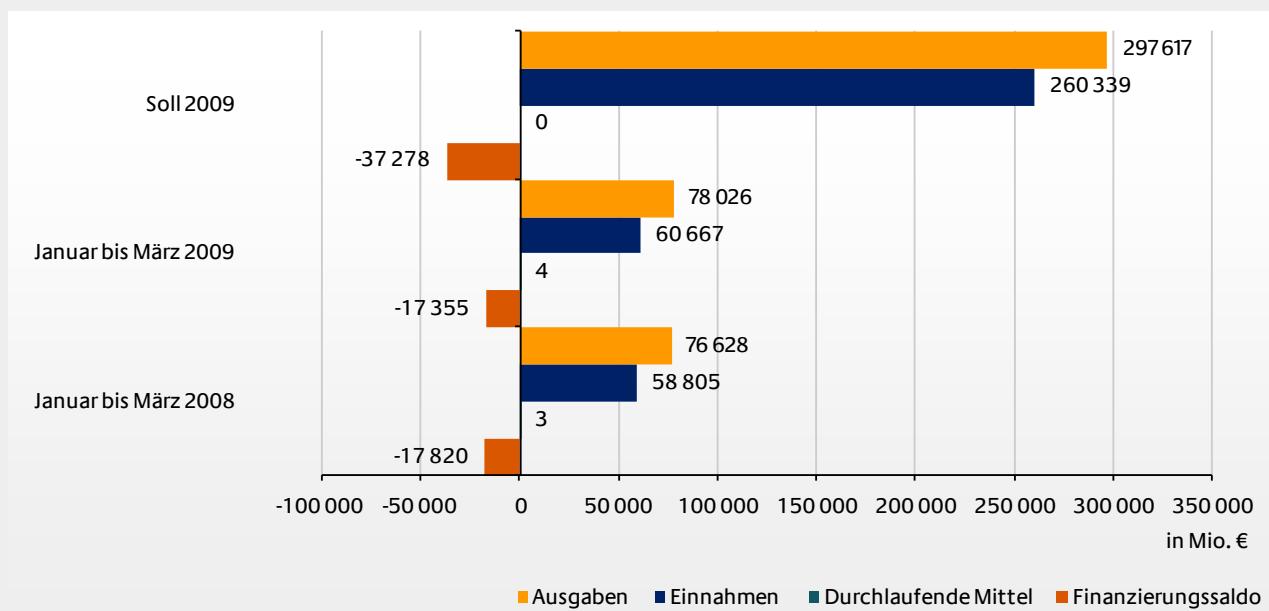
### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist - Entwicklung <sup>2</sup> Januar bis März 2009
<b>Ausgaben (Mrd. €)</b>	<b>297,6</b>	<b>78,0</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,4	1,8
<b>Einnahmen (Mrd. €)</b>	<b>260,3</b>	<b>60,7</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-3,7	3,2
<b>Steuereinnahmen (Mrd. €)</b>	<b>233,2</b>	<b>49,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-2,5	-2,5
<b>Finanzierungssaldo (Mrd. €)</b>	<b>-37,3</b>	<b>-17,4</b>
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-18,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,1
<b>Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)</b>	<b>-36,9</b>	<b>0,8</b>

<sup>1</sup>Stand Nachtragshaushalt 2009

<sup>2</sup>Buchungsergebnisse

### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Stand Soll: Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Der in der Finanzierungsübersicht dargestellten Nettotilgung in Höhe von 0,8 Mrd. € steht ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von -18,3 Mrd. € gegenüber.

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich März mit 78,0 Mrd. € um 1,4 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+1,8%). Bereinigt um die ab 2009 geänderte

### Entwicklung der Bundesaufgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 <sup>1</sup> in Mio. €	Ist - Entwicklung Januar bis März 2009		Ist - Entwicklung Januar bis März 2008		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	
<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>50 394</b>	<b>53 595</b>	<b>13 794</b>	<b>17,7</b>	<b>12 584</b>	<b>16,4</b>	<b>9,6</b>
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 993	5 717	1 930	2,5	1 665	2,2	15,9
Verteidigung	29 999	31 019	8 048	10,3	7 472	9,8	7,7
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 103	6 357	1 597	2,0	1 447	1,9	10,4
Finanzverwaltung	3 307	3 783	823	1,1	675	0,9	21,9
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>13 437</b>	<b>14 602</b>	<b>2 812</b>	<b>3,6</b>	<b>2 374</b>	<b>3,1</b>	<b>18,4</b>
BAföG	1 193	1 433	432	0,6	384	0,5	12,5
Forschung und Entwicklung	7 709	8 761	1 017	1,3	894	1,2	13,8
<b>Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen</b>	<b>140 439</b>	<b>147 091</b>	<b>40 229</b>	<b>51,6</b>	<b>39 933</b>	<b>52,1</b>	<b>0,7</b>
Sozialversicherung	75 539	76 302	24 459	31,3	24 186	31,6	1,1
Arbeitslosenversicherung	7 583	7 777	0	0,0	1 896	2,5	-100,0
Grundsicherung für Arbeitssuchende	34 776	36 210	8 626	11,1	8 486	11,1	1,6
darunter: Arbeitslosengeld II	21 624	22 100	5 633	7,2	5 677	7,4	-0,8
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 889	3 500	857	1,1	990	1,3	-13,4
Wohngeld	772	591	134	0,2	98	0,1	36,7
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 769	4 424	1 186	1,5	1 283	1,7	-7,6
Kriegsopfersorgung und -fürsorge	2 269	2 083	657	0,8	683	0,9	-3,8
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	<b>1 058</b>	<b>1 208</b>	<b>218</b>	<b>0,3</b>	<b>189</b>	<b>0,2</b>	<b>15,3</b>
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 607</b>	<b>1 857</b>	<b>252</b>	<b>0,3</b>	<b>275</b>	<b>0,4</b>	<b>-8,4</b>
Wohnungswesen	1 062	1 210	206	0,3	222	0,3	-7,2
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 778</b>	<b>7 386</b>	<b>2 043</b>	<b>2,6</b>	<b>2 475</b>	<b>3,2</b>	<b>-17,5</b>
Regionale Förderungsmaßnahmen	945	738	134	0,2	193	0,3	-30,6
Kohlenbergbau	1 816	1 465	1 375	1,8	1 817	2,4	-24,3
Gewährleistungen	698	2 400	73	0,1	124	0,2	-41,1
<b>Verkehrs und Nachrichtenwesen</b>	<b>11 231</b>	<b>12 894</b>	<b>2 010</b>	<b>2,6</b>	<b>2 003</b>	<b>2,6</b>	<b>0,3</b>
Straßen (ohne GVFG)	6 045	6 787	688	0,9	766	1,0	-10,2
<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen</b>	<b>16 991</b>	<b>15 965</b>	<b>3 027</b>	<b>3,9</b>	<b>1 513</b>	<b>2,0</b>	<b>100,1</b>
Bundeseisenbahnvermögen	4 326	5 506	1 082	1,4	93	0,1	1063,4
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 864	4 074	794	1,0	385	0,5	106,2
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>41 374</b>	<b>43 020</b>	<b>13 640</b>	<b>17,5</b>	<b>15 281</b>	<b>19,9</b>	<b>-10,7</b>
Zinsausgaben	40 171	41 431	13 204	16,9	14 724	19,2	-10,3
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>282 308</b>	<b>297 617</b>	<b>78 026</b>	<b>100,0</b>	<b>76 628</b>	<b>100,0</b>	<b>1,8</b>

<sup>1</sup>Stand: Nachtragshaushalt 2009.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung, lag die Steigerung sogar bei +4,4%. Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 60,7 Mrd. € um 1,9 Mrd. € (+3,2%). Mit 49,3 Mrd. € lagen die Steuereinnahmen 0,2 Mrd. € (-0,5%) unter dem Vorjahresergebnis; die Verwaltungseinnahmen legten um 22,7% auf 11,3 Mrd. € zu. Der im Vergleich zum Vorjahr um 2,0 Mrd. € auf 6,3 Mrd. € gestiegene

Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank aus dem Jahr 2008, der gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz im März an den Bundeshaushalt abgeführt wurde, beeinflusste hierbei das positive Ergebnis der Verwaltungseinnahmen insbesondere.

Mit dem Nachtragshaushalt 2009 – der Anfang März in Kraft getreten ist – wurden für das laufende Haushaltsjahr die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zur Umsetzung der

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 <sup>1</sup> in Mio. €	Ist - Entwicklung Januar bis März 2009 in Mio. € Anteil in %		Ist - Entwicklung Januar bis März 2008 in Mio. € Anteil in %		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	257 992	268 933	72 920	93,5	72 224	94,3	
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>257 992</b>	<b>268 933</b>	<b>72 920</b>	<b>93,5</b>	<b>72 224</b>	<b>94,3</b>	<b>1,0</b>
<b>Personal Ausgaben</b>	<b>27 012</b>	<b>27 791</b>	<b>7 626</b>	<b>9,8</b>	<b>6 942</b>	<b>9,1</b>	<b>9,9</b>
Aktivbezüge	20 298	20 959	5 605	7,2	5 086	6,6	10,2
Versorgung	6 714	6 832	2 021	2,6	1 856	2,4	8,9
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>19 742</b>	<b>21 129</b>	<b>4 482</b>	<b>5,7</b>	<b>4 191</b>	<b>5,5</b>	<b>6,9</b>
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 421	1 451	279	0,4	258	0,3	8,1
Militärische Beschaffungen	9 622	10 360	2 314	3,0	2 218	2,9	4,3
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9 318	1 888	2,4	1 715	2,2	10,1
<b>Zinsausgaben</b>	<b>40 171</b>	<b>41 431</b>	<b>13 204</b>	<b>16,9</b>	<b>14 724</b>	<b>19,2</b>	<b>-10,3</b>
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>168 424</b>	<b>178 165</b>	<b>47 506</b>	<b>60,9</b>	<b>46 281</b>	<b>60,4</b>	<b>2,6</b>
an Verwaltungen	12 930	14 855	3 218	4,1	2 290	3,0	40,5
an andere Bereiche	155 494	163 310	44 417	56,9	44 070	57,5	0,8
darunter:							
Unternehmen	22 440	23 890	5 487	7,0	5 421	7,1	1,2
Renten, Unterstützungen u.a.	29 120	29 415	7 706	9,9	7 799	10,2	-1,2
Sozialversicherungen	99 123	104 653	29 918	38,3	29 677	38,7	0,8
<b>Sonstige Vermögensübertragungen</b>	<b>2 642</b>	<b>417</b>	<b>102</b>	<b>0,1</b>	<b>86</b>	<b>0,1</b>	<b>18,6</b>
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>24 316</b>	<b>28 798</b>	<b>5 105</b>	<b>6,5</b>	<b>4 404</b>	<b>5,7</b>	<b>15,9</b>
<b>Finanzierungshilfen</b>	<b>17 117</b>	<b>20 149</b>	<b>4 219</b>	<b>5,4</b>	<b>3 457</b>	<b>4,5</b>	<b>22,0</b>
Zuweisungen und Zuschüsse	14 018	14 957	3 172	4,1	2 535	3,3	25,1
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 395	4 257	640	0,8	604	0,8	6,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	407	0,5	318	0,4	28,0
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 199</b>	<b>8 649</b>	<b>886</b>	<b>1,1</b>	<b>947</b>	<b>1,2</b>	<b>-6,4</b>
Baumaßnahmen	5 777	7 061	608	0,8	709	0,9	-14,2
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	189	0,2	156	0,2	21,2
Grunderwerb	504	533	90	0,1	82	0,1	9,8
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>- 114</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>282 308</b>	<b>297 617</b>	<b>78 026</b>	<b>100,0</b>	<b>76 628</b>	<b>100,0</b>	<b>1,8</b>

<sup>1</sup>Stand: Nachtragshaushalt 2009.

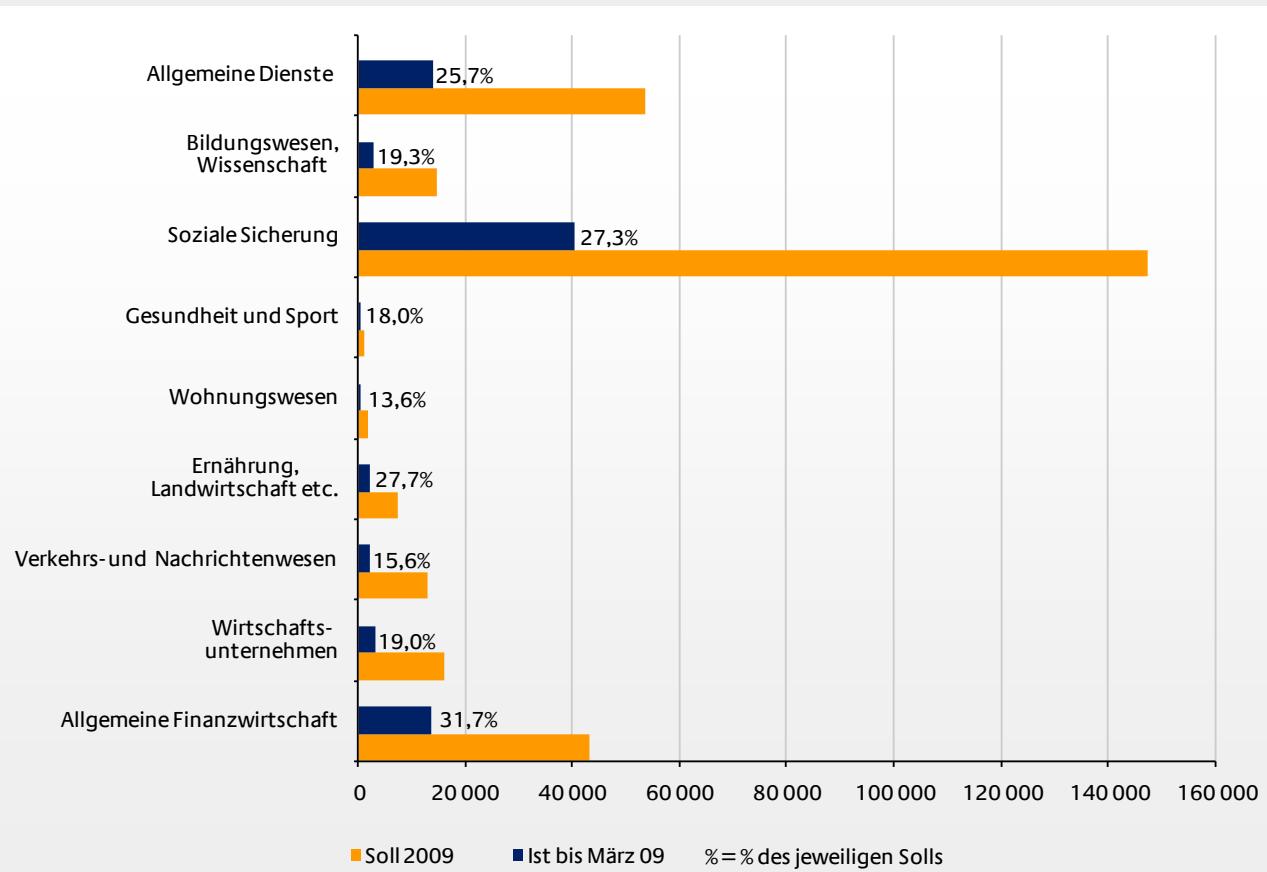
## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Maßnahmen aus dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ auf Bundesebene geschaffen, soweit diese nicht

aus dem durch Bundesgesetz errichteten Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ finanziert werden.

### Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereiche/Hauptfunktionen Januar bis März 2009



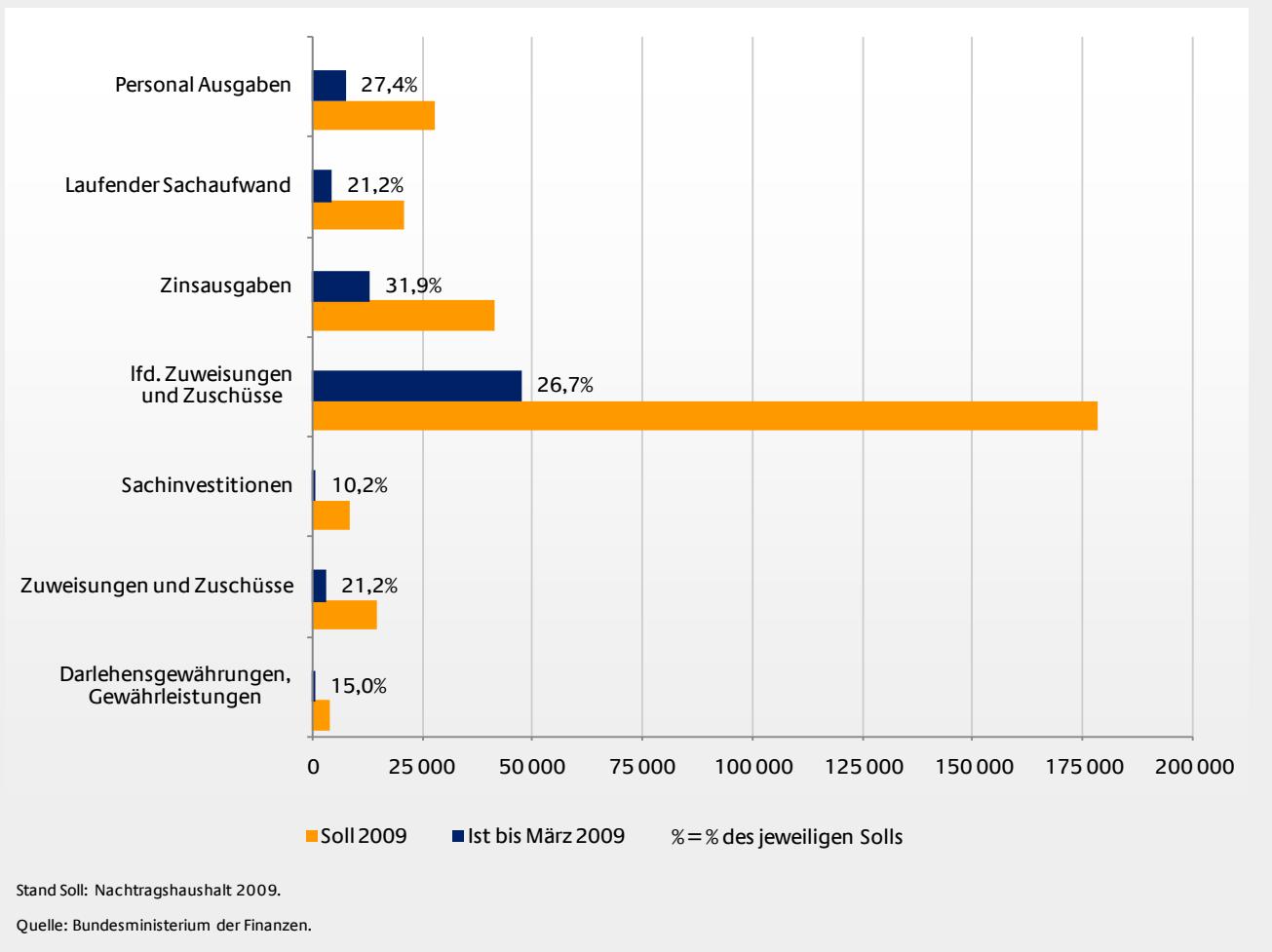
Stand Soll: Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

#### Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis März 2009



## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

#### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

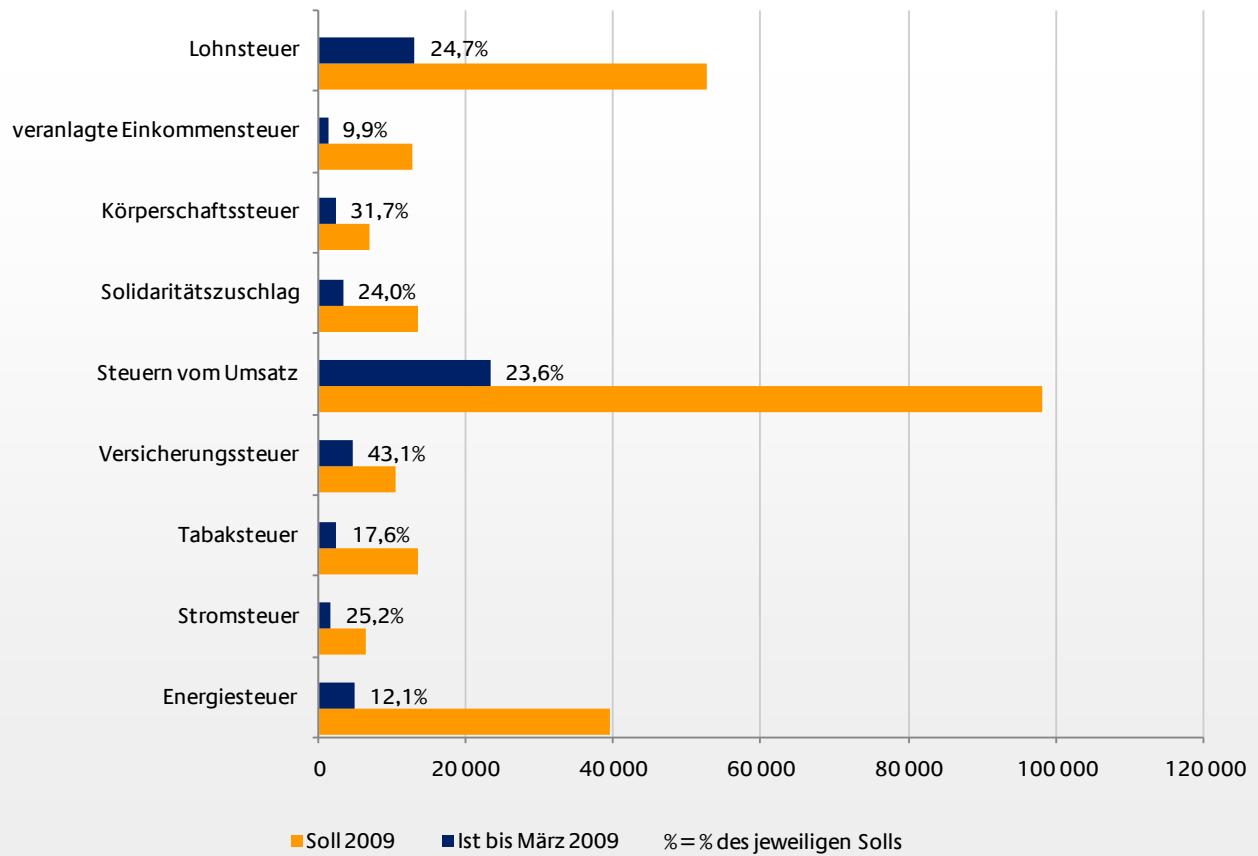
	Ist 2008 in Mio. €	Soll 2009 <sup>1</sup> in Mio. €	Ist - Entwicklung		Ist - Entwicklung		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Januar bis März 2009 in Mio. €	Anteil in %	Januar bis März 2008 in Mio. €	Anteil in %			
<b>I. Steuern</b>	<b>239 231</b>	<b>233 180</b>	<b>49 320</b>	<b>81,3</b>	<b>49 559</b>	<b>84,3</b>	<b>-0,5</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	193 532	185 508	43 652	72,0	44 343	75,4	-1,6
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Zinsabschlag)	96 379	86 015	20 449	33,7	20 425	34,7	0,1
davon:							
Lohnsteuer	60 310	52 500	12 986	21,4	12 562	21,4	3,4
veranlagte Einkommensteuer	13 899	12 708	1 262	2,1	1 567	2,7	-19,5
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 305	8 695	1 598	2,6	1 545	2,6	3,4
Zinsabschlag	5 922	5 174	2 403	4,0	2 379	4,0	1,0
Körperschaftssteuer	7 943	6 938	2 199	3,6	2 372	4,0	-7,3
Steuern vom Umsatz	95 806	98 147	23 201	38,2	23 849	40,6	-2,7
Gewerbesteuerumlage	1 348	1 346	3	0,0	70	0,1	-95,7
Energiesteuer	39 248	39 357	4 777	7,9	4 668	7,9	2,3
Tabaksteuer	13 574	13 450	2 365	3,9	2 547	4,3	-7,1
Solidaritätszuschlag	13 146	13 300	3 191	5,3	3 192	5,4	0,0
Versicherungsteuer	10 478	10 450	4 502	7,4	4 540	7,7	-0,8
Stromsteuer	6 261	6 200	1 560	2,6	1 547	2,6	0,8
Branntweinabgaben	2 129	2 133	594	1,0	627	1,1	-5,3
Kaffeesteuer	1 008	1 000	225	0,4	232	0,4	-3,0
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14 850	-14 198	-3 445	-5,7	-3 603	-6,1	-4,4
BNE-Eigenmittel der EU	-15 340	-18 980	-4 896	-8,1	-5 449	-9,3	-10,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 738	1 280	-1 659	-2,7	-1 578	-2,7	5,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 675	-6 775	-1 694	-2,8	-1 669	-2,8	1,5
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>31 246</b>	<b>27 159</b>	<b>11 346</b>	<b>18,7</b>	<b>9 246</b>	<b>15,7</b>	<b>22,7</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 568	4 339	3 799	6,3	3 953	6,7	-3,9
Zinseinnahmen	737	911	250	0,4	159	0,3	57,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	8 630	4 004	770	1,3	810	1,4	-4,9
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>270 476</b>	<b>260 339</b>	<b>60 667</b>	<b>100,0</b>	<b>58 805</b>	<b>100,0</b>	<b>3,2</b>

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

## Übersichten und Termine

### FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

#### Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis März 2009



Stand Soll: Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM MÄRZ 2009

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im März 2009

Die Folgen der Rezession haben sich im März 2009 in noch größerer Breite als im Vormonat auf die Entwicklung der Steuereinnahmen ausgewirkt. Die Konsequenzen der schlechteren gesamtwirtschaftlichen Lage machen sich inzwischen nicht nur bei der Lohnsteuer und bei den Steuern vom Umsatz, sondern auch bei der Körperschaftsteuer und bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag deutlich bemerkbar. Ausgesprochen schwach fiel erneut auch das Ergebnis bei der Grunderwerbsteuer aus. Bei der veranlagten Einkommensteuer werden die möglichen Auswirkungen einer Verminderung der Gewinne dagegen durch den Wegfall eines weiteren Förderjahrgangs aus der Eigenheimzulage, erhöhte Nachzahlungen für vergangene Zeiträume und eine (noch) vergleichsweise stabile Entwicklung der Vorauszahlungen überdeckt.

Insgesamt nahmen die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im März 2009 im Vorjahresvergleich um -2,6 % ab. Wie bei den gemeinschaftlichen Steuern (-2,0 %) wurde weder bei den Bundessteuern (-3,4 %) noch bei den Ländersteuern (-8,2 %) das Vorjahresniveau erreicht.

Bei den Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) war im Berichtsmonat ein Rückgang um -1,5 % zu verzeichnen, der damit etwas schwächer als bei den Ländern ausgeprägt war.

Die kumulierte Veränderungsrate für die ersten drei Monate des Jahres beläuft sich für das Steueraufkommen insgesamt auf -1,8 % und für den Bund auf -0,3 %.

Bei den Einzelsteuern entwickelten sich die Steuereinnahmen im März wie folgt:

Im Falle der Lohnsteuer sind die Einnahmen mit +0,6 % im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs kaum mehr gestiegen. Neben der veränderten Situation auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich hier auch nieder, dass die aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldzahlungen das Vorjahresniveau um +4,1 % überschritten.

Bei den Steuern vom Umsatz ist es im Berichtsmonat erneut zu einem Rückgang (-3,5 %) gekommen. Das Minus bei der Einfuhrumsatzsteuer erreichte dabei eine ähnliche Größenordnung wie im Februar (-22,1 %), während bei der Umsatzsteuer für sich genommen noch ein positives Ergebnis erzielt werden konnte (+3,8 %).

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer blieben um -14,1 % hinter dem Stand vom März 2008 zurück und dürften damit vor allem auf die im Abschwung eingetretene Schmälerung der Gewinne reagiert haben. Bemerkbar macht sich allerdings auch ein gewisser kassentechnischer Effekt, weil im Märzergebnis 2009 im Falle eines Bundeslandes eine hohe Erstattung enthalten ist, zu der es im Vorjahr erst im April gekommen war.

## Übersichten und Termine

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM MÄRZ 2009

### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2009	März in Mio €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	Januar bis März in Mio €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	Schätzungen für 2009 in Mio € <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr in %
					in Mio €	
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	10 318	0,6	33 975	3,6	151 550	6,8
veranlagte Einkommensteuer	3 848	34,0	2 971	-19,0	30 450	-6,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	252	-65,5	3 197	4,6	17 390	4,9
Zinsabschlag	740	-9,5	5 460	1,0	11 758	-12,6
Körperschaftsteuer	4 343	-14,1	4 399	-6,9	16 190	2,0
Steuern vom Umsatz	12 216	-3,5	43 087	-2,7	181 500	3,1
Gewerbesteuerumlage	13	X	12	-92,8	3 312	-1,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	14	X	-48	X	3 178	-7,2
<b>gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>31 744</b>	<b>-2,0</b>	<b>93 052</b>	<b>-1,3</b>	<b>415 328</b>	<b>3,0</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	2 982	-2,0	4 777	2,3	39 550	0,8
Tabaksteuer	1 046	-7,1	2 365	-7,1	13 450	-0,9
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	139	-16,5	594	-5,2	2 130	0,2
Versicherungsteuer	645	-5,0	4 502	-0,8	10 450	-0,3
Stromsteuer	538	3,7	1 560	0,8	6 200	-1,0
Solidaritätszuschlag	1 382	-3,6	3 143	-1,5	13 300	1,2
übrige Bundessteuern	91	-8,6	372	-5,4	1 458	-0,8
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 823</b>	<b>-3,4</b>	<b>17 313</b>	<b>-1,1</b>	<b>86 538</b>	<b>0,3</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	393	7,9	1 144	5,2	4 780	0,2
Grunderwerbsteuer	399	-30,9	1 165	-30,5	5 660	-1,2
Kraftfahrzeugsteuer	738	-1,4	2 284	-11,8	8 900	0,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	132	6,6	443	1,6	1 480	-3,6
Biersteuer	48	-2,1	159	-5,1	740	0,1
Sonstige Ländersteuern	20	-5,0	156	-0,7	320	-0,2
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 730</b>	<b>-8,2</b>	<b>5 351</b>	<b>-12,5</b>	<b>21 880</b>	<b>-0,3</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	315	-6,8	966	-1,3	4 000	-0,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	332	5,2	1 659	5,2	-1 280	X
BSP-Eigenmittel	1 256	-5,3	4 896	-10,1	18 980	23,7
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 903</b>	<b>-3,9</b>	<b>7 521</b>	<b>-6,1</b>	<b>21 700</b>	<b>-6,0</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>18 750</b>	<b>-1,5</b>	<b>50 739</b>	<b>-0,3</b>	<b>246 939</b>	<b>3,2</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>17 502</b>	<b>-4,6</b>	<b>51 365</b>	<b>-3,0</b>	<b>225 451</b>	<b>1,6</b>
<b>EU</b>	<b>1 903</b>	<b>-3,9</b>	<b>7 521</b>	<b>-6,1</b>	<b>21 700</b>	<b>-6,0</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>						
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>40 612</b>	<b>-2,6</b>	<b>116 683</b>	<b>-1,8</b>	<b>526 397</b>	<b>2,1</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2008.

## Übersichten und Termine

### STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM MÄRZ 2009

Das Kassenaufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer hat sich von + 2,9 Mrd. € im März 2008 auf nunmehr + 3,8 Mrd. € erhöht. Dass konjunkturelle Effekte hier nicht offen zutage treten, liegt nicht zuletzt daran, dass der März eines jeden Jahres der Monat ist, in dem die Auszahlung der Eigenheimzulage weit überwiegend erfolgt. Allein der Wegfall eines weiteren Jahrgangs aus der Förderung hat die Abflüsse im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,1 Mrd. € verringert und eine entsprechende positive Wirkung auf das kassenmäßige Aufkommen gehabt. Dadurch wurde der Einfluss der in etwa gleichem Umfang erhöhten Arbeitnehmererstattungen neutralisiert. Darüber hinaus wurden die von den Unternehmen geleisteten Vorauszahlungen - anders als bei der Körperschaftsteuer - in der Summe offenbar noch nicht nach unten angepasst. Die Nachzahlungen für vergangene Veranlagungszeiträume legten noch einmal deutlich zu.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat sich das noch im Vormonat erzielte Plus (+12,9 %) ungeachtet der dort wirksamen Erhöhung des Steuersatzes von 20 % auf 25 % in einen massiven Rückgang (- 65,5 %) verwandelt. Bei der Abgeltungsteuer (früher Zinsabschlag) kommt das Minus im Vergleich zum Vorjahr (- 9,5 %) nicht überraschend. Es liegt weiter in

einer Größenordnung, die sich überwiegend aus dem isolierten Effekt der hier wirkenden Reduzierung des Steuersatzes (von 30 % auf 25 %) ergibt.

Die reinen Bundessteuern blieben hinter ihrem Vorjahresniveau in der Summe um - 3,4 % zurück. Mit Ausnahme der Stromsteuer (+ 3,7 %) kam es hier überall zu Mindereinnahmen (Energiesteuer - 2,0 %, Tabaksteuer - 7,1 %, Versicherungsteuer - 5,0 % und Branntweinsteuern - 16,5 %). Das Minus bei der Energiesteuer wäre deutlicher ausgefallen, wenn nicht Zuwächse speziell bei der Energiesteuer auf Heizöl und auf Erdgas den Rückgang abgemildert hätten. Beim Solidaritätszuschlag ergab sich entsprechend der Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen ein Rückgang um - 3,6 %.

Die Einnahmen aus den reinen Ländersteuern verringerten sich um - 8,2 %. Im Falle der Grunderwerbsteuer ist das Aufkommen ähnlich wie im Februar um fast ein Drittel (- 30,9 %) geschrumpft. Bei der Kraftfahrzeugsteuer (- 1,4 %) und bei der Biersteuer (- 2,1 %) hat sich der Rückgang abgeschwächt. Die Veränderungen bei der Erbschaftsteuer (+ 7,9 %) und bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 6,6 %) trugen im Berichtsmonat ein positives Vorzeichen.

## Übersichten und Termine

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sanken im März gegenüber Februar leicht. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Februar bei 3,10 % lag, notierte Ende März bei 3,01 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich - gemessen am EURIBOR – verringerten sich von 1,83 % Ende Februar auf 1,51 % Ende März. Die Europäische Zentralbank beschloss am 2. April 2009, die Leitzinsen um 25 Basispunkte zu senken. Mit Wirkung vom 8. April liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptfinanzierungsgeschäfte bei 1,25 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 0,25 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 2,25 %.

Die europäischen Aktienmärkte stiegen im März leicht an; der Deutsche Aktienindex stieg

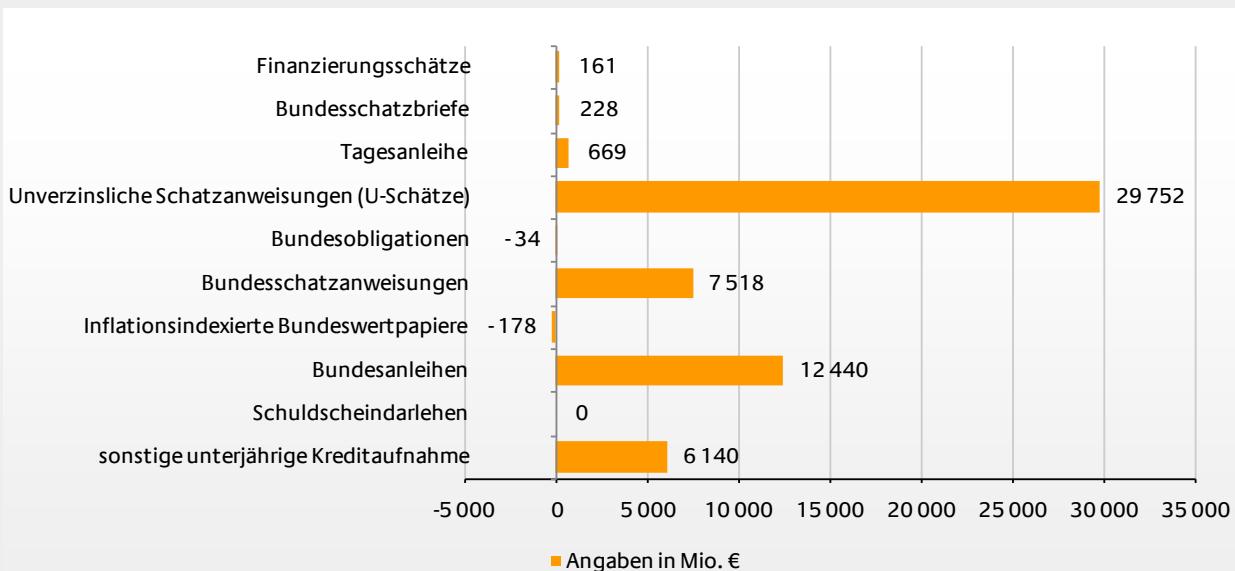
Ende März auf 4 085 Punkte gegenüber 3 844 Punkten Ende Februar; der 50 Spaltenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 stieg im gleichen Zeitraum von 1 976 Punkten auf 2 071 Punkte.

## Monetäre Entwicklung

Die Dynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums hat sich im Zuge der Finanzkrise und des konjunkturellen Abschwungs insgesamt weiter abgeschwächt.

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet sank im Februar auf 5,9 % (nach 6,0 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum Dezember 2008 bis Februar 2009 betrug 6,5 %, verglichen mit 7,0 % des

## Kreditaufnahme des Bundes inkl. Sondervermögen bis Februar 2009 in Mio. €\*



\*Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.  
Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 3 245 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

vorangegangen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum sank im Februar 2009 auf 5,7% (nach 6,0% im Vormonat). In Deutschland stieg diese Kreditwachstumsrate von 5,9% im Januar 2009 auf 6,2% im Februar 2009.

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

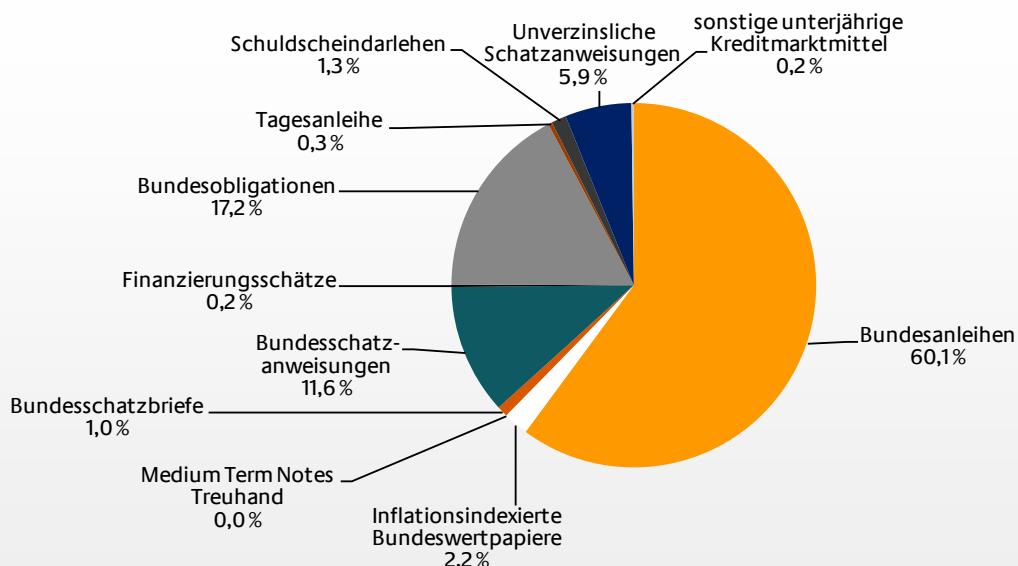
Der Bruttokreditbedarf des Bundes und des Finanzmarktstabilisierungsfonds betrug bis einschließlich Februar 2009 insgesamt 56,70 Mrd. €. Davon wurden 53 Mrd. € im

Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 3,25 Mrd. €).

Die im Januar 2009 zur Finanzierung des Bundeshaushalts begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die „Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2009“.

Die Tilgungen des Bundes inklusive Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Februar 2009 auf rund 41,50 Mrd. €; die Zinszahlungen des Bundes inklusive Sondervermögen betrugen rund 13,87 Mrd. €.

### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 28. Februar 2009



Kreditmarktmittel des Bundes einschl. der Eigenbestände: 995,2 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 43,2 Mrd. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

### FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Anleihen	14,3	-	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14,3
Bundesobligationen	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,0
U-Schätz des Bundes	6,9	6,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	13,7
Bundesschatzbriefe	0,3	0,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,4
Finanzierungsschätzte	0,2	0,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,4
Tagesanleihe	0,2	0,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,4
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	-
MTN der Treuhandanstalt	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	-
Entschädigungsfonds	-	-	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,2
Kredite zur Rekapitalisierung	10,2	2,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12,2
Sonstige Schulden gesamt	0,0	0,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,1	9,4	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	41,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

#### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,6	0,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	13,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2009

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135374 WKN 113 537	Aufstockung	7. Januar 2009	10 Jahre fälltig 4. Januar 2019 Zinslaufbeginn 14. November 2008 erster Zinstermin 4. Januar 2010	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001115251 WKN 111 524	Aufstockung	14. Januar 2009	2 Jahre fälltig 10. Dezember 2010 Zinslaufbeginn 10. Dezember 2008 erster Zinstermin 10. Dezember 2009	7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135374 WKN 113 537	Aufstockung	11. Februar 2009	10 Jahre fälltig 4. Januar 2019 Zinslaufbeginn 14. November 2008 erster Zinstermin 4. Januar 2010	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137255 WKN 113 725	Neuemission	11. März 2009	2 Jahre fälltig 11. März 2011 Zinslaufbeginn 11. März 2009 erster Zinstermin 11. März 2010	ca. 8 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135374 WKN 113 537	Aufstockung	18. März 2009	10 Jahre fälltig 4. Januar 2019 Zinslaufbeginn 14. November 2008 erster Zinstermin 4. Januar 2010	ca. 5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141547 WKN 114 154	Neuemission	25. März 2009	5 Jahre fälltig 11. April 2014 Zinslaufbeginn 27. März 2009 erster Zinstermin 11. April 2010	ca. 7 Mrd. €
<b>1. Quartal 2009 insgesamt</b>				<b>ca. 39 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

 Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2009

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115244 WKN 111 524	Neuemission	12. Januar 2009	6 Monate fälltig 15. Juli 2009	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115251 WKN 111 525	Neuemission	19. Januar 2009	9 Monate fälltig 28. Oktober 2009	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115269 WKN 111 526	Neuemission	26. Januar 2009	12 Monate fälltig 27. Januar 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115277 WKN 111 527	Neuemission	9. Februar 2009	9 Monate fälltig 25. November 2009	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115285 WKN 111 528	Neuemission	16. Februar 2009	6 Monate fälltig 12. August 2009	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115293 WKN 111 529	Neuemission	23. Februar 2009	12 Monate fälltig 24. Februar 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115301 WKN 111 530	Neuemission	16. März 2009	6 Monate fälltig 16. September 2009	ca. 7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115319 WKN 111 531	Neuemission	23. März 2009	9 Monate fälltig 16. Dezember 2009	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115327 WKN 111 532	Neuemission	30. März 2009	12 Monate fälltig 31. März 2010	ca. 5 Mrd. €
<b>1. Quartal 2009 insgesamt</b>				<b>ca. 51 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im 1. Quartal beschleunigt zurückgegangen sein.
- Der globale Abschwung hat mittlerweile die deutsche Binnenwirtschaft voll erfasst.
- Die Rezession wirkt sich stark auf den Arbeitsmarkt aus.
- Rückläufige Energiepreise drücken die Inflationsrate.

Die deutsche Wirtschaft hat zum Jahresanfang 2009 weiter an Fahrt verloren. Die deutlich abwärtsgerichtete Entwicklungstendenz von Produktion und Umsatz in der Industrie deutet darauf hin, dass das Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal 2009 stärker zurückgegangen sein dürfte als im 4. Quartal 2008. Die rasch voranschreitende Abschwächung der Weltkonjunktur schlägt sich in einer stark rückläufigen Exporttätigkeit nieder. Diese Entwicklung stellt eine große Belastung für die binnengewirtschaftliche Aktivität und für die Situation auf dem Arbeitsmarkt dar.

Insgesamt hat sich das Konjunkturbild stark eingetrübt. Die deutlich rückläufigen Auftragseingänge sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland sowie die schlechte Stimmung in den Unternehmen signalisieren, dass die Schwächephase vorerst anhält. Auch die wirtschaftliche Abschwächung im Verlaufe 2008 stellt eine erhebliche Vorbelastung für die BIP-Entwicklung 2009 dar. Daher dürfte die im Januar in der Jahresprojektion der Bundesregierung erwartete Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 2009 nicht mehr zu erreichen sein. Nationale und internationale Institutionen haben ihre Konjunkturprognosen im März und April deutlich nach unten revidiert. Derzeit reicht das Prognosespektrum für 2009 von -5,4% bis -3,2% (Veränderung des realen BIP im Jahresdurchschnitt). Die Bundesregierung wird ihre Projektion turnusgemäß am 29. April aktualisieren.

Die Folgen der Rezession haben sich im März 2009 in noch größerer Breite als im Vormonat auf die Entwicklung der Steuereinnahmen ausgewirkt. In den im März 2009 kaum noch angestiegenen Einnahmen aus der Lohnsteuer (+0,6% gegenüber dem Vorjahr) spiegeln sich Einkommensverluste durch den Anstieg der Arbeitslosenzahl und durch die starke Inanspruchnahme der Kurzarbeit wider. Darüber hinaus schlägt sich die verschlechterte gesamtwirtschaftliche Lage auch in einem Rückgang der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer und der Steuern vom Umsatz nieder.

Der globale Abschwung belastet die deutsche Wirtschaft nach wie vor sehr stark. So sind die nominalen Warenexporte weiterhin deutlich abwärts gerichtet. Zwar sind die Exporte im Februar im Vergleich zum Vormonat nur leicht zurückgegangen (saisonbereinigt). Im aussagefähigeren Zweimonatsdurchschnitt wurde die entsprechende Vorperiode aber spürbar unterschritten (Januar/Februar 2009 gegenüber November/Dezember 2008). Auch nach Ursprungswerten sind die Ausfuhren im Zweimonatsdurchschnitt erneut eingebrochen. Dabei gingen Exporte in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (EU) überdurchschnittlich zurück (-26,9% gegenüber dem Vorjahr). Aber auch Exporte in den Euroraum (-21,7%) und in Drittländer (-22,7%) gaben deutlich nach. Die Aussichten für die Entwicklung des Auslandsgeschäfts sind nach wie vor schlecht: Die Auslandsnachfrage ist weiterhin rückläufig. Dabei ist das Minus der

## Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Auftragseingänge aus den Ländern außerhalb des Euroraums doppelt so hoch wie aus den Ländern der Europäischen Währungsunion. Die auf einen neuen Tiefstand gesunkenen ifo-Exporterwartungen vom März zeigen, dass die Unternehmen die Perspektiven für ihre Exportgeschäfte deutlich pessimistischer sehen als vor einem Monat. Die OECD erwartet für dieses Jahr ein Schrumpfen des Welthandels um 13,2 % (nach +1,9 % im World Economic Outlook November) und einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in ihren Mitgliedstaaten um 4,3 % (nach -0,4 % im WEO November). Auch andere internationale Organisationen haben ihre Schätzungen für die Weltwirtschaft deutlich nach unten revidiert. Der globale Abschwung dämpft zunehmend das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern. Daher hat die OECD beispielsweise die BIP-Entwicklung von China, Russland und Indien deutlich niedriger eingeschätzt als noch in ihrem WEO vom November.

Die nominalen Warenimporte sanken im Februar sowie im Zweimonatsdurchschnitt spürbar. Im entsprechenden Vorjahresvergleich gab es – wie auch bei den Exporten – kräftige Einbußen im zweistelligen Bereich. Damit setzte sich bei den Einfuhren die abwärtsgerichtete Tendenz fort. Der Rückgang der Importe ist sowohl auf die Verringerung des Exportgeschäfts als auch auf die Abschwächung der Inlandsnachfrage zurückzuführen, denn beide enthalten importierte Vorleistungen.

Die negative Entwicklungstendenz der Industrieindikatoren hat sich im Februar fortgesetzt. Sowohl die Erzeugung als auch der Umsatz in der Industrie sind deutlich zurückgegangen. Der Rückgang war zwar nicht ganz so stark ausgeprägt wie im Januar; im Zweimonatsdurchschnitt (Januar/Februar 2009 gegenüber November/Dezember 2008) liegt die Verminderung der Industrieproduktion und der Industrieumsätze jedoch im zweistelligen Bereich. Sehr kräftig fiel das Minus bei der

Investitionsgüterproduktion aus. Die Verringerung der Umsätze auf ausländischen Märkten war nahezu doppelt so hoch wie im Inland. Den höchsten Umsatrückgang verzeichneten sowohl im Inland als auch im Ausland die Investitionsgüterhersteller.

Bei den Auftragseingängen zeigt sich ein ähnliches Bild: Die Auftragseingänge sind im Februar weiter deutlich abwärtsgerichtet, allerdings hat sich das Tempo des Rückgangs etwas verringert. Zuletzt war der Orderrückgang aus dem Inland größer als aus dem Ausland. Dies lässt darauf schließen, dass der globale Abschwung mittlerweile auch die deutsche Binnenwirtschaft voll erfasst hat. Allerdings dürften die Auswirkungen der Umweltprämie den Rückgang der Inlandsorder für Investitionsgüter etwas gedämpft haben. Darauf deutet der Anstieg der Inlandsaufträge für Kfz und Kfz-Teile hin. Neben den zyklisch besonders reagiblen Bereichen der Investitions- und Vorleistungsgüterherstellung zeigt sich die konjunkturelle Schwäche nun auch immer deutlicher bei den Konsumgüterherstellern. So sind die inländischen Bestellungen für Konsumgüter im Januar/Februar dramatisch eingebrochen (saisonbereinigt -13,7 % gegenüber der Vorperiode). Dafür dürfte vor allem die Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich sein, die sich zunehmend belastend auf das verfügbare Einkommen auswirkt. Im Zweimonatsdurchschnitt schrumpften die Auftragseingänge insgesamt um mehr als 10 %. Zusammen mit der schwachen Kapazitätsauslastung bleiben die Aussichten für die Produktion im weiteren Jahresverlauf damit schlecht.

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2008		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			2. Q.08	3.Q.08	4.Q.08	2. Q.08	3.Q.08	4.Q.08
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,1	+1,3	-0,5	-0,5	-2,1	+3,4	+1,4	-1,6
jeweilige Preise	2 492	+2,9	+0,0	-0,3	-1,2	+4,8	+2,8	+0,6
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 880	+2,9	+0,5	+0,1	-2,5	+5,5	+2,9	-0,3
Arbeitnehmerentgelte	1 226	+3,6	+0,7	+0,8	+0,6	+3,4	+3,9	+3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	654	+1,7	+0,1	-1,2	-8,3	+9,4	+1,4	-8,1
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 552	+2,5	+0,8	+0,6	-0,2	+2,9	+3,0	+1,3
Bruttolöhne u. -gehälter	996	+3,9	+0,9	+0,9	+0,3	+3,8	+4,3	+3,6
Sparen der privaten Haushalte	182	+8,6	-0,4	+1,9	+3,9	+8,1	+10,0	+9,3
<b>Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge</b>								
in jeweiligen Preisen	Mrd. € bzw. Index	gg.Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jan 09	Feb 09	Zweimonatsdurchschnitt	Jan 09	Feb 09	Zweimonatsdurchschnitt
<b>Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd.€)</b>	86	+6,1	-5,6	.	-8,7	-18,3	.	-4,7
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	993	+2,8	-7,4	-0,7	-9,6	-23,2	-23,1	-23,1
Waren-Importe	814	+5,7	-1,8	-4,2	-6,2	-13,7	-16,4	-15,1
in konstanten Preisen von 2005								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)<sup>1</sup></b>								
Industrie <sup>2</sup>	113,1	+0,3	-7,3	-3,4	-11,1	-19,6	-22,5	-21,1
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,6	-7,5	+1,9	-4,0	-16,1	-14,6	-15,4
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe<sup>1</sup></b>								
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	112,7	-0,3	-7,1	-4,0	-11,8	-21,2	-24,2	-22,7
Inland	108,8	+0,1	-3,9	-4,3	-8,4	-17,7	-20,6	-19,1
Ausland	117,3	-0,7	-10,6	-3,7	-15,4	-25,0	-28,1	-26,6
<b>Auftragseingang (Index 2005 = 100)<sup>1</sup></b>								
Industrie <sup>2</sup>	111,3	-7,0	-6,7	-3,5	-11,8	-34,0	-36,3	-35,2
Inland	108,3	-5,7	-1,8	-5,7	-6,9	-27,2	-30,9	-29,0
Ausland	113,9	-8,2	-10,9	-1,3	-16,0	-39,6	-40,7	-40,1
Bauhauptgewerbe	102,8	-4,2	+3,8	.	-2,3	-22,3	.	-17,5
<b>Umsätze im Handel (Index 2005=100)</b>								
Einzelhandel	96,7	-0,6	-1,3	-0,4	-1,1	-1,4	-5,3	-3,3
(ohne Kfz. und mit Tankstellen)	91,3	-4,9	+2,0	+14,7	+8,9	-14,0	-3,9	-8,8

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2008			Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. in %	Vorperiode (saisonber.)			Vorjahr			
			Jan 09	Feb 09	Mrz 09	Jan 09	Feb 09	Mrz 09	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,27	-13,5	+66	+50	+69	-170	-66		+78
Erwerbstätige, Inland sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	40,35	+1,5	-83	-12	.	+110	+36	.	.
	27,46	+2,2	-8	.	.	+250	.	.	.
Preisindizes	2008			Veränderung in % gegenüber					
2000=100	Index	ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr			
Importpreise			Jan 09	Feb 09	Mrz 09	Jan 09	Feb 09	Mrz 09	
Erzeugerpreise gewerb. Produkte	109,9	+4,5	-0,5	-0,1	.	-5,4	-6,4	.	.
Verbraucherpreise 2005=100	112,7	+5,5	-1,2	-0,5	-0,7	+2,0	+0,9	-0,5	.
Verbraucherpreise 2005=100	106,6	+2,6	-0,5	+0,6	-0,1	+0,9	+1,0	+0,5	.
ifo-Geschäftsclima	saisonbereinigte Salden								
gewerbliche Wirtschaft									
	Aug 08	Sep 08	Okt 08	Nov 08	Dez 08	Jan 09	Feb 09	Mrz 09	
Klima	-11,4	-15,2	-20,5	-28,8	-35,2	-34,4	-35,4	-36,3	
Geschäftslage	+2,3	-4,6	-4,4	-13,9	-25,6	-29,7	-34,5	-37,7	
Geschäftserwartungen	-24,2	-25,2	-35,2	-42,4	-44,2	-39,1	-36,2	-34,9	

<sup>1</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

<sup>2</sup> Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Auch im Baubereich ist die wirtschaftliche Aktivität abwärtsgerichtet. Die Bauproduktion ist im Februar im Vergleich zum Vormonat zwar merklich angestiegen. Aber im Januar/Februar wurde die Produktion spürbar gedrosselt. Hierzu könnte allerdings auch der – im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren – ungewöhnlich lange und harte Winter beigetragen haben. Angesichts einer deutlich rückläufigen Baunachfrage im Bauhauptgewerbe könnte die Produktion weiter schrumpfen. Begünstigend dürften allerdings die durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung angekurbelten Investitionen wirken.

Der private Konsum dürfte sich auch im 1. Quartal dieses Jahres nicht aus seiner Schwächephase gelöst haben. Dies zeigt die Situation im Einzelhandel: Der Einzelhandelsumsatz ohne Kfz verringerte sich im Januar/Februar merklich. Dabei dürften sich

die Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt und die damit einhergehenden Einkommenseinbußen belastend ausgewirkt haben. Die Abflachung der Inflationsrate hat die Kaufkraft der Verbraucher zwar begünstigt. Aber der Umsatz im Kfz-Handel dürfte vor allem durch die stimulierende Wirkung der Umweltprämie angekurbelt worden sein. Auch im März blieben die Neuzulassungen von Kfz für private Halter auf einem hohen Niveau (nach saisonbereinigt + 95,8 % im Februar nun + 2,6 % im März, jeweils gegenüber dem Vormonat). Für den weiteren Verlauf sind die Signale für die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze uneinheitlich: Die Stimmung der Verbraucher ist derzeit noch stabil. Die Umweltprämie dürfte den Handel mit Kfz noch einige Monate beflügeln. Die beschlossenen Steuer- und Abgabensenkungen, die jüngsten Tariflohnnerhöhungen im öffentlichen Dienst der Länder sowie der moderate

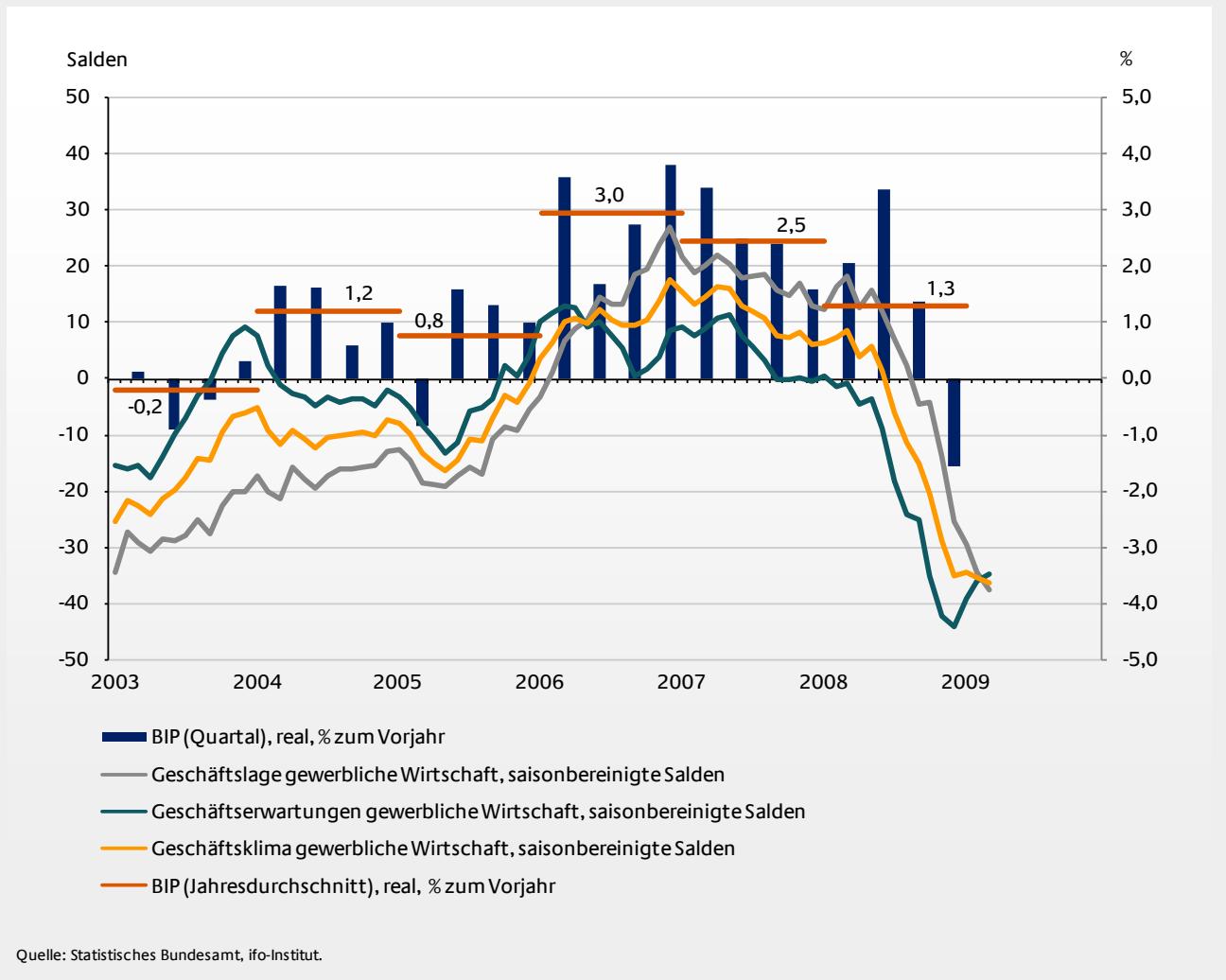
## Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Verbraucherpreisanstieg dürften die Kaufkraft der privaten Haushalte und damit den Einzelhandel im Jahresverlauf begünstigen. Dem steht gegenüber, dass die Verbraucher ihre Ersparnisse aus Vorsichtsgründen – vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Arbeitsmarktsituation – erhöhen könnten. Die Einzelhändler erwarten – auch vor dem Hintergrund, dass die Konsumenten wegen der Nutzung der Umweltprämie andere Einkäufe reduzieren – schlechtere Geschäfte (ifo-Geschäftsklima im Einzelhandel). Insgesamt dürfte der private Konsum nicht in der Lage sein, den Ausfall des Konjunkturmotors Export auch nur teilweise zu kompensieren.

Die Rezession hat den Arbeitsmarkt nun voll erreicht. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ist im März zum fünften Mal in Folge angestiegen (+69 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Die registrierte Arbeitslosigkeit (nach Ursprungszahlen) erhöhte sich im März im Vergleich zum Vorjahr um 78 000 auf 3,59 Mio. Personen. Im Februar hatte es noch einen leichten Rückgang gegeben. Damit wurde das Vorjahresniveau zum ersten Mal seit Dezember 2005 wieder überschritten. Die Arbeitslosenquote nahm um 0,2% zu (gegenüber dem Vorjahr) und liegt nun bei 8,6% (West: 7,1%, Ost: 14,2%). Nach dem Inlandskonzept ist die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen im Februar um

### BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



## Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

12 000 Personen im Vormonatsvergleich gesunken, nachdem im Januar bereits 83 000 Personen weniger als im Dezember 2008 erwerbstätig waren. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Zahl noch leicht um 36 000 Personen auf 39,82 Mio. Erwerbstätige. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat um 8 000 Personen gegenüber dem Vormonat abgenommen. Im Vorjahresvergleich stieg sie um 250 000 Personen an. Allerdings wird der Vorjahresabstand der Erwerbstäginzahl und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zunehmend kleiner. Die Beschäftigungsentwicklung nach Branchen verläuft im Vorjahresvergleich sehr unterschiedlich: Die Arbeitnehmerüberlassungen sind bisher am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen. Konsumorientierte Branchen zeigen dagegen noch einen deutlichen Beschäftigungsaufbau. Die Rezession wird immer deutlicher in den Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen sichtbar. Dabei dürfte jedoch die starke Inanspruchnahme der Kurzarbeit die Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt etwas abgemildert haben. Darüber hinaus wirkte auch die Verringerung des Arbeitskräfteangebots entlastend (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Rückgang des Arbeitskräfteangebots 2009 um circa 147 000 Personen). Die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich – angesichts der stark rückläufigen Entwicklung der Konjunkturindikatoren – in den nächsten Monaten noch verstärken. Dafür sprechen auch der weitere Rückgang des BA-X-Stellenindex sowie die Pläne der Industrieunternehmen zur Reduzierung ihres Personals (ifo-Geschäftsklimaindex).

Der Verbraucherpreisindex (VPI) hat sich im März um 0,5 % im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Jahresteuerungsrate hat sich damit seit August 2008 deutlich zurückgebildet. Dies ist vor allem auf die spürbar rückläufigen Preise für leichtes Heizöl (-36,3 %) und Kraftstoffe (-18,0 %) zurückzuführen. Ohne

Mineralölprodukte hätte die Inflationsrate 1,7 % betragen. Durch die Einführung eines kostenfreien Vorschuljahres in einigen Bundesländern kam es zu deutlichen Preirückgängen im Bildungswesen. Steigende Preise waren vor allem bei Haushaltsenergieträgern zu verzeichnen. Die Preise für Nahrungsmittel lagen mit + 0,2 % nur knapp über dem entsprechenden Vorjahresniveau.

Die moderate Preisentwicklung im Vorjahresvergleich dürfte sich in den nächsten Monaten fortsetzen. Dafür spricht die anhaltende Schwäche der Weltwirtschaft. Hinzu kommt, dass sich im vergangenen Jahr das Niveau des Verbraucherpreisindex bis Juli erheblich erhöht hat. Das Verbraucherpreisniveau bildete sich seitdem spürbar zurück. Daher könnte die Teuerungsrate bis zur Jahresmitte weiter niedrig sein – auch vorübergehend negative Inflationsraten im Vorjahresvergleich sind nicht auszuschließen.

Der Importpreisindex ging im Februar um 6,4 % zurück (im Vorjahresvergleich). Die Verringerung des Importpreisniveaus ist insbesondere auf deutlich rückläufige Importpreise für Rohöl (-46,3 %) und Mineralölerzeugnisse (-41,2 %) zurückzuführen. Ohne Einrechnung dieser Produkte lagen die Importpreise um 1,2 % unter dem Vorjahresniveau. Teurer wurden die Importe von Erdgas (+18,0 %) und Steinkohle (+47,6 %).

Der Erzeugerpreisindex sank im März um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr. Dies war der stärkste Preirückgang seit September 2002. Den größten Einfluss auf die Jahresteuerungsrate hatten die Vorleistungsgüter mit einem Rückgang um 3,9 % gegenüber dem Vorjahr. Nahrungsmittel verbilligten sich um 3,5 %. Die Preisentwicklung der verschiedenen Energieträger verlief weiterhin sehr unterschiedlich. Steigende Preise waren im Vorjahresvergleich bei Erdgas (+30,0 %) zu verzeichnen. Billiger wurden dagegen Mineralölprodukte (-25,3 %) und Strom (-4,2 %).

► Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS FEBRUAR 2009

Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die

Erzeugerpreise im Vorjahresvergleich um 1,4 %.

## Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2009

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar und Februar 2009 vor.

Die Finanzsituation hat sich in den ersten beiden Monaten des Jahres 2009 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug am Ende des Berichtszeitraums rund 10,0 Mrd. € und überstieg den Vorjahreswert

um rund 5,0 Mrd. €. Lediglich ein Bundesland konnte einen positiven Saldo ausweisen. Aus der Entwicklung in zwei Monaten können allerdings noch keine Rückschlüsse auf den gesamten Jahresverlauf gezogen werden. Daher wird im Folgenden auf die üblichen Schaubilder verzichtet, da sie nur geringe Aussagekraft haben.

.

 Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

24. April 2009	G7-Treffen in Washington
25./26. April 2009	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
4./5. Mai 2009	ECOFIN in Brüssel
15./16. Mai 2009	Jahrestagung der EBWE in London
26./27. Mai 2009	Nordisch-baltische Finanzministerkonferenz in Stockholm
8./9. Juni 2009	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
12./13. Juni 2009	G7-Finanzminister-Treffen
18./19. Juni 2009	Europäischer Rat in Brüssel

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs

12. bis 14. Mai 2009	Steuerschätzung
bis 12. Juni 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
22. Juni 2009	Zuleitung an Kabinett
24. Juni 2009	Kabinettsbeschluss
8. Juli 2009	Finanzplanungsrat
7. August 2009	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

### Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Mai 2009	April 2009	20. Mai 2009
Juni 2009	Mai 2009	22. Juni 2009
Juli 2009	Juni 2009	20. Juli 2009
August 2009	Juli 2009	20. August 2009
September 2009	August 2009	21. September 2009
Oktober 2009	September 2009	22. Oktober 2009
November 2009	Oktober 2009	20. November 2009
Dezember 2009	November 2009	21. Dezember 2009

## ► Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

### Publikationen des BMF

**Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:**

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

[www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

**Zentraler Bestellservice:**

Telefon: 01805 / 77 80 901

Telefax: 01805 / 77 80 941

<sup>1</sup>Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

**Internet:**

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

<http://www.bmf.bund.de>

Analysen und Berichte

## Analysen und Berichte

Bundeshaushalt 2009 – Soll-Bericht .....	30
Die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs wird entschieden fortgeführt .....	62
Der 2. Weltfinanzgipfel in London .....	65
Das Europäische Konjunkturprogramm .....	70
Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2008/2009 .....	77

## Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

# Bundeshaushalt 2009 – Soll-Bericht

## Ausgaben und Einnahmen des Bundes für das Jahr 2009

1 Finanzpolitische Ausgangslage.....	30
2 Eckwerte des Bundeshaushalts 2009 .....	31
3 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf das Haushaltsjahr 2009 .....	34
4 Entwicklung wesentlicher Ausgabepositionen .....	40
5 Entwicklung der Einnahmen .....	56

- Mit dem Nachtragshaushalt 2009 steigt die geplante Neuverschuldung gegenüber dem Jahr 2008 um mehr als 25,4 Mrd. € auf 36,9 Mrd. €.
- Die geplante Neuverschuldung im Bundeshaushalt übersteigt die veranschlagten Investitionen um rund 8 Mrd. €. Dies ist zur Überwindung der vorliegenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes erforderlich.
- Gleichwohl bleibt das Ziel eines mittel- und langfristig ausgeglichenen Bundeshaushalts unverändert gültig. Der Konsolidierungskurs wird mit Einsetzen des nächsten Aufschwungs konsequent fortgesetzt.

### 1 Finanzpolitische Ausgangslage

Die deutsche Wirtschaft ist wegen ihrer Exportabhängigkeit besonders stark von der Abkühlung der Weltwirtschaft betroffen. Die weltweite Finanzmarktkrise hat den Konjunkturabschwung zusätzlich verstärkt. Aufgrund dieser globalen Verschlechterung der Ausgangsbedingungen ging die Bundesregierung zu Jahresbeginn von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von real rund 2½% aus. Diese Rahmenbedingungen prägen den Bundeshaushalt 2009. Während in den vergangenen Jahren deutliche Erfolge beim Abbau der Neuverschuldung erreicht werden konnten, steigt die geplante Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt durch den Nachtragshaushalt 2009 auf nunmehr 36,9 Mrd. €. Das sind rund 25,4 Mrd. € mehr als das Ist der Nettokreditaufnahme des Jahres 2008. Zugleich übersteigt die Neuverschuldung die Summe der im Haushaltsplan 2009 veranschlagten Investitionen um rund 8 Mrd. €. Nach

Artikel 115 Grundgesetz darf die Nettokreditaufnahme die Summe der veranschlagten Investitionen nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes übersteigen. Diese Konstellation ist im Jahr 2009 zweifellos gegeben. Deutschland erlebt gegenwärtig eine der heftigsten Rezessionen seiner Geschichte. In einer solchen Situation muss der Staat entschieden und gezielt gegensteuern. Genau dies haben Bund und Länder mit den Konjunkturpaketen I und II getan (siehe auch Abschnitt 3 dieses Artikels). Mit dem Haushalt 2009 und dem „Investitions- und Tilgungsfonds“ setzt der Bund wichtige zusätzliche konjunkturstützende Impulse. Zugleich lässt der Bund die automatischen Stabilisatoren voll wirken. Konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt werden nicht durch prozyklische Einsparungen ausgeglichen.

Auch vor dem Hintergrund der gegenüber dem Sommer des vergangenen Jahres fundamental geänderten Rahmenbedingungen bleibt das Ziel eines

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

ohne neue Schulden ausgeglichenen Bundeshaushalts unverändert gültig. Sobald der nächste Aufschwung einsetzt, wird der in den vergangenen Jahren erfolgreich beschrittene Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt werden.

## 2 Eckwerte des Bundeshaushalts 2009

Das Haushaltsgesetz 2009 wurde am 28. November 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 29. Dezember 2008 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2899) verkündet. Darüber hinaus hat der Bundestag am 13. Februar 2009 das Nachtragshaushaltsgesetz 2009 beschlossen, welches am 5. März 2009 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 406) verkündet wurde. Dieser Bericht fußt auf dem Nachtragshaushalt 2009.

Mit dem Nachtragshaushalt 2009 wurden für das Haushaltsjahr 2009 insbesondere die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zur Umsetzung des „Paktes für Beschäftigung und

Stabilität“ (Konjunkturpaket II) geschaffen. Die Wirkungen des „Schutzzirms für Arbeitsplätze“ (Konjunkturpaket I) auf den Bundeshaushalt 2009 wurden bereits im parlamentarischen Verfahren berücksichtigt. Der Nachtragshaushalt bildet darüber hinaus bereits feststehende, im Wesentlichen konjunkturbedingte Belastungen bei den Steuereinnahmen und beim Arbeitsmarkt ab. Die zusätzlichen, im Wesentlichen investiven Maßnahmen im Rahmen des „Paktes für Beschäftigung und Stabilität“ wurden dagegen nicht im Bundeshaushalt, sondern im Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ (ITF) veranschlagt. Aus diesem Sondervermögen, das über eine eigene Kreditermächtigung verfügt, werden in den Jahren 2009 bis 2011 konjunkturstützende Maßnahmen bis zu einem Betrag von 16,9 Mrd. € finanziert werden (zum ITF siehe auch Abschnitt 3 dieses Artikels). Zudem hat das Bundeskabinett beschlossen, die über das Sondervermögen finanzierte Umweltprämie einmalig um 3,5 Mrd. € aufzustocken.

**Tabelle 1: Gesamtübersicht**

Aufgabenbereich	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist-Ergebnis 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>2</sup>		in %	
<b>Ermittlung des Finanzierungssaldos</b>				
<b>1. Ausgaben</b>	<b>297,6</b>	<b>282,3</b>	<b>+15,3</b>	<b>+5,4</b>
<b>2. Einnahmen</b>	<b>260,3</b>	<b>270,5</b>	<b>-10,1</b>	<b>-3,7</b>
Steuereinnahmen	233,2	239,2	-6,1	-2,5
Sonstige Einnahmen	27,2	31,2	-4,1	-13,1
<b>Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo</b>	<b>-37,3</b>	<b>-11,8</b>	<b>-25,5</b>	<b>x</b>
<b>Deckung des Finanzierungssaldos</b>				
Nettokreditaufnahme	36,9	11,5	+25,3	x
Münzeinnahmen	0,4	0,3	+0,1	+55,4
<b>nachrichtlich:</b>				
Investitionen (inklusive Darlehen)	28,8	24,3	+4,5	+18,4

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

<sup>2</sup> Differenzen durch Rundung möglich.

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

**Ausgaben:** Im Bundeshaushalt 2009 sind Ausgaben von 297,6 Mrd. € veranschlagt. Gegenüber den Ist-Ausgaben 2008 entspricht dies einer Steigerung um 15,3 Mrd. € oder 5,4%. Darin enthalten sind Mehrausgaben in Höhe von 7,5 Mrd. €, die mit dem Nachtragshaushalt 2009 beschlossen wurden. Bei diesen handelt es sich im Wesentlichen um einen erhöhten Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds zur Finanzierung der Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung (3,2 Mrd. €), die Erhöhung der Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (2,75 Mrd. €) und die Aufstockung der Gewährleistungsausgaben (1,5 Mrd. €). Für die Veränderung der Ausgabenentwicklung gegenüber dem Vorjahr wesentliche Einzelpositionen sind in der Tabelle 2 aufgeführt.

Die Investitionen liegen im Soll 2009 bei 28,8 Mrd. € und damit um + 4,5 Mrd. € oder + 18,4% über dem Ist-Ergebnis für das Jahr 2008. Im Wesentlichen resultiert die Steigerung gegenüber 2008 aus einer deutlichen Aufstockung investiver Mittel in den Einzelplänen der Bundesministerien für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (+1,6 Mrd. € inklusive dem mit dem Konjunkturpaket I beschlossenen „Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr“) und für wirtschaftliche Entwicklung (+ 0,7 Mrd. €) sowie der vorstehend genannten Erhöhung der Gewährleistungsausgaben (+ 1,7 Mrd. €). Das Ende 2009 auslaufende Investitionsprogramm Ganztagschulen wird 2009 vollständig ohne Soll-Veranschlagung aus Ausgaberesten der Vorjahre finanziert.

**Einnahmen:** Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme und Münzeinnahmen) wurden für das Jahr 2009 auf 260,3 Mrd. € veranschlagt. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis in Höhe von 270,5 Mrd. € bedeutet dies einen Rückgang um - 10,1 Mrd. € oder - 3,7%. Gegenüber dem ursprünglichen Soll für das Jahr 2009 wurden hier mit dem Nachtragshaushalt Mindereinnahmen in Höhe

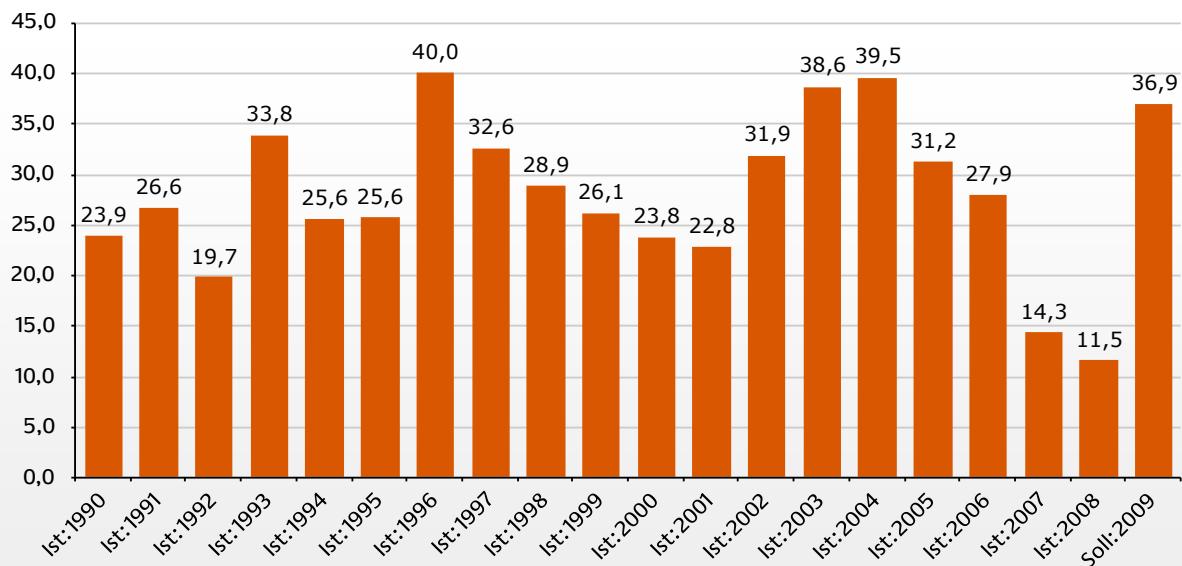
von - 10,8 Mrd. € berücksichtigt. Davon entfallen - 2,2 Mrd. € auf steuerliche Maßnahmen, die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Nachtragshaushalt 2009 noch nicht endgültig verabschiedet waren (Konjunkturpaket II und Übergang der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund). Der Korrekturposten „Anpassung an Einnahmeentwicklung“ in Höhe von - 8,7 Mrd. € umfasst die pauschale Anpassung der im November 2008 für den Bundeshaushalt 2009 geschätzten Steuereinnahmen an die verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten und die Auswirkungen zwischenzeitlich in Kraft getretener neuer Steuerrechtsänderungen. Bei den Entlastungsmaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II handelt es sich um die Senkung der Einkommensteuerbelastung (Anhebung Grundfreibetrag, Senkung Eingangssteuersatz und Verschiebung der Tarifeckwerte), den sogenannten Kinderbonus und die CO<sub>2</sub>-orientierte Umgestaltung der Kraftfahrzeugsteuer (Anreiz zum Kauf verbrauchsärmerer Fahrzeuge). Weiterhin wurden bei den Einnahmen die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Pendlerpauschale (als Teil der Position „Anpassung an Einnahmeentwicklung“) und – außerhalb des steuerlichen Bereichs – die Ist-Abrechnung 2008 des Eingliederungsbeitrages der Bundesagentur für Arbeit (BA) berücksichtigt.

**Sonstige Einnahmen** umfassen u. a. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (z. B. Anteil des Bundes am Bundesbankgewinn), Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen sowie Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen. Die sonstigen Einnahmen liegen im Soll 2009 um - 4,1 Mrd. € oder - 13,1% unter dem Ist-Ergebnis für das Jahr 2008. Dies ist vor allem auf die im Soll 2009 gegenüber dem Ist 2008 wesentlich niedriger veranschlagten Einnahmen aus Privatisierungserlösen (- 3,6 Mrd. €) zurückzuführen.

## Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Abbildung 1: Entwicklung der Nettokreditaufnahme in den Jahren 1990 bis 2009

<sup>1</sup>Stand: Nachtragshaushalt 2009.

**Finanzierungsdefizit und Nettokreditaufnahme:** Das Finanzierungsdefizit steigt im Soll für das Jahr 2009 im Vergleich zum Ist 2008 um 25,5 Mrd. € auf 37,3 Mrd. €. Die Nettokreditaufnahme wurde im Soll 2009 auf 36,9 Mrd. € veranschlagt und liegt damit um 8,1 Mrd. € über den veranschlagten Investitionen in Höhe von 28,8 Mrd. €. Dies ist zur Überwindung des gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts erforderlich und damit nach Artikel 115 Absatz 1 Grundgesetz zulässig. Für Münzeinnahmen sind im Jahr 2009 insgesamt 0,4 Mrd. € vorgesehen.

## Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

**Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahresergebnis**

Aufgabenbereich	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist-Ergebnis 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € <sup>2</sup>	in %	
<b>Mehrausgaben ggü. Vorjahr</b>				
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	7,2	2,5	+4,7	+188,0
Gewährleistungen	2,4	0,7	+1,7	+250,6
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	36,2	34,8	+1,4	+4,1
Zinsen	41,5	40,2	+1,3	+3,2
Bundeseisenbahnvermögen	5,5	4,3	+1,2	+27,3
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8,8	7,7	+1,1	+13,7
<b>Minderausgaben ggü. Vorjahr</b>				
Darlehen an die KfW zum Ausgleich der mit dem Zuweisungsgeschäft IKB verbundenen Nachteile	-	1,2	-1,2	-100
Erstattungen an die Deutsche Post AG im Rahmen eines Beihilfeverfahrens	-	1,1	-1,1	-100
Investitionsprogramm Ganztagschulen	-	0,6	-0,6	-100
Erziehungsgeld	0,02	0,6	-0,6	-95,9
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,6	1,9	-0,3	-17,7

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

<sup>2</sup> Differenzen durch Rundung möglich.

### 3 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf das Haushaltsjahr 2009

#### Steuerpolitik

Mit dem **Unternehmensteuerreformgesetz 2008** vom 14. August 2007 (BGBl. I S. 1912) werden nationalen wie internationalen Investoren attraktive steuerliche Rahmenbedingungen geboten, das Steueraufkommen langfristig gesichert und der weitere Verlust an Steuersubstrat verhindert. Kernelemente der Reform sind u.a. die Senkung der Gesamtbelastung für **Kapitalgesellschaften** um fast 9 Prozentpunkte auf unter 30% sowie die Einführung einer Tarifvergünstigung für thesaurierte Gewinne von **Personenunternehmen**. Des Weiteren wurde die Neukonzeption der Besteuerung von **Kapitaleinkünften** des Privatvermögens beschlossen. Dieser Reformschritt wurde zum

**1. Januar 2009** umgesetzt und ist eng mit der Reform der Unternehmensbesteuerung verbunden. Zukünftig werden alle im Privatvermögen zufließenden Kapitaleinkünfte einheitlich mit einer 25 %igen, durch die Kreditinstitute einzubehaltenden Abgeltungssteuer belegt. Eine Veranlagungsoption bleibt bestehen. Somit ergibt sich für Steuerpflichtige mit Zinseinkünften bei einem unter 25 % liegenden individuellen Grenzsteuersatz keine Mehrbelastung.

**Das Jahressteuergesetz 2009** vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) umfasst eine Vielzahl von Verbesserungen in verschiedenen Bereichen des Steuerrechts. Die Maßnahmen betreffen ganz unterschiedliche Bereiche. Das Spektrum reicht von der Gesundheitsförderung über die Bekämpfung von Steuerstraftaten oder extremistischen Vereinen bis hin zu Maßnahmen, die der Verhinderung von Steuerausfällen, dem

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Bürokratieabbau und der Vereinfachung des Steuerrechts dienen.

Mit dem **Steuerbürokratieabbaugegesetz** vom 20. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2850) wurde eine Reihe weiterer Maßnahmen verabschiedet, bei denen die elektronische Kommunikation zwischen den am Besteuerungsverfahren Beteiligten im Vordergrund steht. So wurden überflüssige bürokratische Lasten abgebaut sowie das Verfahren bei der Steuererhebung im Interesse von Bürgern, Unternehmen und Staat vereinfacht.

Die Bundesregierung hat am 5. November 2008 das **Konjunkturpaket I „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“** beschlossen. Dessen steuerliche Regelungen wurden im Rahmen des „**Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets**

**Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung**“ vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2896) umgesetzt. Ziel ist, den Folgen der weltweiten Abschwächung der Konjunktur sowie der Finanzmarktkrise auch mit gezielten steuerlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck werden zeitlich befristet die Möglichkeiten für die Inanspruchnahme von Investitionsabzugsbeträgen und Sonderabschreibungen für mittelständische Unternehmen ausgeweitet beziehungsweise verbessert, und - befristet auf zwei Jahre - wird eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter eingeführt. Außerdem wurde der Höchstbetrag der Steuerermäßigung für die Absetzbarkeit bei der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen verdoppelt sowie die Kraftfahrzeugsteuer für bis zum 30. Juni 2009 erstmals zugelassene Pkw bis zu zwei Jahren ausgesetzt.

Mit dem **Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen** vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2955) wurde die finanzielle Leistungsfähigkeit von Familien verbessert. Die Maßnahmen beinhalten die

spürbare Erhöhung des Kindergeldes (164 € für das erste und zweite Kind, 170 € für das dritte Kind, für das vierte und jedes weitere Kind 195 €) und des Kinderfreibetrages (6 024 € für zusammen veranlagte Ehegatten), das Schulbedarfspaket von 100 € jährlich pro hilfebedürftigem Kind sowie die deutliche Ausweitung der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen. Damit werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, die häusliche Pflege erleichtert und wirksame beschäftigungspolitische Impulse gesetzt.

Mit dem **Gesetz zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts** vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018) wurde die Erbschaftsteuer und die zugehörige Bewertung des Vermögens verfassungskonform ausgestaltet. Erben größerer Vermögen werden auch künftig ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Erbschaften innerhalb der Kernfamilie werden im Vergleich zum bisherigen Recht steuerlich entlastet. Zur steuerlichen Erleichterung der Generationenfolge in den Betrieben sind für Erwerber von unternehmerischen Vermögen weitreichende Verschonungsregelungen vorgesehen.

Das **Konjunkturpaket II** wurde im Rahmen des „**Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland**“ vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 416), dem **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes** und dem **Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze** umgesetzt. Die Einkommensteuerbelastung wird dauerhaft abgesenkt – zum einen durch die Anhebung des Grundfreibetrages in zwei Stufen zum 1. Januar 2009 sowie zum 1. Januar 2010 um jeweils 170 €, zum anderen durch die Senkung des Eingangssteuersatzes ab dem 1. Januar 2009 von 15 % auf 14 %. Außerdem wird ebenfalls in zwei Stufen eine „Rechtsverschiebung“ der Tarifeckwerte um insgesamt 730 € durchgeführt (400 € zum 1. Januar 2009 und weitere 330 € zum 1. Januar

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

2010). Mit diesen Maßnahmen werden die Bürger um 3,1 Mrd. € im Jahr 2009 und 5,8 Mrd. € im Jahr 2010 entlastet. Hiervon profitieren insbesondere Geringverdiener. Es wird zudem ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme für bisher nicht Beschäftigte geschaffen. Um die finanzielle Situation von Familien weiter zu verbessern, wird für jedes Kind, für das im Jahr 2009 ein Anspruch auf Kindergeld besteht, ein einmaliger Kinderbonus von 100 € gezahlt. Die Ertragshoheit und die Verwaltungskompetenz der Kraftfahrzeugsteuer werden auf den Bund übertragen. Außerdem wird die Kraftfahrzeugsteuer für erstmals zugelassene Pkw zum 1. Juli 2009 auf einen vorrangig CO<sub>2</sub>-orientierten Tarif umgestellt.

Mit dem **Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung** vom 7. März 2009 (BGBl. I S. 451) wurden die Rahmenbedingungen verbessert, in denen sich Arbeitnehmer stärker als bisher am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen beteiligen können. Ab dem Jahr 2009 wird die steuerliche Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung im Rahmen des Einkommensteuergesetzes und des Fünften Vermögensbildungsgesetzes erweitert. Außerdem wurde das Investmentgesetz geändert, um insbesondere für Mitarbeiter kleiner und mittlerer Unternehmen die Möglichkeit der Anlage von Kapital in einem Mitarbeiterbeteiligungsfonds zu schaffen.

## Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

**Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung:** Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % deutlich gesenkt (Haushaltsbegleitgesetz 2006). Beitragspflichtige Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurden zum 1. Januar 2008 nochmals durch eine Beitragssatzsenkung um 0,9 Prozentpunkte auf dann 3,3 % nachhaltig entlastet (bei gleichzeitiger Erhöhung des

Beitrags zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte zum 1. Juli 2008).

Bereits im vergangenen Jahr wurde beschlossen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ab Anfang 2009 längerfristig auf 3,0 % festzulegen und ihn, allerdings befristet, bis zum 30. Juni 2010 auf 2,8 % abzusenken. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II wurde entschieden, den Beitragssatz nunmehr bis zum Ende des Jahres 2010 auf 2,8 % zu stabilisieren. Flankiert werden soll dies durch eine Ausgleichsverpflichtung des Bundeshaushalts für die BA. Damit können die Ziele einer größtmöglichen Beitragssenkung sowie einer langfristig stabilen Finanzplanung für den Haushalt der BA gemeinsam erreicht werden.

**Eingliederungsbeitrag:** Der von der BA an den Bund zu zahlende Aussteuerungsbetrag nach § 46 Abs. 4 SGB (Sozialgesetzbuch II) wurde bereits zum Ende des Jahres 2007 abgeschafft. Stattdessen ist die BA ab dem Jahr 2008 mit einem Eingliederungsbeitrag in Höhe der Hälfte an den vom Bund getragenen Aufwendungen für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Eingliederungsleistungen) und den Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligt. Dies bietet für die BA den Anreiz, durch frühzeitige Eingliederungsmaßnahmen Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und damit ihren Eingliederungsbeitrag entsprechend zu vermindern. Im Jahr 2009 beträgt der Eingliederungsbeitrag knapp 4,9 Mrd. €. Dieser Betrag berücksichtigt zum einen die Ist-Abrechnung des Eingliederungsbudgets des Jahres 2008 sowie zum anderen die Aufstockung des Eingliederungsbudgets 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II.

## Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

### Investitions- und Tilgungsfonds – Finanzierung von Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II

Das Sondervermögen Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) als wesentlicher Bestandteil des Konjunkturpakets II ist nicht Gegenstand des Bundeshaushalts 2009. Er verfügt über eine eigene Kreditermächtigung. Mit dem ITF stellt der Bund insgesamt 16,9 Mrd. € für Investitionen der Öffentlichen Hand zur Verfügung, die zur schnellen Konjunkturbelebung beitragen sollen. Dazu zählen:

- Finanzhilfen des Bundes für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder in Höhe von 10 Mrd. €. Länder und Kommunen übernehmen dabei einen Kofinanzierungsanteil in Höhe von 25 %, sodass insgesamt 13,3 Mrd. € zur Verfügung stehen. Auf Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur werden 65 % der Finanzhilfen des Bundes – also 6,5 Mrd. € – entfallen. Diese Mittel stehen u. a. für Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur und Forschung sowie für energetische Sanierung an Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Weiterbildung zur Verfügung. Die verbleibenden 35 % der Finanzhilfen sind für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur vorgesehen. Hier reicht das Spektrum von Krankenhäusern über Städtebau, ländliche Infrastruktur und Lärmschutz bis hin zur Informationstechnologie. Mit der Setzung dieser Schwerpunkte wird nachhaltig in die Verbesserung einer zukunftsfähigen Infrastruktur investiert.
- Direkte Bundesinvestitionen in Höhe von insgesamt 4 Mrd. € insbesondere für ein Investitionsstärkungsprogramm Verkehr, die Grundsanierung und energetische Sanierung von Gebäuden im Bundesbereich, konjunkturstützende Maßnahmen im Bereich von Investitions-

und Ausstattungsbedarf der Ressorts sowie Maßnahmen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik.

- Das Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage (sogenannte Umweltprämie) mit zunächst 1,5 Mrd. €. Eine Aufstockung der Mittel um 3,5 Mrd. € wurde durch das Bundeskabinett beschlossen.
- Die Aufstockung des zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (900 Mio. €) und die Förderung anwendungsorientierter Forschung im Bereich der Mobilität (500 Mio. €).

Da die im ITF zusammengefassten Maßnahmen zur schnellen Belebung der Konjunktur beitragen sollen, sind sie grundsätzlich bis zum Ende des Jahres 2010 befristet, können aber noch bis Ende des Jahres 2011 ausfinanziert werden. Eine Ausnahme bildet die Umweltprämie, die bis Ende des Jahres 2009 befristet wurde. Über die genannten Maßnahmen hinaus ist Vorsorge für zukünftige Zinszahlungen in Höhe von bis zu 4,1 Mrd. € getroffen. Damit beläuft sich das Volumen des ITF auf insgesamt 21 Mrd. €. Die Vorsorge für Zinszahlungen sowie das Volumen der ITF wird an die im Bundeskabinett beschlossene Aufstockung der Umweltprämie angepasst.

Neben der eigenen Kreditermächtigung erhält der Fonds eine verbindliche Tilgungsregel. Das Sondervermögen wird demnach jährliche Zuführungen in Höhe der Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn erhalten, die den im Bundeshaushalt veranschlagten Anteil übersteigen und nicht zur Tilgung fälliger Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds benötigt werden. Zudem behält sich die Bundesregierung vor, in wirtschaftlich günstigen Zeiten auch einen Teil der Steuermehreinnahmen des Bundes zusätzlich zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens einzusetzen. Mit der Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens soll ab dem Jahr 2010 begonnen werden.

## Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

**Tabelle 3: Gesamtübersicht über die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen (Funktionenübersicht)**

	Soll 2009 <sup>1</sup>	Anteil an den Gesamtausgaben	Ist 2008	Anteil an den Gesamtausgaben
	in Mrd. €	in %	in Mrd. €	in %
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>53,6</b>	<b>18,0</b>	<b>50,4</b>	<b>17,8</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	6,4	2,1	6,1	2,2
02 Auswärtige Angelegenheiten	8,3	2,8	7,4	2,6
03 Verteidigung	31,0	10,4	30,0	10,6
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,7	1,3	3,2	1,1
05 Rechtsschutz	0,4	0,1	0,4	0,1
06 Finanzverwaltung	3,8	1,3	3,3	1,2
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>14,6</b>	<b>4,9</b>	<b>13,4</b>	<b>4,8</b>
13 Hochschulen	2,6	0,9	2,4	0,9
14 Förderung von Schülern, Studenten	2,0	0,7	1,6	0,6
15 Sonstiges Bildungswesen	0,5	0,2	0,5	0,2
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8,8	2,9	7,7	2,7
19 Übrige Bereiche aus 1	0,7	0,2	1,2	0,4
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>147,1</b>	<b>49,4</b>	<b>140,4</b>	<b>49,7</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	99,9	33,6	94,4	33,4
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.ä.	6,3	2,1	6,1	2,2
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3,0	1,0	3,1	1,1
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36,5	12,3	35,3	12,5
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0,1	0,05	0,2	0,1
29 Übrige Bereiche aus 2	1,3	0,4	1,3	0,4
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>1,2</b>	<b>0,4</b>	<b>1,1</b>	<b>0,4</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	0,4	0,1	0,4	0,1
319 Übrige Bereiche aus 31	0,4	0,1	0,4	0,1
32 Sport	0,1	0,05	0,1	0,0
33 Umwelt- und Naturschutz	0,4	0,1	0,3	0,1
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	0,3	0,1	0,3	0,1
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1,9</b>	<b>0,6</b>	<b>1,6</b>	<b>0,6</b>
41 Wohnungswesen	1,2	0,4	1,1	0,4
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0,001	0,0004	0,001	0,0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	.	0,003	0,0
44 Städtebauförderung	0,6	0,2	0,5	0,2
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1,0</b>	<b>0,3</b>	<b>1,1</b>	<b>0,4</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	0,7	0,2	0,7	0,2
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0,1	0,04	0,1	0,04
539 Übrige Bereiche aus 53	0,1	0,04	0,1	0,04
599 Übrige Bereiche aus 5	0,2	0,1	0,2	0,1

## Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

**noch Tabelle 3: Gesamtübersicht über die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen (Funktionenübersicht)**

	Soll 2009 <sup>1</sup>	Anteil an den Gesamtausgaben		Ist 2008	Anteil an den Gesamtausgaben	
	in Mrd. €	in %	in %	in Mrd. €	in %	in %
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>6,4</b>	<b>2,1</b>		<b>4,7</b>		<b>1,7</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	0,9	0,3		0,5		0,2
621 Kernenergie	0,3	0,1		0,2		0,1
622 Erneuerbare Energieformen	0,05	0,02		0,0		0,003
629 Übrige Bereiche aus 62	0,6	0,2		0,3		0,1
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1,7	0,6		2,0		0,7
64 Handel	0,1	0,0		0,1		0,03
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7	0,2		0,9		0,3
699 Übrige Bereiche aus 6	2,9	1,0		1,1		0,4
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>12,9</b>	<b>4,3</b>		<b>11,2</b>		<b>4,0</b>
72 Straßen	8,1	2,7		7,4		2,6
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	2,0	0,7		1,7		0,6
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0,3	0,1		0,4		0,1
75 Luftfahrt	0,2	0,1		0,2		0,1
799 Übrige Bereiche aus 7	2,2	0,8		1,6		0,6
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>16,0</b>	<b>5,4</b>		<b>17,0</b>		<b>6,0</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	10,4	3,5		12,7		4,5
832 Eisenbahnen	4,1	1,4		3,9		1,4
869 Übrige Bereiche aus 81	6,4	2,1		8,8		3,1
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5,5	1,9		4,3		1,5
873 Sondervermögen	5,5	1,9		4,3		1,5
879 Übrige Bereiche aus 87	0,02	0,0		0,0		0,005
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>43,0</b>	<b>14,5</b>		<b>41,7</b>		<b>14,7</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0,8	0,3		0,4		0,1
92 Schulden	41,5	13,9		40,2		14,2
999 Übrige Bereiche aus 9	0,8	0,3		1,1		0,4
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>297,6</b>	<b>100,0</b>		<b>282,6</b>		<b>100,0</b>

<sup>1</sup>Stand: Nachtragshaushalt 2009.

In welchen Jahrestranchen die Kreditermächtigung des ITF genutzt werden wird, hängt vom Mittelabfluss ab, der gegenwärtig schwer prognostizierbar ist. Die Bundesregierung vertraut aber darauf, dass die Mittel möglichst bald ihre Wirkung entfalten können. Unter Berücksichtigung des ITF wird die Neuverschuldung 2009 des Bundes den im Nachtragshaushalt ausgewiesenen Wert in Höhe von 36,9 Mrd. € deutlich überschreiten.

Die genaue Höhe der Überschreitung ist ex ante allerdings nicht bestimmbar.

## Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

## 4 Entwicklung wesentlicher Ausgabepositionen

### Soziale Sicherung

In Tabelle 4 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Für die soziale Sicherung sind im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 147,1 Mrd. € veranschlagt. Mit einem Anteil von 49,4% an den Gesamtausgaben ist dies der Schwerpunkt auf der Ausgabenseite.

**Leistungen an die Rentenversicherung:** Die Mittel für die Rentenversicherung werden weitgehend durch Beiträge und Bundeszuschüsse aufgebracht. Für Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) sind im Jahr 2009 insgesamt 78,9 Mrd. € vorgesehen. Gegenüber 2008 ist dies ein Aufwuchs der Mittel um rund 0,8 Mrd. €. Der Anteil an den Ausgaben des Bundes liegt bei 26,5% und stellt damit den größten Ausgabenposten dar. Die Zusammensetzung der Bundesleistungen ist in der Tabelle 4 aufgeführt.

**Nachhaltige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung:** Bereits mit der Rentenreform 2001 wurde in Deutschland auf die absehbare demografische Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten reagiert. Mit dem „Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz“ wurde zum 1. Juli 2005 ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Rentenanpassungsformel eingeführt, der die Veränderung des Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern berücksichtigt. Zugleich soll die gesetzliche Rente bezahlbar bleiben und eine stärkere Belastung des Faktors Arbeit durch die Sozialversicherungsbeiträge vermieden werden. Ziel ist es, den Beitragssatz bis zum

Jahr 2020 nicht über 20% beziehungsweise 2030 nicht über 22% steigen zu lassen. Ungeachtet der absehbaren demografischen Entwicklung soll eine Untergrenze des Sicherungsniveaus vor Steuern von mindestens 46% bis zum Jahr 2020 und mindestens 43% bis zum Jahr 2030 nicht unterschritten werden (Niveausicherungsklausel). Zugleich wurde festgelegt, dass es allein wegen der Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors nicht zu einer negativen Rentenanpassung kommen kann (Sicherungsklausel). Eine entsprechende Schutzklausel gilt auch für das Zusammenspiel der verschiedenen dämpfend wirkenden Faktoren der Rentenanpassung. Ergänzend dazu wurde im RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab dem Jahre 2012 von 65 auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 und die Nachholung nicht realisierter Dämpfungen von Rentenanpassungen durch Halbierung der Rentenerhöhungen (modifizierte Schutzklausel) vorgesehen. Dies stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit des Rentenversicherungssystems auch in Zukunft erhalten bleibt.

Der mit der Rentenreform 2001 in die Rentenanpassungsformel eingeführte sogenannte „Riesterfaktor“, mit dem die Belastungen der Erwerbstätigen aufgrund der höheren (steuerlich geförderten) Altersvorsorge („Riester-Rente“) auf die Entwicklung der Altersrenten übertragen werden, wurde durch das Gesetz zur Rentenanpassung 2008 für die Jahre 2008 und 2009 ausgesetzt. Damit wird erreicht, dass die Rentnerinnen und Rentner nachdrücklich und zeitnah am Wirtschaftsaufschwung der vergangenen Jahre beteiligt werden. Die langfristige finanzielle Stabilität der Rentenversicherung wird dadurch nicht gefährdet. Die beiden ausgesetzten Stufen der Riesterstreppe werden in den Jahren 2012 und 2013 nachgeholt.

□ Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

**Tabelle 4: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung**

Aufgabenbereich	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist-Ergebnis 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>2</sup>		in %	
<b>Leistungen an die Rentenversicherung (RV)</b>	<b>78,9</b>	<b>78,2</b>	<b>+0,8</b>	<b>+1,0</b>
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	38,6	38,2	+0,4	+1,1
zusätzlicher Zuschuss an die RV	18,7	18,2	+0,5	+2,7
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	11,5	-0,01	-0,1
Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,4	0,4	-0,1	-13,0
Bundeszuschuss an die knappschaftliche / hüttenknappschaftliche RV	6,0	6,2	-0,1	-1,7
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	2,6	+0,01	+0,3
nachrichtlich:				
Überführung der geschlossenen Sonderversorgungssysteme in die RV	1,6	1,6	+0,03	+1,9
<b>Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen</b>	<b>7,2</b>	<b>2,5</b>	<b>+4,7</b>	<b>x</b>
<b>Landwirtschaftliche Sozialpolitik</b>	<b>3,7</b>	<b>3,9</b>	<b>-0,2</b>	<b>-6,1</b>
darunter:				
Alterssicherung	2,3	2,3	+0,005	+0,2
Krankenversicherung	1,2	1,2	+0,1	+5,2
Unfallversicherung	0,1	0,4	-0,3	-75,0
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>44,3</b>	<b>42,9</b>	<b>+1,4</b>	<b>+3,3</b>
darunter:				
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung)	7,8	7,6	+0,2	+2,6
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	36,2	34,8	+1,4	+4,1
darunter:				
Arbeitslosengeld II	22,1	21,6	+0,5	+2,2
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,5	3,9	-0,4	-10,0
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	4,0	3,8	+0,2	+5,9
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,6	5,4	+1,2	+23,2

## Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

### noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist-Ergebnis 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>2</sup>		in %	
<b>Elterngeld</b>	<b>4,4</b>	<b>4,2</b>	<b>+0,2</b>	<b>+5,1</b>
<b>Erziehungsgeld</b>	<b>0,02</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,6</b>	<b>x</b>
<b>Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>+0,2</b>	<b>x</b>
<b>Wohngeld</b>	<b>0,6</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,2</b>	<b>-23,5</b>
<b>Wohnungsbau-Prämiengesetz</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>-0,01</b>	<b>-2,6</b>
<b>Kriegsopfersorgung und -fürsorge</b>	<b>2,1</b>	<b>2,3</b>	<b>-0,2</b>	<b>-8,2</b>

<sup>1</sup>Stand: Nachtragshaushalt 2009.<sup>2</sup>Differenzen durch Rundung möglich.

**Knappschaftliche Rentenversicherung:** Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit. Der Beitragssatz zur knappschaftlichen Rentenversicherung liegt derzeit bei 26,4%.

Der Bund erstattet der Deutschen Rentenversicherung die Aufwendungen, die ihr aufgrund der **Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR** erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Von diesen Aufwendungen tragen die neuen Länder im Jahr 2009 insgesamt 62%. Dieser Prozentsatz verringert sich auf 60% ab dem Jahr 2010.

Die geschlossenen **Sonderversorgungssysteme** in den neuen Bundesländern umfassen die Angehörigen der ehemaligen Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei, der Zollverwaltung der DDR sowie des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit. Die neuen Länder erstatten hier die Aufwendungen für die ehemalige Deutsche Volkspolizei in voller Höhe.

**Pauschale Abgeltung an die Krankenkassen:** Am 1. April 2007 ist die „Gesundheitsreform 2007“ (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz) in Kraft getreten. Danach hat der Bund zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen für versicherungsfremde beziehungsweise gesamtgesellschaftliche Aufgaben im Jahr 2008 einen Bundeszuschuss in Höhe von 2,5 Mrd. € gezahlt, der in den Folgejahren jährlich um 1,5 Mrd. € bis auf einen Betrag von 14 Mrd. € ansteigen sollte. Gleichzeitig wurde vorgesehen, dass ab dem 1. Januar 2009 diese Mittel ebenso wie die Beitragseinnahmen der Versicherten in den Gesundheitsfonds fließen. Darüber hinaus wird seit dem 1. Januar 2009 in der Gesetzlichen Krankenkasse (GKV) ein einheitlicher Beitragssatz festgelegt. Jede Krankenkasse erhält aus dem Gesundheitsfonds je Versichertem eine pauschale Zuweisung, die ergänzt wird durch einen Ausgleichsbetrag, der neben dem Alter und dem Geschlecht auch verschiedene Krankheitsrisiken berücksichtigt. Die Zahlungen des Bundeszuschusses erfolgen in monatlichen Teilbeträgen zum ersten Bankarbeitstag. Mit dem Konjunkturpaket II wurde beschlossen, dass der allgemeine Beitragssatz zur GKV zum 1. Juli 2009 um 0,6 Prozentpunkte auf dann 14,9% gesenkt wird, wodurch sowohl Beitragszahler wie auch

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Arbeitgeber entlastet werden. Zur Finanzierung dieser Maßnahme wurden mit dem Nachtragshaushalt 2009 die Zuführungen aus dem Bundeshaushalt an den Gesundheitsfonds von 4 Mrd. € um 3,2 Mrd. € auf jetzt insgesamt 7,2 Mrd. € für das Jahr 2009 erhöht. Damit werden sowohl privaten Haushalte als auch Arbeitgeber entlastet.

**Die Landwirtschaftliche Sozialpolitik** dient dazu, den anhaltenden Agrarstrukturwandel sozial zu flankieren und die sozial-ökonomische Lage der Landwirte und ihrer Familien zu verbessern. Agrarsozialpolitik ist zugleich zielorientierte, gestaltende Politik zugunsten der aktiven Landwirte und Altenteiler und damit Teil der Politik für den ländlichen Raum.

**Alterssicherung der Landwirte:** Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckten Aufwendungen werden im Rahmen der Defizitdeckung durch Bundeszuschüsse finanziert. Damit werden mehr als drei Viertel der Ausgaben in der Alterssicherung der Landwirte durch Bundeszuschüsse finanziert. Die finanziellen Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft wirken sich somit nicht auf die Beitragshöhe aus, sondern werden allein vom Bund getragen. Der Zuschuss zur **Krankenversicherung der Landwirte** ist dazu bestimmt, die Leistungsaufwendungen für Empfänger von Renten aus der Alterssicherung der Landwirte und sonstiger Altenteiler zu decken, soweit sie nicht durch Beiträge der Altenteiler aufgebracht werden. Mit einem in etwa gleichbleibenden Anteil ihres Beitragsaufkommens - jährlicher Solidarzuschlag von circa 90 Mio. € - werden sich die aktiven Mitglieder der landwirtschaftlichen Krankenversicherung an den Kosten der Krankenversicherung der Rentner und Altenteiler beteiligen. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der **landwirtschaftlichen Unfallversicherung** dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

**Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsmarktförderung:** Ab dem Jahr 2007 wurden die Finanzbeziehungen zwischen Bundesagentur für Arbeit (BA) und Bund neu geregelt. Der Defizit-Zuschuss ist entfallen, gegebenenfalls erhält die BA zukünftig Darlehen des Bundes.

Mit dem Aufkommen aus einem Mehrwertsteuerpunkt trägt der Bund zur Finanzierung der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung bei. Für diesen regelgebundenen Transfer an die BA sind 2009 insgesamt 7,777 Mrd. € vorgesehen. Ab 2010 verändert sich dieser Betrag jährlich entsprechend der Veränderungsrate der Steuern vom Umsatz. Ab 1. Januar 2008 wurde der Beitragssatz von 4,2% auf 3,3% gesenkt. Durch Koalitionsbeschluss vom 5. Oktober 2008 wurde der Beitragssatz dauerhaft auf 3,0% festgeschrieben und zusätzlich im Rahmen des Konjunkturpakets II vorübergehend vom 1. Januar 2009 bis zum Ende des Jahres 2010 auf 2,8% festgelegt. Diese zusätzliche Senkung wird flankiert durch eine neue Stundungsregelung für den Fall, dass der Bund der BA aufgrund der Einnahmeverminderung unterjährig Liquiditätshilfe gewähren muss und die BA dieses Darlehen nicht bis zum Jahresende zurück zahlen kann (zinsfreie Stundung).

**Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende:** Die konjunkturelle Abschwächung wird im Jahresverlauf 2009 auch signifikante Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Bereits im Dezember 2008 kam es bei der Arbeitslosigkeit zu einer Trendwende. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen stieg erstmals seit Februar 2006 wieder an. Darüber hinaus ist ein spürbarer Anstieg der Kurzarbeit zu verzeichnen. Mit dem Nachtragshaushalt 2009 wurden daher neben Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II auch die bereits feststehenden Belastungen bei den Ausgaben für den Arbeitsmarkt - wie z.B. steigende Ausgaben für das Arbeitslosengeld II und höhere Ausgaben für Unterkunft und Heizung

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

- berücksichtigt. Insgesamt wurden die bis dahin im Soll 2009 veranschlagten Ausgaben um 2,75 Mrd. € erhöht. Die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitslose liegen im Soll jetzt bei 36,2 Mrd. € und stellen mit einem 12,2 %-Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes eine anhaltend hohe Belastung für den Bundeshaushalt dar.

Folgende Maßnahmen wurde mit dem „Pakt für Stabilität und Wachstum“ für den Arbeitsmarkt u.a. beschlossen: Der Regelsatz für Kinder in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Sozialhilfe wird durch Einführung einer dritten Altersstufe für 6- bis 13-Jährige in Höhe von 70 % der maßgeblichen Regelleistungen (vorher 60 %) zum 1. Juni 2009 erhöht. Die Grundsicherungsstellen erhalten zusätzliche Stellen für die Vermittlung und Leistungsgewährung, zudem werden für Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

**Elterngeld:** Eltern erhalten für ihre ab dem 1. Januar 2007 geborenen Kinder Elterngeld. Dieses ersetzt das bisherige Erziehungsgeld. Gezahlt werden während der Bezugszeit 67 % des letzten Nettoeinkommens, insofern erwerbstätige Eltern ihr Berufsleben unterbrechen oder ihre Erwerbstätigkeit auf höchstens 30 Stunden in der Woche reduzieren. Der Höchstbetrag liegt bei 1800 € monatlich. Die Mindestleistung beträgt 300 €. Die Bezugszeit beträgt bis zu zwölf Monate, plus zwei weitere Monate, wenn auch der Partner wegen der Kindererziehung seine Erwerbstätigkeit einschränkt. Eltern mit kleinen Einkommen und Eltern von Geschwisterkindern, die in enger Folge geboren werden, werden besonders berücksichtigt. Das Elterngeld kann nicht nur von bisher in einem Arbeitsverhältnis tätigen Elternteilen in Anspruch genommen werden, sondern auch dann, wenn die Eltern selbstständig tätig oder arbeitslos sind. Der Bedarf für das ausgelaufene Erziehungsgeld beschränkt sich im Jahr 2009 nur noch auf die Abwicklung von Restfällen.

**Kinderzuschlag für geringverdienende Eltern:** Der Kinderzuschlag ist eine gezielte ergänzende Sozialleistung für Familien zur Vermeidung einer durch Kinder entstehenden Hilfebedürftigkeit nach SGB II. Er beträgt bis zu 140 € monatlich pro Kind. Das Instrument ist zum 1. Oktober 2008 weiterentwickelt worden. Die Mindesteinkommensgrenze wurde deutlich abgesenkt und einheitlich festgelegt. Sie beträgt jetzt 900 € brutto beziehungsweise 600 € brutto für Paarhaushalte beziehungsweise Alleinstehende. Die Anrechnung für Einkommen aus Erwerbstätigkeit wurde von 70 % auf 50 % abgesenkt. Außerdem wurde ein Wahlrecht neu eingeführt zwischen der Inanspruchnahme von Kinderzuschlag und Leistungen der Grundsicherung für jenen Personenkreis, der bei Beantragung von Arbeitslosengeld II Anspruch auf Leistungen für einen Mehrbedarf hätte. Damit profitieren rund 150 000 Kinder mehr vom Kinderzuschlag. Im Jahr 2008 wurden hierfür 143 Mio. € ausgegeben. Im Jahr 2009 sollen die Ausgaben auf 374 Mio. € steigen.

**Wohngeld:** Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesen wird die Sozialleistung „Wohngeld“ nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) gewährt. Das Wohngeld tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Bis Ende 2008 hat der Bund mit der Einführung einer Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zusätzlich einen Festbetrag vom Länderanteil in Höhe von jährlich 409 Mio. € übernommen. Ab 2009 wurde diese Regelung durch eine im SGB XII geregelte prozentuale Beteiligung des Bundes an den Nettoausgaben der Länder für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ersetzt. Aus diesem Grund wurde der Wohngeldansatz im Bundeshaushalt gegenüber dem Jahr 2008 abgesenkt. Außerdem sind zum 1. Januar 2009 gesetzliche Neuregelungen in Kraft getreten, die im Ergebnis das Wohngeld von derzeit rund 90 € auf rund 142 € monatlich erhöhen.

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Seit der Einführung von „Hartz IV“ im Jahr 2005 erhalten Wohngeld nur noch Haushalte, die nicht Empfänger von Transferleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter u. a.) sind.

**Wohnungsbau-Prämiengesetz:** Der Bund fördert insbesondere Beiträge an Bausparkassen im Rahmen jährlicher Höchstbeträge von 512 €/1.024 € (für Alleinstehende/Verheiratete) mit einer Prämie, wenn das Einkommen des Bausparers jährlich 25 600 €/51 200 € (Alleinstehende/Verheiratete) nicht übersteigt. Die Höhe der Wohnungsbaurämie beträgt für laufende und neue Verträge seit dem Sparjahr 2004 insgesamt 8,8% der prämienbegünstigten Aufwendungen.

**Kriegsopfersversorgung und Kriegsopferfürsorge** umfasst die staatlichen Leistungen (Heil- und Krankenbehandlung, Versorgungsbezüge), die nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) an Personen, die durch Krieg, Militärdienst oder militärähnlichen Dienst gesundheitlich geschädigt worden sind, oder an deren Hinterbliebene erbracht werden. Darüber hinaus stellt der Bund in entsprechender Anwendung des BVG Mittel für die soziale Entschädigung von Personen zur Verfügung, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, Opfer von Gewalttaten und SED-Unrecht sowie Wehr- und Zivildienstgeschädigte wurden. Am 31. Dezember 2008 belief sich die Anzahl der Leistungsempfänger auf 386 220 Personen.

## Allgemeine Dienste

Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Bundeshaushalt 2009 auf 53,6 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 18,0% an den Gesamtausgaben. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. In Tabelle 5 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für „Allgemeine Dienste“ aufgeführt.

**Verteidigung (einschließlich zivile Verteidigung):** Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und die internationale Lage haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark verändert. Mit den im Haushalt 2009 zur Verfügung gestellten Mitteln wird die Bundeswehr in die Lage versetzt, im Rahmen der erforderlichen Transformation der Bundeswehr die Struktur der Streitkräfte anzupassen und die Modernisierung von Material und Ausrüstung voranzutreiben. Die Finanzausstattung des Verteidigungshaushalts ermöglicht darüber hinaus die Erfüllung der eingegangenen internationalen Verpflichtungen zum Aufbau gemeinsamer Fähigkeiten im europäischen Raum wie im transatlantischen Bündnis. Grundlage für die Weiterentwicklung der Bundeswehr ist dabei ein Personalumfang von 250 000 Soldatinnen und Soldaten sowie 75 000 Haushaltsstellen für zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der bis zum Jahr 2010 erreicht werden soll.

Die Ausgaben für zivile Verteidigung umfassen Ausgaben für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) und die Ausgaben für das Technische Hilfswerk.

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit:** Die Bundesregierung unterstützt aktiv die Entwicklung und Umsetzung der neuen globalen Partnerschaften zwischen Industrie, Entwicklungs- und Transformationsländern. Dabei versteht sie Entwicklungspolitik als internationale Gemeinschaftsaufgabe und will dazu beitragen, weltweite Armut zu mindern, Frieden zu sichern beziehungsweise zu stiften, Globalisierung gerecht zu gestalten, Demokratie und Menschenrechte voranzubringen und natürliche Lebensgrundlagen zu bewahren. Mit dem Bundeshaushalt 2009 unternimmt die Bundesregierung einen weiteren Schritt zur Umsetzung ihrer internationalen Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungspolitik.

## Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

**Tabelle 5: Allgemeine Dienste**

Aufgabenbereich	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist-Ergebnis 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>2</sup>		in %	
<b>Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)</b> Obergruppe 55: Militärische Beschaffungen, Wehrforschung und militärische Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	<b>31,0</b>	<b>30,0</b>	<b>+1,0</b>	<b>+3,4</b>
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	10,3	9,6	+0,7	+7,7
Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Funktion 023) <sup>3</sup>	<b>5,7</b>	<b>5,0</b>	<b>+0,7</b>	<b>+14,5</b>
Beteiligung an Einrichtungen der Weltbankgruppe	2,3	2,2	+0,1	+3,7
Beitrag zu den „Europäischen Entwicklungsfonds“	0,7	0,5	+0,2	+37,6
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	0,8	0,7	+0,1	+9,6
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	0,1	0,3	-0,2	-61,8
Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01)	<b>6,4</b>	<b>6,1</b>	<b>+0,3</b>	<b>+4,2</b>
Zivildienst	0,6	0,6	+0,03	+5,4
Finanzverwaltung (Oberfunktion 06)	<b>3,8</b>	<b>3,3</b>	<b>+0,5</b>	<b>+14,4</b>
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04)	<b>3,7</b>	<b>3,2</b>	<b>+0,5</b>	<b>+16,3</b>
nachrichtlich:				
Ausgaben für Versorgung	<b>7,3</b>	<b>7,2</b>	<b>+0,1</b>	<b>+1,5</b>
Ziviler Bereich	2,8	2,9	-0,04	-1,3
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,5	4,3	+0,1	+3,3

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.<sup>2</sup> Differenzen durch Rundung möglich.<sup>3</sup> Darüber hinaus sind weitere Mittel für Wirtschaftliche Zusammenarbeit bei anderen Funktionen veranschlagt.

**Politische Führung und zentrale Verwaltung:** Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden und den Zivildienst.

Mit dem **Zivildienst** als Ersatz für den Wehrdienst werden wichtige Leistungen für die Gesellschaft insbesondere im sozialen Bereich und im Umweltschutz erbracht. Das Engagement der Zivildienstleistenden hat vor allem bei der Betreuung alter, kranker und behinderter Menschen eine erhebliche soziale Bedeutung, die über den gesetzlichen Auftrag des Zivildienstes hinausgeht. Es ist beabsichtigt, den Zivildienst weiter als Lerndienst zu gestalten. Zivildienstleistende sollen ihre Dienstzeit nicht nur als Pflichtdienst

erleben, sondern ihre im Dienst gemachten Erfahrungen für den späteren Lebensweg und die eigene Persönlichkeitsentwicklung nutzen. Die Zivildienstzeit beträgt wie die Grundwehrdienstzeit neun Monate. Die Ausgaben werden im Einzelplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geleistet.

**Finanzverwaltung:** Die Ausgaben für die Finanzverwaltung werden zum ganz überwiegenden Teil im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) geleistet. Neben den obersten Bundesbehörden wie dem Bundeszentralamt für Steuern ist größter Fachbereich die Bundeszollverwaltung (1,8 Mrd. €). In Höhe von 0,2 Mrd. € werden Erstattungen von Verwaltungskosten an die BA für die

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Durchführung des Familienleistungsausgleichs nach dem Einkommensteuergesetz geleistet. Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2009 sind hier 85 Mio. € Erstattung von Verwaltungskosten an die Länder für die Erhebung der Kfz-Steuer durch die Finanzbehörden der Länder veranschlagt worden, die sich aus dem Übergang der Ertragshoheit von den Ländern auf den Bund ergeben.

**Öffentliche Sicherheit und Ordnung:** Der Bundeshaushalt stellt Mittel zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereit. Dazu zählen insbesondere die in der Verantwortung des Bundes liegenden Leistungen für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Ausgaben werden im Einzelplan des Bundesministeriums des Inneren getätigt.

**Versorgung:** Die Versorgungsleistungen des Bundes an ehemalige Beamte, Richter und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene sowie an Versorgungsberechtigte nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes umfassen insbesondere die direkten Pensionszahlungen sowie Beihilfen. Sie sind jeweils bei dem Ressort veranschlagt, aus dessen Dienst die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in den Ruhestand getreten sind. Zur Finanzierung künftiger Versorgungsleistungen wird aufgrund des Versorgungsrücklagegesetzes seit 1999 über verminderte Besoldungs- und Versorgungsanpassungen das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Bundes“ gebildet. Es soll den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2018 von Versorgungsausgaben entlasten. Darüber hinaus sind für alle ab dem 1. Januar 2007 neu eingestellten Beamten, Richter sowie Berufssoldaten Zuweisungen an das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Bundes“ zu leisten. Die Ausgaben zum Aufbau der beiden Sondervermögen sind entsprechend ihrem Charakter nicht den

Versorgungsausgaben, sondern den korrespondierenden Bezügen zugeordnet.

### **Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur sollen im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 14,6 Mrd. € aufgewendet werden. Dies entspricht einem Anteil von 4,9 % an den Gesamtausgaben. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben um 1,2 Mrd. € gestiegen. Tabelle 6 gibt einen Überblick über die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für diesen Aufgabenbereich.

**Investitionsprogramm Ganztagschulen:** Für das Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen gewährte der Bund den Ländern und Gemeinden Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 4,0 Mrd. €. Mit diesem Programm wurden die Anstrengungen der Länder und Kommunen zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsangebote nachhaltig unterstützt. Gemäß Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern waren die Finanzhilfen an die Länder in den Jahren 2003 bis 2007 zu zahlen. Die Investitionen sind bis zum 31. Dezember 2009 durchzuführen. Das Programm wird im Jahr 2009 ausfinanziert. Im Soll sind daher keine Ausgaben vorgesehen.

**Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen:** Für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen sind für das Jahr 2009 insgesamt 8,8 Mrd. € vorgesehen. Gegenüber dem Ist 2008 wurden die Mittel für das Jahr 2009 um 1,1 Mrd. € aufgestockt. Die ressortübergreifende strategische Neuausrichtung der Innovations- und Forschungspolitik erfolgt flankiert durch die im Sommer 2006 gestartete Hightech-Strategie der Bundesregierung. Im Rahmen des 6 Mrd. €-Programms unterstützt der Bund bis 2009 zusätzlich besonders zukunftsträchtige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. Der

## Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

**Tabelle 6: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Aufgabenbereich	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist-Ergebnis 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € <sup>2</sup>		in %
<b>Investitionsprogramm Ganztagschulen</b>	-	<b>0,6</b>	<b>-0,6</b>	<b>x</b>
<b>Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen</b>	<b>8,8</b>	<b>7,7</b>	<b>+1,1</b>	<b>+13,7</b>
gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	3,4	3,0	+0,4	+12,1
darunter:				
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,6	0,6	-0,03	-4,7
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	0,5	0,4	+0,1	+19,4
Forschungszentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (ohne DLR)	1,5	1,4	+0,2	+13,9
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumprogramm und ESA	1,1	1,0	+0,1	+13,4
Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,5	+0,1	+14,6
Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,2	+0,03	+15,7
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	0,3	0,3	+0,03	+12,2
Vorsorgeforschung in den Bereichen Klima, Energie und Umwelt	0,4	0,3	+0,05	+15,8
<b>Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)</b>	<b>1,4</b>	<b>1,2</b>	<b>+0,2</b>	<b>+20,1</b>
<b>Hochschulen</b>	<b>2,6</b>	<b>2,4</b>	<b>+0,2</b>	<b>+9,6</b>
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,7	-	-
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,9	0,8	+0,03	+3,0
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,3	+0,04	+16,8
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,3	+0,03	+10,8
Hochschulpakt 2020	0,4	0,2	+0,1	+58,8
<b>Berufliche Weiterbildung</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>+0,02</b>	<b>+11</b>
nachrichtlich:				
Kunst- und Kulturförderung inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,8	1,6	+0,1	+9,1

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.<sup>2</sup> Differenzen durch Rundung möglich.

Einsatz der öffentlichen Mittel führt zu zusätzlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Wirtschaft und der Länder (Hebelwirkung). Mit dem Pakt für Forschung und Innovation haben die institutionell geförderten Forschungseinrichtungen insbesondere die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Helmholtz-Gemeinschaft

Planungssicherheit bis 2010. Danach wird eine Folgeregelung angestrebt.

**Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG):** Ziel des BAföG ist die soziale Öffnung und Offenhaltung des Bildungswesens. Unabhängig von den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten soll jedem eine den eigenen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Ausbildung ermöglicht werden. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Mit dem 22. Gesetz zur Änderung des BAföG sind zum 1. Oktober 2008 wesentliche Leistungsverbesserungen in Kraft getreten. Insbesondere sind die BAföG-Bedarfssätze um 10 % und die Einkommensfreibeträge um 8 % gestiegen. Damit liegt der BAföG-Höchstsatz jetzt bei 643 € statt vorher bei 585 € pro Monat. Die Hinzuverdienstgrenze wurde für alle Auszubildenden auf die auch für sogenannte "Minijobs" geltende Einkommensgrenze von 400 € monatlich ausgedehnt. Außerdem ist es jetzt möglich, die Ausbildung innerhalb der EU vollständig im Ausland zu absolvieren. Weiterhin wurde ein Kinderbetreuungszuschlag in Höhe von 113 € monatlich für das erste und 85 € für jedes weitere Kind eingeführt. Durch die Kombination von Maßnahmen werden damit rund 100 000 Studenten (einschließlich Fach- und Berufsschüler) zusätzlich in der Förderung erreicht. Ergänzt wird die Ausbildungsförderung durch das Bildungskreditprogramm des Bundes und den allgemeinen Studienkredit, ein Eigenmittelprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

**Hochschulen:** Mit der Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe „Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken“ erhalten die Länder ab 2007 bis 2013 pro Jahr ein Kompensationsvolumen von 695,3 Mio. €. Zusätzliche Mittel in Höhe von 298 Mio. € pro Jahr stellt der Bund in diesem Zeitraum für überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich zur Verfügung. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn (DFG) ist die zentrale Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft. Die Ausgaben dienen dazu, die

Forschung durch allgemeine Fördermaßnahmen und insbesondere von Schwerpunkten leistungsfähig zu erhalten. Seit dem Jahr 2002 fördern Bund und Länder die DFG mit einem einheitlichen Finanzierungsschlüssel von 58 % (Bund) und 42 % (Länder). Bund und Länder sind sich einig, dass es zusätzlicher Maßnahmen bedarf, um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen sichtbarer zu machen. Mit der zwischen Bund und Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung werden im Rahmen der „Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“ Zukunftskonzepte zum Ausbau der Spitzenforschung, Graduiertenschulen und Exzellenzcluster im Wettbewerb gefördert. Im Jahr 2009 wird der Bund hierfür weitere 285 Mio. € zur Verfügung stellen. Nach dem Sitzlandprinzip tragen die Länder 25 % der Kosten. Im August 2007 haben die Regierungschefs der Länder eine Vereinbarung über den **Hochschulpakt 2020** geschlossen. Im Haushalt 2009 sind hierfür 383,5 Mio. € veranschlagt. Davon fließen 102,6 Mio. € in das Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger und 138,9 Mio. € in das Programm zur Finanzierung von Programmpauschalen für von der DFG geförderte Forschungsvorhaben.

**Berufliche Weiterbildung:** Die berufliche Weiterbildung wird durch mehrere Programme gefördert. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je zur Hälfte vom Bund und den neuen Ländern finanziert. Weiterhin werden Lehrgänge der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk gefördert, die zur Anpassung des personellen Leistungsstandes an den technischen und ökonomischen Fortschritt beitragen. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

**Kunst- und Kulturflege:** Die Förderung der inländischen Kulturpolitik wird vor allem vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wahrgenommen. Ihm zugeordnet ist das Bundesarchiv, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die Förderung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik obliegt dem Auswärtigen Amt. Unter Wahrung der Kulturhöheit der Länder fördert der Bund folgende Maßnahmen und Einrichtungen mit gesamtstaatlicher

Bedeutung: Kulturelle Angelegenheiten, einschließlich der Pflege deutscher Kultur des östlichen Europas, sowie kulturelle Betreuung für heimatlose Ausländer und fremde Volksgruppen, Medien- und Filmwirtschaft, Gedenkstätten, Kultur in der Hauptstadt Berlin sowie in der Region der Bundesstadt Bonn. Die größten Einzelposten der Kunst- und Kulturflege im Inland sind der Zuschuss des Bundes an die Rundfunkanstalt "Deutsche Welle" und die Zuschüsse an das Goethe-Institut e. V. (Betrieb und operative Mittel).

## Verkehrs- und Nachrichtenwesen

In Tabelle 7 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen abgebildet. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 12,9 Mrd. €

Tabelle 7: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist-Ergebnis 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € <sup>2</sup>	in %	
<b>Straßen</b>	<b>6,8</b>	<b>6,0</b>	<b>+0,7</b>	<b>+12,3</b>
Bundesautobahnen	3,9	3,4	+0,5	+14,3
Bundesstraßen	2,8	2,3	+0,5	+19,6
<b>Wasserstraßen und Häfen</b>	<b>1,9</b>	<b>1,6</b>	<b>+0,3</b>	<b>+21,0</b>
<b>Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	-	-
<b>Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur und Investitionszuschüsse für den öffentlichen Personennahverkehr</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>-0,02</b>	<b>-5,6</b>
nachrichtlich:				
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8:				
Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	4,1	3,9	+0,2	+5,4
Bundeseisenbahnvermögen	5,5	4,3	+1,2	+27,3

<sup>1</sup> Stand : Nachtragshaushalt 2009.

<sup>2</sup> Differenzen durch Rundung möglich.

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

vorgesehen. Dies entspricht einem Anteil von 4,3 % an den Gesamtausgaben. Mit 8,7 Mrd. € werden 30,4 % der investiven Ausgaben des Bundes im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens getätigt. Die Steigerung der Verkehrsinvestitionen im Jahr 2009 um fast 2 Mrd. € gegenüber der alten Finanzplanung resultiert je zur Hälfte aus Mehreinnahmen aus der Mauterhöhung sowie aus der Aufstockung im Rahmen des Konjunkturpakets I.

**Straßen (ohne Kompensationszahlungen wegen Beendigung Gemeindeverkehrsförderungsgesetz):** Das Bundesfernstraßennetz (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) gehört zu den leistungsfähigsten Europas. Es spiegelt die Bedeutung Deutschlands als eine der führenden Wirtschaftsnationen und als wichtigstes Transitland wider. Nach Artikel 90 des Grundgesetzes verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen werden aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt.

**Wasserstraßen und Häfen:** Das Netz der Bundeswasserstraßen umfasst rund 7350 km Binnenwasserstraßen und rund 23 000 qkm Seewasserstraßen. Zu den wichtigsten Bauwerken zählen rund 350 Schleusenanlagen, rund 300 Wehranlagen, vier Schiffshebewerke, acht Sperrwerke und rund 1000 Brücken. Nach Artikel 89 des Grundgesetzes verwaltet der Bund die Bundeswasserstraßen und nimmt die über den Bereich eines Landes hinausgehenden staatlichen Aufgaben wahr. Die hierfür zuständigen bundeseigenen Behörden sind die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen sowie die Wasser- und Schifffahrtsämter.

**Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden:** Mit der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden steht den Ländern ab dem 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 jährlich ein Betrag von 1,3 Mrd. € aus dem Haushalt des Bundes zu. Der Betrag wird auf die Länder nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel verteilt. Die Beträge sind von den Ländern jeweils für Investitionen, die zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden erforderlich sind, einzusetzen. Über die Verwendung der Mittel müssen die Länder dem Bund berichten.

**Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG:** Gemäß Artikel 87e Abs. 4 Grundgesetz trägt der Bund die Verantwortung für den Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes. Nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz finanziert der Bund Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen. Diese Investitionen umfassen sowohl Ersatzinvestitionen als auch Neu- und Ausbaumaßnahmen.

**Bundeseisenbahnvermögen:** Das Bundeseisenbahnvermögen ist ein Sondervermögen des Bundes und wurde im Zuge der ersten Stufe der Bahnreform im Jahr 1994 aus den Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn zusammengeführt. Anschließend wurde der unternehmerische Bereich aus dem Bundeseisenbahnvermögen ausgegliedert und in die Deutsche Bahn AG umgewandelt. Das Bundeseisenbahnvermögen ist Dienstherr der Deutschen Bahn AG zugewiesenen Beamten und verwaltet und verwertet die nicht bahnnotwendigen Liegenschaften. Das Bundeseisenbahnvermögen stellt jedes Jahr einen Wirtschaftsplan auf. Die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Verwaltungsausgaben werden aus dem Bundeshaushalt getragen. Die im Jahr 2009 im Vergleich zu 2008 deutlich erhöhte Erstattung des Bundes resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Privatisierung des Geschäftsanteils des Bundeseisenbahnvermögens an der Vivico Real Estate GmbH im Jahr 2008 zu einer

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

deutlich niedrigeren Erstattungsleistung des Bundes geführt hat.

#### Wirtschaftsförderung

In Tabelle 8 sind die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft aufgeführt. Für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 7,4 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,5 % an den Gesamtausgaben.

**Regionale Förderungsmaßnahmen:** Den größten Anteil hat die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Mit der GRW wird die Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen durch Gewährung von Investitionszuschüssen an Unternehmen und Finanzhilfen für die wirtschaftsnahe Infrastruktur gefördert. Die Länder stellen Mittel in gleicher Höhe bereit. Im Rahmen des Konjunkturprogramms I wurde als Impuls für zusätzliche Investitionen

das Sonderprogramm der GRW „Zuweisungen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen“ mit Bundesmitteln in Höhe von 100 Mio. € aufgelegt.

**Förderung des Steinkohlenbergbaus:** Der deutsche Steinkohlenbergbau ist seit vielen Jahren international nicht wettbewerbsfähig. Die Produktionskosten übersteigen vor allem aufgrund der ungünstigen geologischen Bedingungen den Weltmarktpreis ganz erheblich. Der Beitrag, den der deutsche Steinkohlenbergbau zur Versorgung der deutschen Wirtschaft leistet, steht nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zum erforderlichen Subventionsaufwand. Daher wurde mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz vom 20. Dezember 2007 die - sozialverträgliche - Beendigung der subventionierten Förderung der Steinkohle bis zum Ende des Jahres 2018 beschlossen (Verständigung zwischen Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland). Dieser Ausstiegsbeschluss wird im Jahr 2012 vom Bundestag überprüft. Das Steinkohlefinanzierungsgesetz regelt die Steinkohlebeihilfen des Bundes ab 2009. Sämtliche Beihilfen stehen unter dem

Tabelle 8: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist-Ergebnis 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>2</sup>		in %	
<b>Regionale Förderungsmaßnahmen<sup>3</sup></b>	<b>0,7</b>	<b>0,9</b>	<b>-0,2</b>	<b>+21,9</b>
Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	0,7	0,8	-0,1	+14,7
<b>Förderung des Steinkohlenbergbaus</b>	<b>1,6</b>	<b>1,9</b>	<b>-0,3</b>	<b>+17,7</b>
<b>Mittelstandsförderung<sup>4</sup></b>	<b>0,9</b>	<b>0,8</b>	<b>+0,1</b>	<b>+17,4</b>
<b>Förderung erneuerbarer Energien</b>	<b>0,8</b>	<b>0,5</b>	<b>+0,3</b>	<b>+57,0</b>
<b>Gewährleistungen</b>	<b>2,4</b>	<b>0,7</b>	<b>+1,7</b>	x
<b>Landwirtschaft</b>	<b>1,0</b>	<b>1,1</b>	<b>-0,02</b>	<b>-2,3</b>
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	0,7	0,7	+0,05	+7,7

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

<sup>2</sup> Differenzen durch Rundung möglich.

<sup>3</sup> Soll 2009 ohne EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

<sup>4</sup> Ohne Altprogramme.

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Vorbehalt der Genehmigung durch die EU-Kommission (die Beihilfen sind notifiziert).

**Mittelstandsförderung:** Die Bundesregierung hat durch verschiedene Maßnahmen die Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessert (u.a. erstes und zweites Mittelstandsentlastungsgesetz, Mittelstandsinitiative, Entlastungen durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Bürokratieabbau). Mit dem Ziel der Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft fördert die Bundesregierung darüber hinaus Forschung, Entwicklung und Innovationen im Bereich des Mittelstandes mit einer Vielzahl von Förderprogrammen aus dem Bundeshaushalt. Kernstück sind die Technologie- und Innovationsförderung im Mittelstand (626 Mio. € im Soll 2009) mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand und der Förderung der Forschungsinfrastruktur sowie die Förderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (156 Mio. €) ebenso wie die Forschung, Entwicklung und Anwendung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik (86 Mio. €).

**Förderung erneuerbarer Energien:** Mit dem Ziel einer wirtschaftlichen, sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung in Deutschland fördert die Bundesregierung Technologien im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen. Im Vergleich zum Jahr 2008 wurden die Ausgaben hierfür um rund 277 Mio. € aufgestockt. Die Mittel werden für verschiedene Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die Erschließung beziehungsweise Weiterentwicklung erneuerbarer Energien, der Förderung der rationellen und sparsamen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Umwandlungs- und Verbrennungstechnik verwendet. Der Einsatz erneuerbarer Energien wird über steuerliche Vergünstigungen hinaus (für Biokraft- und

Bioheizstoffe durch zinsverbilligte Darlehen und/oder Investitionskostenzuschüsse im Rahmen des Marktanreizprogramms) zugunsten erneuerbarer Energien gefördert. Durch zinsverbilligte Darlehen und/oder Investitionszuschüsse werden Anlagen zur Wärmeerzeugung aus Solarthermie, Biomasse und Geothermie sowie effiziente Wärmepumpen unterstützt.

**Gewährleistungen:** Durch die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen ermöglichte der Bund die Fremdfinanzierung von förderungswürdigen Vorhaben, insbesondere von Handels- und Kreditgeschäften, sowohl im außen- als auch binnengewirtschaftlichen Bereich. Die entsprechenden Ermächtigungen sind im Haushaltsgesetz 2009 enthalten, wobei auch in den nächsten Jahren mit Entschädigungen für in der Vergangenheit übernommene Gewährleistungen zu rechnen ist. Mit dem Konjunkturpaket II wurde als kurz- und mittelfristige Maßnahme zur Stärkung der Wirtschaft beschlossen, das Volumen der Gewährleistungen zu erweitern. Insgesamt steht hierfür ein Bürgschaftsvolumen von 100 Mrd. € zur Verfügung. Solide große und mittelständische Unternehmen, die allein wegen der Finanzkrise von den Banken keinen Kredit mehr erhalten, können staatliche Bürgschaften in Anspruch nehmen (Kredit- und Bürgschaftsprogramm). Aus diesem Grund wurden mit dem Nachtrag 2009 im Bundeshaushalt die notwendigen Voraussetzungen für eine mögliche Inanspruchnahme des Bundes aus den Gewährleistungen geschaffen und 1,5 Mrd. € mehr eingestellt.

**Landwirtschaft:** Im Bereich der Agrarpolitik liegt der finanzielle Schwerpunkt bei den von der Europäischen Union gezahlten Beihilfen. Im nationalen Bereich nimmt neben der landwirtschaftlichen Sozialpolitik (vergleiche Tabelle 4 „Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung“) die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil der

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Bundeshilfen ein. Die Gemeinschaftsaufgabe ist das wichtigste Instrument der Bundesregierung zur Koordinierung und Vereinheitlichung der Agrarstrukturpolitik in Deutschland. Sie bildet eine wichtige inhaltliche und finanzielle Grundlage der Länderprogramme zur ländlichen Entwicklung für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 und wurde dazu als nationale Rahmenregelung von der Europäischen Kommission genehmigt. Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Fördermaßnahmen im Bereich der Agrarstrukturverbesserung mit 60 % und bei Maßnahmen zur Verbesserung des Küstenschutzes mit 70 %.

## Übrige Ausgaben

Tabelle 9 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes im Jahr 2009. Im Wesentlichen handelt es sich um

Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport, allgemeine Finanzwirtschaft und die Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

**Zinsen:** Die Haushaltsansätze basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme, den bestehenden und geplanten Swapverträgen und der voraussichtlichen Kassenfinanzierung. Die Zinsausgaben des laufenden Jahres werden im Wesentlichen durch die Kreditaufnahme (Volumen und Konditionen) der Vorjahre bestimmt. Im Bundeshaushalt 2009 sind 41,4 Mrd. € für Zinsausgaben vorgesehen. Das entspricht einem Anteil von 13,9 % an den Ausgaben des Bundes insgesamt.

**Wohnungswesen:** Der Wohnungsmarkt ist,

**Tabelle 9: Übrige Ausgaben**

Aufgabenbereich	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist-Ergebnis 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>2</sup>		in %	
<b>Zinsen</b>	<b>41,4</b>	<b>40,2</b>	<b>+1,3</b>	<b>+3,1</b>
<b>Wohnungswesen</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>+0,1</b>	<b>+14,0</b>
darunter die Schwerpunkte:				
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,5	0,0	-
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,4	+0,1	+32,7
<b>Städtebauförderung</b>	<b>0,6</b>	<b>0,4</b>	<b>+0,2</b>	<b>+38,4</b>
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>+0,1</b>	<b>+14,2</b>
darunter:				
Gesundheit	0,4	0,4	+0,03	+9,6
Umweltschutz	0,4	0,3	+0,1	+18,7
Sport und Erholung	0,1	0,1	+0,01	+6,9
<b>Postbeamtenversorgungskasse</b>	<b>5,9</b>	<b>6,1</b>	<b>-0,2</b>	<b>-3,7</b>
<b>Darlehen an die KfW zum Ausgleich der mit dem Zuweisungsgeschäft IKB verbundenen Nachteile</b>	-	1,2	-1,2	x
<b>Erstattungen an die Deutsche Post AG im Rahmen eines Beihilfeverfahrens</b>	-	1,1	-1,1	x
<b>Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>+0,02</b>	<b>+6,4</b>

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

<sup>2</sup> Differenzen durch Rundung möglich.

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

abgesehen von vereinzelten, von starkem Zuzug geprägten Ballungszentren, weitgehend entspannt. Im Rahmen der durch die Föderalismusreform vollzogenen Entflechtung von Mischfinanzierungstatbeständen hat sich der Bund ab 2007 vollständig aus der sozialen Wohnraumförderung zurückgezogen. Die Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung ging vollständig auf die Länder über. Die Länder erhalten als befristeten Ausgleich für den Wegfall der bisherigen Bundesmittel bis zum Jahr 2013 jährliche Kompensationszahlungen in Höhe von 518,2 Mio. €, die zweckgebunden für investive Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung einzusetzen sind.

Zusätzlich wird die Modernisierung und energetische Sanierung des Wohnungsbestandes mit zinsgünstigen Krediten der KfW gefördert. Förderschwerpunkte sind das bereits 2001 gestartete KfW-CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm, welches mehrfach inhaltlich überarbeitet und volumenmäßig erweitert wurde. Energetische Maßnahmen an Wohngebäuden werden seit 2007 durch Investitionszuschüsse und Zinsverbilligungen gefördert. Ferner werden seit 2007 auch Kommunen bei der energetischen Sanierung von infrastrukturellen Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten unterstützt. Allein von 2006 bis Ende 2008 wurden über das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm 305 000 Darlehen in Gesamthöhe von 18,1 Mrd. € zugesagt und Investitionen in Höhe von 35,1 Mrd. € angestoßen.

**Städtebauförderung:** Zur Förderung des Städtebaus gewährt der Bund den Ländern gemäß Artikel 104 b Grundgesetz Finanzhilfen. Die Förderung erfolgt bundesweit im Rahmen von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Daneben gibt es weitere Programme zur Lösung spezieller Problemlagen, wie „Die Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Stadtumbau Ost“,

„Denkmalschutz Ost und West“ sowie „Innenentwicklung der Städte und Gemeinden“ (neu seit 2008). Die Finanzhilfen des Bundes für die Städtebauförderung wurden im Vergleich zu 2008 erneut aufgestockt. Hiermit wird verstärkt auch den zunehmenden Sanierungs- und Entwicklungsbedürfnissen in den alten Ländern nachgekommen. Weiterhin wird 2009 der als Sonderprogramm erfolgreich gestartete „Investitionsakt Bund-Länder-Gemeinden“ fortgeführt, der das KfW-CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm insbesondere für finanzschwache Kommunen durch eine Zuschussgewährung ergänzt. Daneben leistet der Bund im Rahmen der Altschuldenhilfereverordnung einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern (rund 1,1 Mrd. € bis 2013).

**Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung:** Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Robert Koch-Institut, das Paul-Ehrlich-Institut, das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowie das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in ihrer Arbeit unterstützt und gefördert.

Ziel der **Umweltpolitik** ist die ökologische Modernisierung, die sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientiert. Die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen für alle Menschen muss in Einklang gebracht werden mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen unter Berücksichtigung der Belange künftiger Generationen. In erheblichem Umfang werden Mittel für Förderprogramme im Bereich Umwelt- und Naturschutz sowie Mittel für das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz und das Bundesamt für Strahlenschutz bereitgestellt. Die Bundesregierung hat auf der Grundlage der

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Beschlüsse von Meseberg eine umfassende Klimaschutzinitiative ergriffen, die aus Einnahmen aus der Veräußerung von Emissionszertifikaten finanziert wird. Im Haushalt des Bundesumweltministeriums sind dafür 120 Mio. € für internationale Klimaschutzmaßnahmen und 340 Mio. € für nationale Klimaschutzmaßnahmen veranschlagt. Zusätzlich stehen 100 Mio. € für sonstige nationale Klimaschutzmaßnahmen (z.B. Umweltpilotprojekte, Forschung) zur Verfügung.

**Postbeamtenversorgungskasse:** Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von der Postbeamtenversorgungskasse. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Der größere Finanzierungsanteil entfällt hierbei auf den Bund, der gesetzlich zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Postbeamtenversorgungskasse verpflichtet ist. Durch die Verwertung des überwiegenden Teils der Forderungen gegenüber den Postnachfolgeunternehmen und die Verwendung der Verwertungserlöse zur Finanzierung der Versorgungs- und Beihilfeleistungen wurde der Bundeshaushalt in der Vergangenheit entsprechend entlastet. Im aktuellen Finanzplanungszeitraum sind die Versorgungsleistungen fast vollständig aus dem Bundeshaushalt zu erbringen.

**Darlehen an die KfW zum Ausgleich der mit dem Zuweisungsgeschäft IKB verbundenen Nachteile:** Der Bund hatte die KfW im Februar 2008 beauftragt, zur Rettung der IKB - Deutsche Industriebank AG kapitalstärkende Maßnahmen zu ergreifen, um Risiken für den Finanzsektor und die deutsche Volkswirtschaft abzuwenden. Zum Ausgleich daraus entstehender Verluste erhielt die KfW vom Bund ein bedingt rückzahlbares unverzinsliches Darlehen im Nominalwert von 1,2 Mrd. €. Im Haushaltsvollzug 2008 konnte dies nahezu vollständig durch die Vereinnahmung bei der KfW thesaurierter Dividendeneinnahmen ausgeglichen werden.

Die Erlöse wurden bei den Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen im Bundeshaushalt verbucht. Im Jahr 2009 sind hierfür keine Ausgaben vorgesehen.

**Erstattungen an die Deutsche Post AG im Rahmen eines Beihilfeverfahrens:** Der Bund hat der Deutschen Post AG (DP-AG) am 1. August 2008 einen Betrag in Höhe von 1,067 Mrd. € erstattet. Hintergrund ist ein Beihilfeverfahren der EU-Kommission. Das Europäische Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften hatte kurz zuvor eine Beihilfeentscheidung der EU-Kommission aus dem Jahre 2002 aufgehoben. Daraus ergab sich ein Rückerstattungsanspruch der DP-AG. Für das Jahr 2009 sind keine Ausgaben vorgesehen.

### Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt

**Treuhandanstalt:** Die Treuhandanstalt hat bereits Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, abgeschlossen. Seit 1995 wird der Finanzbedarf der Treuhandnachfolgeeinrichtungen direkt aus dem Bundeshaushalt gedeckt. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) hat die Aufgaben, die sie von der Treuhandanstalt übernommen hat, inzwischen fast vollständig erledigt. Auch 2009 wird sie ihre Ausgaben durch eigene Einnahmen decken und ohne Zuwendungen auskommen. Die Zuwendungen gehen an die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, die Energiewerke Nord GmbH und die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH.

## 5 Entwicklung der Einnahmen

Tabelle 10 gibt einen Überblick über die Einnahmen des Bundes im Jahr 2009 (ohne Nettokreditaufnahme und Münzeinnahmen). Den weitaus größten Anteil (89,6 %) haben die im Soll 2009 mit 233,2 Mrd. € veranschlagten Steuereinnahmen. Für sonstige Einnahmen sind im Jahr 2009 27,2 Mrd. € vorgesehen, was

 Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Tabelle 10: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2009 <sup>1</sup>	Ist-Ergebnis 2008	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>2</sup>		in %	
<b>Einnahmen</b>	<b>260,3</b>	<b>270,5</b>	<b>-10,1</b>	<b>-3,7</b>
darunter:				
<b>Steuern</b>	<b>233,2</b>	<b>239,2</b>	<b>-6,1</b>	<b>-2,5</b>
<b>Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage<sup>3</sup></b>	<b>199,1</b>	<b>193,5</b>	<b>+5,6</b>	<b>+2,9</b>
Lohnsteuer	64,4	60,3	+4,1	+6,8
Veranlagte Einkommensteuer	12,9	13,9	-1,0	-7,2
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	8,7	8,3	+0,4	+4,7
Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserlöse <sup>4</sup>	5,2	5,9	-0,7	-12,6
Körperschaftsteuer	8,1	7,9	+0,2	+2,5
Steuern vom Umsatz	98,4	95,8	+2,6	+2,7
Gewerbesteuerumlage	1,3	1,3	-0,002	-0,1
<b>Bundessteuern<sup>2</sup></b>	<b>86,5</b>	<b>86,3</b>	<b>+0,2</b>	<b>+0,2</b>
Energiesteuer	39,6	39,2	+0,3	+0,8
Tabaksteuer	13,5	13,6	-0,1	-0,9
Solidaritätszuschlag	13,3	13,1	+0,2	+1,2
Versicherungsteuer	10,5	10,5	-0,03	-0,3
Stromsteuer	6,2	6,3	-0,1	-1,0
Branntweinsteuern	2,1	2,1	+0,004	+0,2
Kaffeesteuern	1,0	1,0	-0,01	-0,8
Schaumweinsteuern	0,5	0,5	-0,004	-0,8
Sonstige Bundessteuern	0,002	0,002	+0,0004	+25,9
<b>Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung</b>	<b>-13,8</b>	-	-	-
<b>Abzugsbeträge<sup>5</sup></b>	<b>-38,7</b>	<b>-40,6</b>	<b>+1,9</b>	<b>-4,8</b>
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14,2	-14,8	+0,7	-4,4
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-6,8	-6,7	-0,1	+1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	1,3	-3,7	+5,0	x
BNE-Eigenmittel der EU	-19,0	-15,3	-3,6	+23,7
<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>27,2</b>	<b>31,2</b>	<b>-4,1</b>	<b>-13,1</b>
darunter:				
Abführung Bundesbank	3,5	3,5	-	-
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	4,0	7,7	-3,7	-48
Erlöse aus dem Verkauf von CO <sub>2</sub> -Zertifikaten	0,9	0,9	-0,03	-3,4
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	4,9	5,0	-0,1	-2,7
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut	5,0	3,5	+1,5	+43,2

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.<sup>2</sup> Differenzen durch Rundung möglich.<sup>3</sup> Ohne Berücksichtigung der Globalpositionen des Nachtragshaushaltes 2009 (vgl. gesonderte Position „Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung“).<sup>4</sup> Bis 2008 Zinsabschlag.<sup>5</sup> Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.

 Analysen und Berichte

BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Abbildung 2: Steuereinnahmen des Bundes

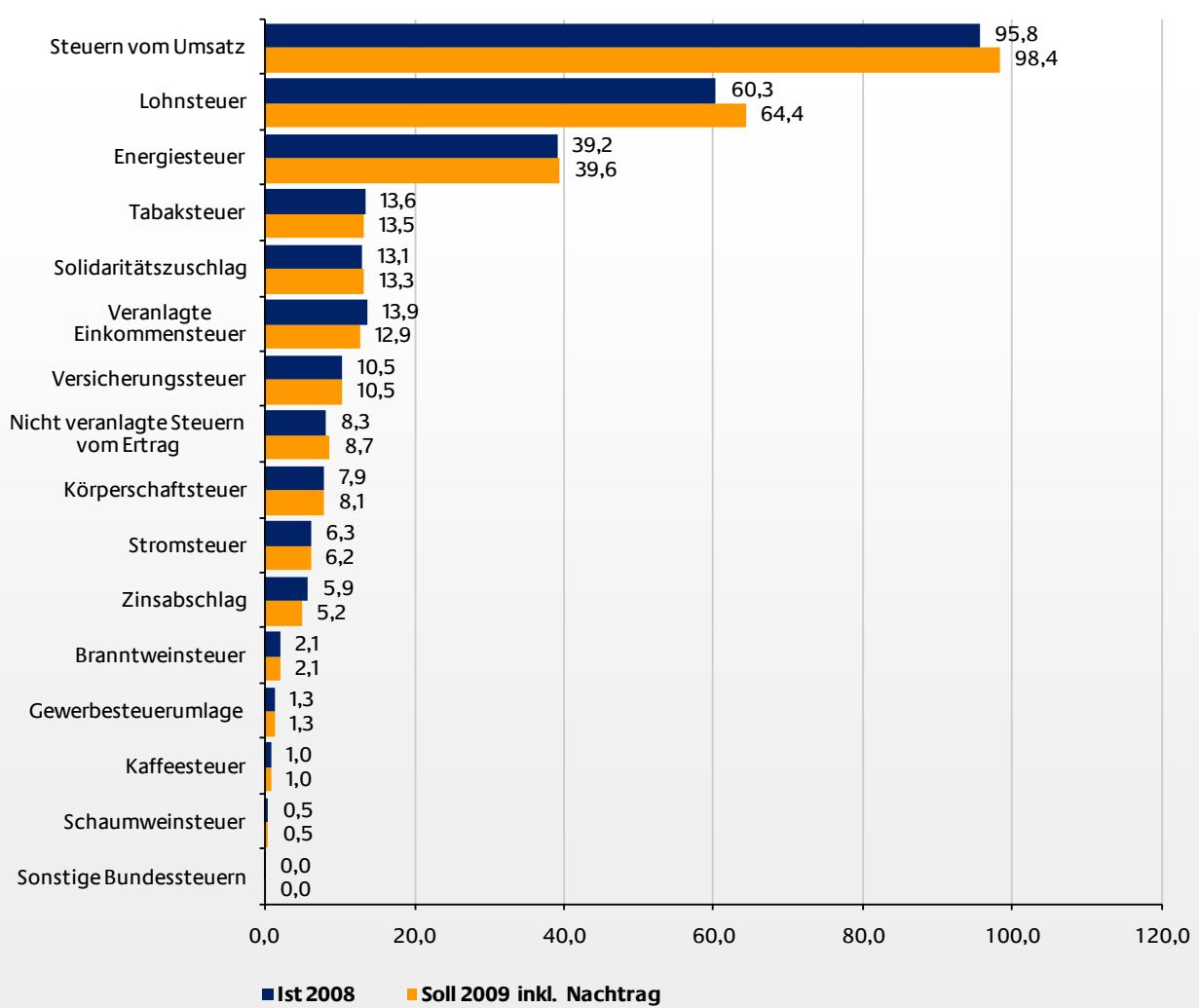


Tabelle 11: Anteil an den Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage in %

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	-
Steuern vom Umsatz	54,7	43,3	2,0
Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	-
Gewerbesteuerumlage	23,1	76,9	-

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

einem Anteil von 13,1% an den Einnahmen insgesamt entspricht. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen sind eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 36,9 Mrd. € und Münzeinnahmen in Höhe von 0,4 Mrd. € veranschlagt. Die veranschlagten Steuern basieren auf der Steuerschätzung vom 4. bis 5. November 2008 in Hildesheim, korrigiert um einen Anpassungsbetrag, der den verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Aussichten und zwischenzeitlich beschlossenen Steuerrechtsänderungen Rechnung trägt. Die mit dem Konjunkturpaket II beschlossenen Maßnahmen auf der Einnahmeseite sind die Senkung der Einkommensteuerbelastung (Anhebung Grundfreibetrag, Senkung Eingangssteuersatz und Verschiebung der Tarifeckwerte) und die CO<sub>2</sub>-orientierte Umgestaltung der Kraftfahrzeugsteuer. Weiterhin wurden bei der Einnahmenentwicklung die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Pendlerpauschale (als Teil der Position „Anpassung an Einnahmeentwicklung“) und die Ist-Abrechnung des Eingliederungsbeitrages der BA für das Jahr 2008 berücksichtigt.

**Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage:** Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern bleiben die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes (71,3% der Einnahmen). Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz und die Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens ist Artikel 106 Grundgesetz. Die Erträge der Gemeinschaftsteuern werden auf Basis unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Tabelle 11 zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage im Jahr 2009 in Prozent.

**Bundessteuern:** Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich insbesondere um das Steueraufkommen aus den **Verbrauchsteuern**, der Versicherungsteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5% erhoben.

**Bei den Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung** handelt es sich um steuererhebliche Sachverhalte, die zum Zeitpunkt der November-Steuerschätzung noch nicht geltendes Recht waren, von denen aber erwartet wird, dass sie geltendes Recht werden. Darin enthalten sind auch die sich aus dem Nachtragshaushalt 2009 ergebenden Anpassungen an die Einnahmeentwicklung in Höhe von -8,7 Mrd. €, die aus der verschlechterten konjunkturellen Lage resultieren, sowie die steuerlichen Maßnahmen zum Konjunkturpaket II und der Übergang der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund in Höhe von -2,2 Mrd. €.

**Bundesergänzungszuweisungen an die Länder:** Seit dem 1. Januar 2005 kommt das Ausgleichssystem auf der Grundlage des Maßstäbegegesetzes und des neuen Finanzausgleichsgesetzes zur Anwendung. Das Finanzausgleichsgesetz sieht vor, dass der Bund Bundesergänzungszuweisungen an bestimmte Länder leistet. Leistungsschwache Länder, deren Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich unter 99,5% der Finanzkraft der Ländergesamtheit liegt, erhalten allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Darüber hinaus werden drei Arten von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen gewährt:

- zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft,
- zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

- daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe,
- wegen überdurchschnittlich hoher Kosten der politischen Führung für leistungsschwache Länder.

**Zuweisungen an die Länder gemäß dem Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen:** Im Rahmen der Bahnstrukturreform sind ab 1996 die Aufgabenverantwortung und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Dafür steht ihnen gemäß Artikel 106 a Grundgesetz ein Anteil aus dem Energiesteueraufkommen des Bundes zu. Für das Jahr 2009 sind 6,775 Mrd. € vorgesehen. Ab 2009 steigen die Mittel gemäß Regionalisierungsgesetz (RegG) jährlich um 1,5 %. Die Verwendung der Mittel weisen die Länder jährlich nach.

**Zuweisungen an die Europäische Union nach Bruttonationaleinkommen (BNE):** Neben den Zöllen, den Agrarabgaben und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BNE-Eigenmittel zu den eigenen Einnahmen der Europäischen Union. Der Ansatz für das Jahr 2008 beruht auf dem Eigenmittelbeschluss vom 29. September 2000. Die Eigenmittelobergrenze wird bis zum Jahr 2013 weiterhin bei 1,24 % des EU-BNE liegen.

### Sonstige Einnahmen

**Bundesbankgewinn:** Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Die Abführung erfolgt jährlich nachträglich für das vorangegangene Geschäftsjahr. In seiner Sitzung am 10. März 2009 hat der Vorstand der Bundesbank den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008 festgestellt. Der Jahresüberschuss der deutschen Bundesbank aus dem Jahr 2008

beträgt rund 6,3 Mrd. €. Dieser Betrag wurde an den Bund abgeführt.

**Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse:** Die Einnahmen aus Privatisierungserlösen sind mit 2,0 Mrd. € veranschlagt. Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Volumen vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise deutlich abgesenkt. Für Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen sind 0,3 Mrd. € veranschlagt und für Darlehensrückflüsse insgesamt 1,7 Mrd. €.

**Erlöse aus der Veräußerung von Berechtigungen gemäß Treibhausgasemissionsgesetz (sogenannte CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate):** Mit Beginn der 2. Handelsperiode des europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionshandels werden CO<sub>2</sub>-Zertifikate nicht mehr vollständig kostenlos an die Anlagenbetreiber vergeben. Das deutsche Zuteilungsgesetz sieht vor, dass in den Jahren 2008 bis 2012 jeweils rund 40 Mio. Zertifikate veräußert werden. Im Haushalt 2009 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit werden Bruttoeinnahmen (Unternehmen können den Erwerb der Zertifikate steuermindernd geltend machen) in Höhe von 900 Mio. € erwartet. Von den veranschlagten Erlösen sind im Bundeshaushalt für verschiedene Maßnahmen im Bereich integrierte Energie- und Klimaprogramme der Bundesregierung 600 Mio. € etatisiert.

**Eingliederungsbeitrag der BA:** Der von der BA an den Bund zu zahlende Aussteuerungsbetrag wurde bereits zum Ende des Jahres 2007 abgeschafft. Stattdessen leistet die BA ab dem Jahr 2008 an den Bund einen Eingliederungsbeitrag. Dieser Beitrag hat ein Volumen von 50 % der jeweiligen Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Ist-Eingliederungsbudget des Vorjahres). Dies bietet der BA den Anreiz, durch frühzeitige Eingliederungsmaßnahmen

## Analysen und Berichte

### BUNDESHAUSHALT 2009 – SOLL-BERICHT

Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und damit ihren Eingliederungsbeitrag entsprechend zu vermindern. Im Jahr 2009 beläuft sich der Eingliederungsbeitrag auf knapp 4,9 Mrd. €. Dieser Betrag berücksichtigt zum einen die Ist-Abrechnung des Eingliederungsbudgets des Jahres 2008 sowie zum anderen die Aufstockung des Eingliederungsbudgets 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II. Mit dem Nachtragshaushalt 2009 wurde der Eingliederungsbeitrag um 166 Mio. € aufgestockt.

**Streckenbezogene Lkw-Maut:** Seit dem 1. Januar 2005 wird in Deutschland die Autobahnbenutzungsgebühr aufgrund des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die

Benutzung von Bundesautobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen erhoben. Die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) hat die Verteilung der Mittel aus den Maut-Einnahmen zur Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen (Straße, Schiene, Wasserstraße) übernommen. Die geplante Steigerung der Einnahmen ergibt sich aus der am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Änderung der Mauthöhenverordnung. Diese sieht die Anpassung der Mautsätze aufgrund des Wegekostengutachtens 2007 und eine stärkere Mautspreizung vor, um Anreize zur Anschaffung besonders emissionsarmer schwerer Lkw zu schaffen. Die Mehreinnahmen stehen für Investitionen in die klassischen Verkehrsträger zur Verfügung.

## Analysen und Berichte

DIE BEKÄMPFUNG DES UMSATZSTEUERBETRUGS WIRD ENTSCHIEDEN FORTGEFÜHRT

# Die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs wird entschieden fortgeführt

## Das Bundesministerium der Finanzen legt neue Gesetzgebungsvorschläge vor

1 Ausgangslage .....	62
2 Initiativen des Bundesministeriums der Finanzen in jüngster Zeit.....	63
3 Konkrete weitere Maßnahmen gegen den Umsatzsteuerbetrug .....	64
4 Fazit.....	64

- Die bisher von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs erweisen sich als wirksam. Trotzdem sind die durch dem Umsatzsteuerbetrug entstehenden Schäden weiterhin hoch.
- Durch zusätzliche Maßnahmen, wie die Ausdehnung der Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers auf weitere Wirtschaftsbereiche wird die Effektivität der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung weiter erhöht.

### 1 Ausgangslage

Die durch Umsatzsteuerbetrug verursachten Steuerausfälle und der volkswirtschaftliche Schaden sind ungeachtet rückläufiger Tendenzen noch sehr hoch. Den öffentlichen Haushalten entgehen hierdurch nicht nur wichtige Einnahmen, die beispielsweise für die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen dringend benötigt werden. Eine weitere schlimme Folge von Umsatzsteuerbetrug ist, dass er einen fairen Wettbewerb zwischen den Unternehmen verhindert. Leidtragende sind steuerehrliche Unternehmen, die vom Markt gedrängt werden, sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze vernichtet werden. Zur Deckung des notwendigen Finanzbedarfs müssen die entstehenden Steuerausfälle anderweitig kompensiert werden, mitunter durch Aufnahme von zusätzlichen Krediten. Dadurch werden wiederum kommende Generationen belastet und politische Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt. Dieser negative Befund verpflichtet den Staat, zum Schutz von steuerehrlichen Unternehmen

sowie Bürgerinnen und Bürgern mit aller gebotenen Konsequenz gegen Umsatzsteuerbetrug vorzugehen.

Um dieses ernste Problem in den Griff zu bekommen, haben Bund und Länder in den vergangenen Jahren ihre gemeinsamen Bemühungen für eine noch effektivere Betrugsbekämpfung erheblich verstärkt - sowohl durch gezielte gesetzgeberische und organisatorische Maßnahmen auf nationaler Ebene als auch durch Initiativen und aktive Mitarbeit auf EU-Ebene. Beginnend mit dem Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz wurden zum 1. Januar 2002 wichtige Instrumente zur Stabilisierung des Umsatzsteueraufkommens eingeführt und durch das Steueränderungsgesetz 2003, das Haushaltsbegleitgesetz 2004 und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz sowie zuletzt das Jahressteuergesetz 2007 gezielt um neue Instrumente erweitert. Im organisatorischen Bereich wurde insbesondere die verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit intensiviert und weiter verbessert. Im Rahmen des von Bund und

## Analysen und Berichte

DIE BEKÄMPFUNG DES UMSATZSTEUERBETRUGS WIRD ENTSCHEIDEN FORTGEFÜHRT

Ländern gemeinsam vorangetriebenen Vorhabens KONSENS (Koordinierte neue Software-Entwicklung der Steuerverwaltung) werden einheitliche, länderübergreifende Risikomanagementverfahren zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung realisiert. So ist eine regelbasierte Risikomanagementssoftware zur Aufdeckung von missbrauchsbehafteten Sachverhalten im Rahmen des Umsatzsteuer-Voranmeldungsverfahrens in einer ersten Ausbaustufe in den Ländern im Einsatz. Weitere Verfahren zur Aufdeckung risikokritischer Sachverhalte in den Bereichen Umsatzsteuer-Sonderprüfung und steuerliche Neuanmeldung sowie zur Bekämpfung des Umsatzsteuer-Karussellbetrugs sind im Rahmen von KONSENS in Entwicklung und teilweise bereits im Einsatz. Hierbei werden auch völlig neue, sogenannte „neuronale“ Verfahrensansätze verfolgt, bei denen die jeweiligen Programme in einem Lernprozess während der Informationsverarbeitung ihre Möglichkeiten zur Risikoanalyse und zum Erkennen von Betrugsmustern selbstständig vervollkommen.

Die grundsätzliche Richtigkeit dieses mit den Ländern abgestimmten Vorgehens der Bundesregierung und die Wirkung der unterschiedlichen Maßnahmen werden durch aktuelle Berechnungen des ifo-Instituts (ifo-Schnelldienst 12/2008) bestätigt. Demnach wird ein Rückgang der Ausfallquote bei der Umsatzsteuer - gemessen am rechnerisch erzielbaren Aufkommen - von 12 % im Jahr 2004 auf 9 % im Jahr 2008 erwartet.

## 2 Initiativen des Bundesministeriums der Finanzen in jüngster Zeit

Größere Fortschritte bei der Stabilisierung des Umsatzsteueraufkommens als bisher wären aus Sicht des Bundesministeriums der Finanzen und der Länder durch die Einführung eines Reverse-Charge-Modells möglich gewesen, für dessen Einführung in Deutschland aber zunächst eine

entsprechende Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (EG-Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie) notwendig gewesen wäre. Damit hätte der Schwäche des derzeit bestehenden Mehrwertsteuersystems wirksam begegnet werden können. Ein solcher Systemwechsel hätte den Vorsteuerbetrag in weiten Teilen von vornherein verhindert. Deutschland hatte das sogenannte generelle Reverse-Charge-Verfahren auf europäischer Ebene vorgeschlagen. Die vorgeschlagenen Änderungen erwiesen sich jedoch aufgrund des Widerstands der anderen Mitgliedstaaten als nicht durchsetzbar. Der Schwerpunkt der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung liegt somit auf nationaler sowie EU-Ebene weiter bei den sogenannten konventionellen Maßnahmen, mittels derer Verbesserungen bei der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung erreicht werden sollen.

Solche Vorschläge für national zu ergreifende Maßnahmen hatte das Bundesministerium der Finanzen in einem Diskussionspapier kurzfristig vorgelegt, nachdem auf EU-Ebene das Scheitern eines generellen Reverse-Charge-Verfahrens absehbar war. Die Vorschläge orientierten sich dabei weitgehend an Regelungen, die andere EU-Mitgliedstaaten bereits anwenden und die sich dort als effektiv erwiesen haben. Die möglichen Maßnahmen wurden mit den Ländern erörtert und abgestimmt. In der Folge hatte die Finanzministerkonferenz das Bundesministerium der Finanzen Ende Januar 2009 gebeten, geeignete und bereits realisierbare Maßnahmen in ein zukünftiges Gesetzgebungsverfahren aufzunehmen.

## Analysen und Berichte

DIE BEKÄMPFUNG DES UMSATZSTEUERBETRUGS WIRD ENTSCHEIDEN FORTGEFÜHRT

### 3 Konkrete weitere Maßnahmen gegen den Umsatzsteuerbetrug

Entsprechend dieser Abstimmung soll die Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers auf Lieferungen von Industrieschrott, Altmetallen und sonstigen Abfallstoffen sowie auf Gebäudereinigungsleistungen von Subunternehmern an Gebäudereiniger erweitert werden. Bei derartigen Leistungen an einen Unternehmer schuldet nicht (mehr) der leistende Unternehmer, sondern der Leistungsempfänger die Steuer. Damit fallen Steuerschuld und Vorsteuerabzug beim Leistungsempfänger zusammen. Durch diese Maßnahmen soll in diesen als betrugsanfällig geltenden Sektoren verhindert werden, dass Unternehmer die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer als Vorsteuer abziehen, während der Rechnungsaussteller diese nicht an das Finanzamt abführt. Die Verlagerung der Steuerschuldnerschaft auf den Leistungsempfänger wird durch das EU-Recht (Art. 199 Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie) in diesen Fällen ausdrücklich zugelassen.

Auf europäischer Ebene hatte der ECOFIN am 16. Dezember 2008 die von der Europäischen Kommission vorgelegten Legislativvorschläge zur Beschleunigung des Informationsaustauschs zum Zweck der Bekämpfung des Steuerbetrugs bei innergemeinschaftlichen Umsätzen verabschiedet. Mit der Richtlinie 2008/117/EG des Rates vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 14 vom 20. Januar 2009) wurde die Richtlinie 2006/112/EG geändert und u. a. die grundsätzlich monatliche statt bisher quartalsweise Abgabepflicht für Zusammenfassende Meldungen eingeführt.

Die Richtlinie ist bis zum 1. Januar 2010 in nationales Recht umzusetzen. Als weitere Maßnahme wurde durch den ECOFIN die Verordnung (EG) Nr. 37/2009 vom 16. Dezember 2008 (ABl. L 14 vom 20. Januar 2009, Seite 1) erlassen, die unter Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1798/2003 einen zeitnäheren Austausch der mit den Zusammenfassenden Meldungen erhobenen Daten zwischen den EU-Mitgliedstaaten vorsieht.

Das Bundesministerium der Finanzen hat dem Gesetzgeber kurzfristig Formulierungshilfen zur Änderung des § 13b UStG und des § 18a UStG zur Verfügung gestellt. Diese Gesetzesvorschläge sollen in eines der laufenden Gesetzgebungsverfahren aufgenommen werden.

### 4 Fazit

Mit den vorgenannten Maßnahmen wird die Bundesregierung einen weiteren wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Umsatzsteueraufkommens und zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsneutralität der Umsatzsteuer leisten. Zugleich wird über den schnelleren Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten einem weiteren wichtigen Anliegen der Bundesregierung nachgekommen, nämlich durch Verbesserung der Zusammenarbeit grenzüberschreitende Betrugsfälle aufzudecken.

Auch für die Zukunft wird sich die Bundesregierung mit Nachdruck bei der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs auf allen Ebenen engagieren und aktiv weitere Initiativen zur Unterbindung des Umsatzsteuerbetrugs ergreifen.

 Analysen und Berichte

DER 2. WELTFINANZGIPFEL IN LONDON

## Der 2. Weltfinanzgipfel in London

### Ergebnisse des Treffens der G20-Staats- und Regierungschefs am 2. April 2009 zur Reform der internationalen Finanzmärkte und Stabilisierung der Weltwirtschaft

1 Einleitung .....	65
2 Schwerpunkte des Gipfels .....	66
2.1 Wege aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise.....	66
2.2 Ein neuer Rahmen für die globalen Finanzmärkte .....	67
2.3 Reformen der internationalen Finanzinstitutionen .....	68
2.4 Handelsfinanzierung, Millenniumsziele und Klimaschutz .....	68
3 Fazit und Ausblick.....	69

- Die G20-Staats- und Regierungschefs haben Maßnahmen zur kurzfristigen Stabilisierung der Finanzmärkte und der Realwirtschaft sowie zur mittelfristigen Neugestaltung der globalen Finanzordnung beschlossen.
- Besonders wichtig ist dabei das Bekenntnis, dass zukünftig kein systemisch relevanter Finanzmarktakteur, kein Finanzmarktprodukt und kein Finanzmarkt ohne Aufsicht oder Regulierung sein werden.
- Die Fortschritte bei der Implementierung der beschlossenen Maßnahmen werden auf einem weiteren Gipfeltreffen in diesem Jahr überprüft werden.

## 1 Einleitung

Die Staats- und Regierungschefs der größten Industrie- und Schwellenländer (G20)<sup>1</sup> haben sich am 2. April zum zweiten Weltfinanzgipfel in London getroffen. Dabei haben sie sowohl kurzfristige Entscheidungen zur Stabilisierung

der Finanzmärkte und der Realwirtschaft getroffen als auch weitere Maßnahmen zur Neugestaltung der globalen Finanzordnung verabschiedet. Bereits im Rahmen des ersten Gipfels, der am 15. November 2008 in Washington stattgefunden hatte, war ein Aktionsplan mit 47 Maßnahmen verabschiedet worden, um bei der Krise deutlich gewordenen Schwächen des Weltfinanzsystems mit geeigneten Reformen zu begegnen und die Folgen für die Realwirtschaft einzudämmen. Hierzu wurden vier Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit der Umsetzung der 47 kurz- und mittelfristigen Maßnahmen beschäftigen sollten. Auf dem Gipfel in London wurden nun die Abschlussberichte dieser Arbeitsgruppen verabschiedet: Zu 28 der 47 – und damit allen kurzfristigen – Maßnahmen wurden konkrete Ergebnisse vorgelegt.

<sup>1</sup> Die G20 ist als informelles Forum der Finanzminister und Notenbankchefs bereits seit vielen Jahren etabliert. Zu den G20 zählen die sieben führenden Industrieländer Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada sowie die USA, die wichtigen Schwellenländer Brasilien, China, Indien und Russland sowie Argentinien, Australien, Indonesien, Korea, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, die Türkei und die Europäische Union, die durch den amtierenden EU-Ratspräsidenten und die Europäische Zentralbank vertreten wird.

## Analysen und Berichte

DER 2. WELTFINANZGIPFEL IN LONDON

## 2 Schwerpunkte des Gipfels

Der G20-Gipfel in London wies drei Schwerpunkte auf: Es galt, Wege aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu finden sowie die Schaffung eines neuen Rahmens für die globalen Finanzmärkte und die Reformen der internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Regionalen Entwicklungsbanken, voranzutreiben. Dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs ging ein Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure am 13./14. März voraus, bei dem bereits weitreichende Vorarbeiten geleistet wurden. Im Folgenden werden die erzielten Ergebnisse und Erfolge in den einzelnen Bereichen präsentiert.

### 2.1 Wege aus der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise

Die ursprüngliche Immobilienkrise, die in den USA ihren Ursprung genommen hat, ist mittlerweile zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise geworden, deren Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung immer deutlicher werden. Die Staats- und Regierungschefs waren sich daher einig, dass es kurzfristig darum gehen müsse, die Finanzmärkte zu stabilisieren und Wege zur Wiederbelebung von Wachstum und Beschäftigung zu finden. Dabei wurde klargestellt, dass die G20 alles unternehmen werden, um möglichst rasch wieder zu einem Wachstum zu gelangen, das die Schaffung von Beschäftigung ermöglicht. Vom Gipfel ging somit ein deutliches Signal zur Vertrauensbildung aus.

Es wurde aber ausdrücklich auf die bereits ergriffenen, im historischen Vergleich enormen Maßnahmen im Bereich der Fiskalpolitik, der Geldpolitik und der Stabilisierung der Finanzmärkte verwiesen. Der IWF schätzt, dass das weltweite Wachstum mit diesen Maßnahmen im Jahr 2010 wieder auf rund 2% ansteigen könnte. Deutschland hat

dabei im internationalen Vergleich große Anstrengungen unternommen: Die im Oktober 2008 und im Januar 2009 beschlossenen Konjunkturpakete machen 1,5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2009 aus; damit liegt Deutschland in der oberen Hälfte der G20-Staaten. Mit 2,0 % im Jahr 2010 erreicht Deutschland die vom IWF empfohlene Größenordnung und liegt dabei auch in der G20 auf einem der vorderen Plätze. Beziüglich des Gesamtmpulses muss man auch die sogenannten automatischen Stabilisatoren berücksichtigen: Diese beschreiben die in einer Abschwungphase konjunkturstabilisierenden Effekte, die „automatisch“, also ohne zusätzliche gesetzgeberische Maßnahmen, von den öffentlichen Haushalten ausgehen. So sind die meisten Staatsausgaben unabhängig von der konjunkturellen Situation gleichbleibend hoch, beispielsweise staatliche Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit und Kindergeld. In Zeiten konjunkturellen Abschwungs kommt es daher bei einem Rückgang der Steuereinnahmen und gleichzeitig konstanten oder sogar steigenden Staatsausgaben automatisch zu einem expansiven Nachfrageimpuls. In Deutschland liegen die automatischen Stabilisatoren mit circa 1¾ % des BIP im Jahr 2009 sowohl über dem EU- als auch über dem G20-Durchschnitt.

Bei all diesen Maßnahmen ist es jedoch wichtig, dass die langfristige fiskalische Nachhaltigkeit erhalten bleiben muss. Die G20 haben daher beschlossen, glaubwürdige Exit-Strategien zu entwickeln. Darüber hinaus muss es nun erst einmal darum gehen, dass die beschlossenen Maßnahmen ihre Wirkung entfalten können. Die Abschlusserklärung des Gipfels enthält daher ausdrücklich keine Aufforderung zu neuen fiskalischen Maßnahmen. Die Staats- und Regierungschefs bekämpften schließlich ihre Absage an jede Form von Protektionismus, der die Krise für alle nur verschlimmern würde.

## Analysen und Berichte

DER 2. WELTFINANZGIPFEL IN LONDON

### 2.2 Ein neuer Rahmen für die globalen Finanzmärkte

Auf dem Londoner Gipfel bestand Einigkeit darin, dass allein, wenn Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit gezogen werden, die Wiederholung einer Krise wie der aktuellen verhindert werden kann. Die G20 haben daher konsequent an den ersten Weltfinanzgipfel vom 15. November 2008 angeknüpft und wegweisende weitere Maßnahmen zur Ausgestaltung der neuen globalen Finanzmarktarchitektur beschlossen: Die Ergebnisse in diesem Bereich sind in weiten Teilen konsistent mit jenen „Verkehrsregeln“, die Bundesfinanzminister Peer Steinbrück bereits im vergangenen Jahr in die Beratungen eingebracht hat. Besonders wichtig ist dabei der erzielte Fortschritt auf dem Weg zu einer umfassenden Regulierung und Aufsicht. Hierzu gehört an erster Stelle das Bekenntnis, dass in Zukunft kein systemisch relevanter Finanzmarktakteur, kein Finanzmarktpunkt und kein Finanzmarkt ohne Aufsicht oder Regulierung sein werden. Dies betrifft auch die Hedgefonds. Diese oder ihre Verwalter werden registriert und einer regelmäßigen Berichtspflicht gegenüber den Aufsichtsbehörden unterworfen. Auch für Ratingagenturen, die Ratings für regulatorische Zwecke vornehmen, wird eine verbindliche Regulierung und Aufsicht eingeführt.

Darüber hinaus vereinbarten die G20 Folgendes:

- Das Forum für Finanzstabilität, ein Gremium aus hochrangigen Vertretern von Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsbehörden mit der Aufgabe, die Stabilität der internationalen Finanzmärkte zu stärken, wird auf alle G20-Mitglieder, Spanien und die EU-Kommission erweitert. Als „Financial Stability Board“ (FSB) wird es auf eine neue, gestärkte Grundlage gestellt, um mit dem Ziel einer nachhaltigen Finanzstabilität eine zentrale Rolle bei der Reform des globalen Finanzsystems auszuüben.

- Zusammen mit dem IWF wird das FSB die Verantwortung für den Frühwarnmechanismus zur rechtzeitigen Erkennung von Risiken für das Finanzsystem übernehmen.
- Es wurde beschlossen, gegen unkooperative Jurisdiktionen vorzugehen, seien es Steueroasen oder Gebiete, von denen aus Geldwäsche ermöglicht wird oder von denen Gefahren für die Finanzmarktstabilität ausgehen können. Mit Blick auf Steueroasen wurde beschlossen, einen „Instrumentenkasten“ mit effektiven Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Daneben hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Liste zum Thema Steueroasen veröffentlicht: Neben einzelnen Staaten, die der Einhaltung der OECD-Standards noch nicht zugestimmt haben, belegt die Liste auch Fortschritte, die viele Länder auf diesem Gebiet in jüngster Zeit erzielt haben.
- Manager-Vergütungssysteme sollen sich an längerfristigen Erfolgskriterien und einem besonnenen Risikomanagement ausrichten; die Aufsichtsbehörden sollen die Umsetzung der entsprechenden FSB-Kriterien überwachen. Aufsichtsräte sollen mehr Verantwortung für die Vergütungs- und Bonussysteme übernehmen und Aktionäre besser informiert werden.
- Der Aufbau systemischer Risiken soll in Zukunft z. B. durch den Aufbau von Eigenkapitalpuffern vermieden werden. Diese mildern das Problem der Prozyklität, also das zu starke Abbauen von Risikopuffern in konjunkturell guten Zeiten, ab.
- Schließlich wurde auch die Überarbeitung der Bilanzierungsregeln für Finanzinstrumente mit dem Ziel global einheitlicher Standards hoher Qualität beschlossen.

## Analysen und Berichte

DER 2. WELTFINANZGIPFEL IN LONDON

### 2.3 Reformen der internationalen Finanzinstitutionen

Zur Beendigung der aktuellen Krise sowie zur Vermeidung zukünftiger Krisen dieser Art ist es von großer Bedeutung, die internationalen Finanzinstitutionen zu reformieren, sodass sie für diese Aufgaben optimal gerüstet sind. Hierzu wurden auf dem zweiten Weltfinanzgipfel die folgenden Beschlüsse getroffen:

- Die Mittel des IWF werden kurzfristig um 250 Mrd. US-Dollar erhöht. Mittelfristig soll der IWF dann inklusive dieser kurzfristigen Mittel zusätzliche Ressourcen von bis zu 500 Mrd. US-Dollar erhalten, die er zur Unterstützung seiner Mitgliedsländer einsetzen kann, die infolge der aktuellen Krise in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Instrumente von IWF und Weltbank werden dabei so reformiert, dass Länder rasch und flexibel geholfen werden kann.
- Der IWF gibt darüber hinaus sogenannte Sonderziehungsrechte in einem Umfang von 250 Mrd. US-Dollar aus, um die vorhandene globale Liquidität zu erhöhen. Hiervon werden circa 100 Mrd. US-Dollar unmittelbar die Liquidität in den Entwicklungs- und Schwellenländern erhöhen; diese sind zum Teil von der Krise schwer betroffen.
- Die 2008 beschlossene Quotenreform des IWF soll zügig implementiert werden. Die Quoten beschreiben dabei den Geldbetrag, den jedes Mitgliedsland zur Zeichnung seiner Anteile beim IWF hinterlegt. Darüber hinaus soll die nächste Quotenüberprüfung auf das Jahr 2011 vorgezogen werden, um die Repräsentanz von Schwellen- und Entwicklungsländern zu stärken.
- Die Entwicklungsländer erhalten darüber hinaus erleichterten Zugang zu den Instrumenten des IWF.
- Das Ausleihvolumen der Weltbank und der Regionalen Entwicklungsbanken wird aus bestehenden Mitteln um 100 Mrd. US-Dollar erhöht. Sobald die - vom Gipfel ausdrücklich unterstützte - Kapitalerhöhung um 200 % bei der Asiatischen Entwicklungsbank abgeschlossen ist, wird eine weitere Erhöhung des Ausleihvolumens möglich sein. Für den Fall, dass die vom Gipfel mandatierte Überprüfung der Kapitalausstattung anderer regionaler Entwicklungsbanken zu weiteren Kapitalerhöhungen führt, werden weitere zusätzliche Ressourcen mobilisiert.
- Die G20 unterstützen das sogenannte „Vulnerability Framework“ der Weltbank, das Entwicklungsländern bei der Bewältigung der Krise helfen soll. Deutschland trägt hierzu insbesondere durch die Infrastrukturfazilität der Weltbank bei; diese soll Finanzierungen bei Infrastrukturprojekten bereitstellen, die durch den Rückzug des privaten Sektor zu scheitern drohen.

### 2.4 Handelsfinanzierung, Millenniumsziele und Klimaschutz

Darüber hinaus stellten Handelsfinanzierung, die Millenniumsziele und Klimawandel wichtige Gipfelthemen dar, die sich auch in der Abschlusserklärung wiederfinden:

- Eine Handelsfinanzierungsinitiative im Umfang von über 250 Mrd. US-Dollar soll dazu beitragen, dass der Welthandel wieder belebt wird. Hiervon dürften insbesondere die Entwicklungsländer profitieren.
- Die G20 bekannten sich erneut zu den „Millennium Development Goals“ der Vereinten Nationen (UN), die unter anderem die Halbierung der Armut in der Welt bis zum Jahre 2015 zum Ziel haben.
- Schließlich beküßtigten sie ihre Bereitschaft zur konsequenten

## Analysen und Berichte

### DER 2. WELTFINANZGIPFEL IN LONDON

Bekämpfung des Klimawandels und ihre feste Absicht, diesbezüglich auf der Kopenhagen UN-Klimakonferenz im Dezember dieses Jahres ein Übereinkommen zu erzielen.

### 3 Fazit und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Ergebnisse des G20-Gipfels aus deutscher Sicht ein großer Erfolg sind. Besonders hervorzuheben ist hierbei das Bekenntnis zur lückenlosen Regulierung und Aufsicht über

systemisch relevante Finanzmarktakteure, -produkte und -plätze. Die im Oktober 2008 vorgestellten acht „Verkehrsregeln“ von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück haben hierzu einen wichtigen Anstoß gegeben.

Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die beschlossenen Maßnahmen auch zügig und umfassend umgesetzt werden. Hierzu haben die G20-Staats- und Regierungschefs festgehalten, dass noch in diesem Jahr ein neues Gipfeltreffen stattfinden soll, um die weiteren Fortschritte bei der Implementierung der vereinbarten Maßnahmen zu überprüfen.

## Analysen und Berichte

DAS EUROPÄISCHE KONJUNKTURPROGRAMM

# Das Europäische Konjunkturprogramm

## Europa bekämpft die Wirtschaftskrise

1 Die Europäische Kommission initiiert .....	70
2 Der Europäische Rat beschließt ... .....	71
3 Die Mitgliedstaaten handeln .....	72
4 Die Europäische Union flankiert .....	73
5 Der Europäische Rat bilanziert ... .....	75

- Auf Vorschlag der Europäischen Kommission (EU-Kommission) hat der Europäische Rat im Dezember 2008 einem Europäischen Konjunkturprogramm im Umfang von rund 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union (EU) zugestimmt.
- Die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaftsebene haben die Umsetzung des Programms zügig in die Wege geleitet. Der Europäische Rat konnte so im März 2009 beträchtliche fiskalische Anreize seitens der Mitgliedstaaten in Höhe von rund 3,3 % des Bruttoinlandsprodukts der EU oder mehr als 400 Mrd. € feststellen. Der Beitrag der EU-Ebene lag bei insgesamt rund 30 Mrd. €.
- Die EU-Kommission und der Rat werden im Juni 2009 dem Europäischen Rat Bericht erstatten über die bis dahin erfolgte Bewertung und Beobachtung der ergriffenen Maßnahmen.

### 1 Die Europäische Kommission initiiert ...

Im Herbst 2008 zeichnete sich ab, dass die Finanzkrise, die in den Vereinigten Staaten von Amerika ihren Ausgang nahm, auch deutliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft in Europa haben würde und dass die europäischen Volkswirtschaften einen deutlichen Konjunkturrückgang zu verzeichnen haben würden. Deshalb präsentierte die Europäische Kommission am 26. November 2008 in einer Mitteilung ihre Vorschläge für ein Europäisches Konjunkturprogramm<sup>1</sup> und damit für ein koordiniertes Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten und der Gemeinschaftsebene.

Darin schlug sie einen EU-weiten Mittelaufwand für konjunkturstabilisierende Maßnahmen in Höhe von 200 Mrd. € oder 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU vor. Dieser Betrag sollte sich aus 170 Mrd. € oder rund 1,2 % des EU-BIP an zusätzlichen Haushaltssmitteln der Mitgliedstaaten sowie aus 30 Mrd. € oder rund 0,3 % des EU-BIP an EU-Mitteln zur Unterstützung von Sofortmaßnahmen zusammensetzen.

Die EU-Kommission betonte den Nutzen einer Koordinierung nationaler Maßnahmen auf europäischer Ebene und schlug dafür konkret folgende Bereiche vor:

- Beschäftigungsförderung und Steigerung der Arbeitsnachfrage,
- Verbesserung des Zugangs der Unternehmen zu Finanzierungsmöglichkeiten,
- Verringerung der Verwaltungslasten und Förderung der unternehmerischen Initiative,

<sup>1</sup> „Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat - Europäisches Konjunkturprogramm“ vom 26. November 2008 (KOM(2008) 800 endgültig). <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0800:FIN:DE:PDF>

## Analysen und Berichte

### DAS EUROPÄISCHE KONJUNKTURPROGRAMM

- Beschleunigung von Investitionen zur Modernisierung der europäischen Infrastruktur,
- Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden,
- Förderung der raschen Markteinführung von umweltfreundlichen Produkten,
- Steigerung der Investitionen in Forschung und Entwicklung, Innovation und Bildung,
- Entwicklung sauberer Technologien für Autos und im Bauwesen,
- Angebot von Breitband-Internet für alle,
- Fortsetzung des Engagements für weltweit offene Märkte,
- Bekämpfung des Klimawandels,
- Unterstützung der Schwellen- und Entwicklungsländer.

Die Maßnahmen des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Konjunkturpakets sollen rasch und somit antizyklisch wirksam, befristet, zielgerichtet und koordiniert sein. Sie sollen mit den Strukturreformen im Rahmen der Lissabon-Strategie in Einklang stehen, um kurzfristig die Nachfrage zu stützen und gleichzeitig die Widerstandskraft der europäischen Volkswirtschaften zu stärken. Darüber hinaus sollen sie in Übereinstimmung mit den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes erfolgen.

## 2 Der Europäische Rat beschließt ...

Auf seinem Treffen am 11. und 12. Dezember 2008<sup>2</sup> erteilte der Europäische

Rat<sup>3</sup> seine Zustimmung zu einem Europäischen Konjunkturprogramm. Dieses sollte einen kohärenten Rahmen für das Vorgehen auf Ebene der EU und für die von jedem einzelnen Mitgliedstaat beschlossenen Maßnahmen darstellen und den jeweiligen einzelstaatlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Die Staats- und Regierungschefs sprachen sich im Sinne der Mitteilung der EU-Kommission für einen Mittelaufwand in Höhe von insgesamt rund 1,5 % des EU-BIP aus.

Für die Ebene der EU nannte der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen explizit folgende Bereiche:

- Ausweitung der Darlehenstätigkeit der Europäischen Investitionsbank (EIB).
- Ausbau von Investitionen in die Infrastrukturen und im Bereich der Energieeffizienz, Entwicklung des Breitband-Internets.
- Vereinfachung der Verfahren und Beschleunigung der Durchführung der von den Strukturfonds finanzierten Programme.
- Beschäftigungsförderung durch den Europäischen Sozialfonds und den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung.
- Unterstützung der Unternehmen durch befristete Änderungen im Bereich staatlicher Beihilfen und des öffentlichen Beschaffungswesens sowie durch Bürokratieabbau.

---

[http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/de/ec/104697.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/104697.pdf)

<sup>2</sup> „Tagung des Europäischen Rates vom 11./12. Dezember 2008 in Brüssel – Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ (17271/08).

<sup>3</sup> Im Europäischen Rat kommen die Staats- oder Regierungschefs der EU sowie der Präsident der EU-Kommission zusammen. Er legt die allgemeinen politischen Richtlinien der EU fest.

## Analysen und Berichte

### DAS EUROPÄISCHE KONJUNKTURPROGRAMM

- Anwendung ermäßigter Mehrwertsteuersätze in bestimmten Sektoren in denjenigen Mitgliedstaaten, die dies wünschen. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat) erhielt den Auftrag, diese Frage vor März 2009 zu klären.

Die erforderlichen Beschlüsse sollten unter uneingeschränkter Einhaltung der derzeitigen finanziellen Vorausschau und der in der Interinstitutionellen Vereinbarung vorgesehenen Verfahren nach einem möglichst straffen Zeitplan gefasst werden. Der Europäische Rat kündigte die Beurteilung der sachgerechten Umsetzung des Konjunkturprogramms ab seiner Tagung im März 2009 an.

Gleichzeitig betonte der Europäische Rat, dass der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt der Eckstein der Haushaltspolitik der EU bleibe. Er bekraftigte sein uneingeschränktes Bekenntnis zu langfristig tragfähigen öffentlichen Finanzen und appellierte an die Mitgliedstaaten, gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem Tempo der wirtschaftlichen Erholung baldmöglichst zu ihren mittelfristigen Haushaltszielen zurückzukehren.

### 3 Die Mitgliedstaaten handeln ...

Im Februar 2009 präsentierte die EU-Kommission dem ECOFIN-Rat eine erste Bewertung der bisherigen konjunkturstützenden Maßnahmen auf nationaler Ebene. Danach beläuft sich per Ende Januar 2009 der gesamte öffentliche Beitrag in der EU auf 3,3% des EU-BIP. Dies entspricht deutlich über 400 Mrd. €. Das Ergebnis des gesamten öffentlichen Beitrags bezieht sich auf die Jahre 2009 und 2010. Es umfasst zusätzlich ergriffene haushaltswirksame Maßnahmen,

die Wirkung automatischer Stabilisatoren<sup>4</sup>, rein schuldenwirksame Maßnahmen (hauptsächlich Kapitalspritzen für Finanzinstitute) sowie Maßnahmen außerhalb des Staatshaushaltes (z. B. Maßnahmen öffentlicher Unternehmen). Mit dieser Höhe des öffentlichen Gesamtbeitrags ist der Auftrag des Europäischen Rates vom Dezember 2008 klar erfüllt.

Der deutsche Beitrag ist in absoluten Zahlen mit Abstand am höchsten. Die EU-Kommission errechnet nach ihrer Methodik für Deutschland einen öffentlichen Gesamtbeitrag in Höhe von 4,7% des deutschen BIP für 2009 und 2010. Auch im Verhältnis zur nationalen Wirtschaftsleistung gehört der Beitrag Deutschlands neben den Beiträgen von Irland, dem Vereinigten Königreich und Spanien in die Spitzengruppe. Die in Deutschland gegen die Wirtschaftskrise ergriffenen Maßnahmen der beiden Konjunkturpakete wurden bereits im Monatsbericht des Bundesministeriums der Finanzen vorgestellt.<sup>5</sup>

Ein Vergleich der Maßnahmen lässt laut EU-Kommission erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten erkennen, die zumindest teilweise die unterschiedlichen Defizit- und Schuldenstände widerspiegeln. Bisher wurden der EU-Kommission insgesamt rund 500 Maßnahmen gemeldet. Wenn auch

---

<sup>4</sup> Weil die Steuereinnahmen im Abschwung (Aufschwung) „automatisch“ sinken (steigen) und die Staatsausgaben - insbesondere im Bereich des Arbeitsmarkts - steigen (sinken), geht vom Staatshaushalt eine stabilisierende Wirkung auf den Konjunkturverlauf aus. Werden diese konjunkturbedingten Veränderungen des staatlichen Finanzierungssaldos durch den Verzicht auf diskretionäre Gegenmaßnahmen (also in der jetzigen Situation Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen) zugelassen, so lässt man die automatischen Stabilisatoren wirken.

<sup>5</sup> Monatsbericht des BMF, November 2008/Januar 2009

## Analysen und Berichte

### DAS EUROPÄISCHE KONJUNKTURPROGRAMM

eine differenzierte Bewertung der Maßnahmen noch aussteht, dürften nach einer ersten Einschätzung die meisten der ergriffenen Maßnahmen im Einklang mit dem Reformprogramm der Lissabon-Strategie stehen. Viele der Maßnahmen zielen darauf ab, die unmittelbaren Auswirkungen des Abschwungs zu mildern. Der Großteil der Maßnahmen soll die öffentlichen und privaten Investitionsaktivitäten, die Industriesektoren und die Unternehmen unterstützen. Für über die Hälfte der Maßnahmen gilt die Stützung der aggregierten Nachfrage als wirtschaftspolitisches Ziel.

## 4 Die Europäische Union flankiert ...

Die Gemeinschaftsebene machte sich im Nachgang zum Europäischen Rat vom Dezember 2008 zügig an die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die EIB reagierte ausgesprochen schnell auf die Krise und beschloss bereits im Dezember 2008 formell, ihr jährliches Kreditvolumen in den Jahren 2009 und 2010 um jeweils 15 Mrd. € auszuweiten. Diese zusätzlichen Mittel sollen vor allem kleinen und mittleren Unternehmen sowie dem größeren Mittelstand, der Regionalförderung und den Bereichen Energie, Klimaschutz, Infrastruktur und der Autoindustrie zugute kommen. In diesem Zusammenhang konnten die für Deutschland besonders wichtigen Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen insgesamt um 3,5 Mrd. € auf 8,5 Mrd. € pro Jahr aufgestockt werden. Die europäische Automobilindustrie wird statt der bisherigen 2 Mrd. € pro Jahr 7 Mrd. € erhalten.

Der Beschluss des Europäischen Rates von Mitte Dezember 2008, die Verfahren über die Durchführung der von den Strukturfonds finanzierten Programme für den Ausbau der Investitionen in die Infrastrukturen und im Bereich Energieeffizienz zu vereinfachen und zu beschleunigen, wurde zielgerecht umgesetzt. So haben die Mitgliedstaaten

Einvernehmen darüber erzielt, die Strukturfonds-Verordnungen wie folgt zu ändern:

- Erhöhung der Vorauszahlungen um bis zu 2,5 % bezogen auf das Gesamtvolumen des jeweiligen operationellen Programms. Insgesamt werden durch diese Maßnahme die Vorauszahlungen für 2009 um voraussichtlich insgesamt über 6 Mrd. € für alle Mitgliedstaaten innerhalb der für die einzelnen Staaten bewilligten Finanzausstattung steigen.
- Einführung der Möglichkeit, auf Basis von Kostenpauschalen abzurechnen.
- Ausweitung des Förderspektrums des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) auf Energieeffizienzmaßnahmen im Wohnungsbau für Haushalte mit niedrigem Einkommen.
- Erhöhung der Flexibilität bei Umschichtungen zwischen Förderschwerpunkten von 2 % auf 10 %, sodass es den Mitgliedstaaten möglich ist, die Mittel dort einzusetzen, wo ihre Wirkung am größten ist.
- Einführung der Möglichkeit für Mitgliedstaaten, bei Großprojekten schon vor der Genehmigung durch die EU-Kommission einen Zahlungsantrag zu stellen.

Darüber hinaus hat die EU-Kommission die Frist, in der die EU-Mitgliedstaaten ihre Mittel aus dem Förderzeitraum 2000 bis 2006 auszahlen müssen, bis zum 30. Juni 2009 verlängert, damit jeder verfügbare Euro genutzt werden kann.

Schließlich wurde auch für den Europäischen Sozialfonds ein Legislativvorschlag verabschiedet, der darauf abzielt, die Mittelvergabe zu vereinfachen, indem der Einsatz von Pauschalbeträgen zugelassen wird.

## Analysen und Berichte

### DAS EUROPÄISCHE KONJUNKTURPROGRAMM

Im Nachgang des Europäischen Rates von Mitte Dezember 2008 hat die EU-Kommission einen bis Ende 2010 befristeten Rahmen mit erweiterten beihilferechtlichen Möglichkeiten verabschiedet.

- Es können Kleinbeihilfen von bis zu 500 000 € je Unternehmen gewährt werden.
- Bis Ende 2010 darf die öffentliche Hand für bis zu 90 % eines Investitions- oder Betriebsmittelkredits von Unternehmen bürgen. Im gleichen Zeitraum darf das Entgelt für die Bürgschaft für maximal zwei Jahre ab Bürgschaftsgewährung um 15 % (bzw. 25 % für kleine und mittlere Unternehmen) gegenüber den Summen in der Bürgschaftsmitteilung reduziert werden.
- Bis Ende 2010 können die EU-Mitgliedstaaten Kredite an Unternehmen zum günstigeren Leitzins der Europäischen Zentralbank, erhöht um gewisse Zuschläge, statt zum Interbankenzinssatz vergeben.
- Weitere Ausnahmen gelten für Kredite zur Entwicklung von umweltfreundlichen Produkten.
- Bis Ende 2010 gelten außerdem Ausnahmen vom geltenden Beihilferahmen für Risikokapitalinvestitionen.
- Die bis Ende 2010 befristeten Lockerungen für die kurzfristige Exportkreditversicherung erleichtern staatliche Exportkreditversicherungen bei Kreditlaufzeiten bis zu zwei Jahren für Exporte in andere EU-Mitgliedstaaten und die Kernstaaten der OECD.
- Üblicherweise gelten für Unternehmen, die aktuell als „Unternehmen in Schwierigkeiten“ gelten, verschärft beihilferechtliche Anforderungen. Entgegen diesen üblichen Regelungen

können derzeit auch Unternehmen, die ausschließlich aufgrund der Krise nach dem 1. Juli 2008 zu „Unternehmen in Schwierigkeiten“ im Sinne des Beihilferechts wurden, die Erleichterungen nutzen.

Deutschland hat die dadurch eröffneten Möglichkeiten bereits umgesetzt und die „Bundesregelung Kleinbeihilfen“, die „Befristete Regelung Bürgschaften“, die „Bundesrahmenregelung Niedrigverzinsliche Darlehen“ und die „Bundesrahmenregelung Risikokapital“ geschaffen. Diese Regelungen sind bereits von der EU-Kommission genehmigt worden. Dadurch können jetzt die von den Regelungen erfassten Förderungen ohne Einzelnotifizierung gewährt werden.

Zum öffentlichen Beschaffungswesen gibt es auf europäischer Ebene keine legislativen Änderungen. Vielmehr sollen die bereits bestehenden Beschleunigungsmöglichkeiten des geltenden vergaberechtlichen Rahmens voll ausgeschöpft werden. Daher hat die EU-Kommission ausgeführt, dass für alle größeren öffentlichen Projekte in den Jahren 2009 und 2010 die Annahme der Dringlichkeit gegeben sein sollte, die zu einer Beschleunigung der Vergabeverfahren berechtigt. In Deutschland haben die zuständigen Ressorts entsprechende Erlasse an die Bundesbehörden versandt.

Hinsichtlich der Möglichkeit einer Ausdehnung ermäßigter Mehrwertsteuersätze in bestimmten Sektoren in denjenigen Mitgliedstaaten, die dies wünschen, kam es im März 2009 im ECOFIN-Rat zu einer politischen Einigung. Der ECOFIN-Rat hat sich im Wesentlichen darauf verständigt, die derzeitige Ausnahmeregelung, ermäßigte Mehrwertsteuersätze auf arbeitsintensive Dienstleistungen anzuwenden, zu verstetigen und für alle Mitgliedstaaten zu öffnen und darüber hinaus auch die Restaurantdienstleistungen in den Anwendungsbereich der ermäßigten Mehrwertsteuersätze aufzunehmen. Die Formulierung konkreter Rechtstexte steht

## Analysen und Berichte

### DAS EUROPÄISCHE KONJUNKTURPROGRAMM

noch aus. Deutschland hat gemeinsam mit sieben anderen Mitgliedstaaten in einer Protokollerklärung zum Ausdruck gebracht, von den neu geschaffenen Möglichkeiten zur Ausdehnung ermäßiger Mehrwertsteuersätze national keinen Gebrauch zu machen und hat insbesondere auf die mit einer Ausdehnung der ermäßigten Mehrwertsteuersätze verbundenen negativen Effekte hingewiesen.

Eine Einigung über den vom Europäischen Rat im Dezember 2008 vorgesehenen Beitrag aus dem EU-Haushalt zum Europäischen Konjunkturprogramm konnte auf dem Europäischen Rat vom 19. und 20. März 2009 erzielt werden. Danach werden aus dem EU-Haushalt zusätzlich 5 Mrd. € bereitgestellt, um Maßnahmen im Energie- und Agrarbereich zu finanzieren. Hierzu wurde eine Liste von Energieprojekten verabschiedet. Zur Finanzierung ist eine Änderung der derzeit gültigen finanziellen Vorausschau erforderlich, eine Anhebung der Gesamtausgaben wurde jedoch vermieden. Auch hier steht die Formulierung konkreter Rechtstexte noch aus. Aus Sicht der Bundesregierung ist es wichtig, dass die Projekte die Kriterien eines europäischen Mehrwerts und einer kurzfristigen, antizyklischen und nachhaltig spürbaren Konjunkturwirkung erfüllen.

## 5 Der Europäische Rat bilanziert ...

Auf seinem Treffen am 19. und 20. März 2009<sup>6</sup> stellte der Europäische Rat fest, dass bei der Durchführung des im Dezember 2008 verabschiedeten Europäischen Konjunkturprogramms bereits gute Fortschritte erzielt wurden und betonte, dass

konzertiertes Vorgehen und Koordinierung ein wesentlicher Teil der Strategie Europas für den Aufschwung seien. Durch die beträchtlichen fiskalischen Anreize in Höhe von rund 3,3 % des EU-BIP beziehungsweise mehr als 400 Mrd. € würden neue Investitionen angestoßen, die Nachfrage angekurbelt, Arbeitsplätze geschaffen und der Übergang der EU zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft gefördert. In den Schlussfolgerungen findet sich wieder, dass eine Einigung unter den Staats- und Regierungschefs über den Beitrag aus dem Haushalt der Gemeinschaft zum Konjunkturprogramm erzielt wurde. Der Europäische Rat stellte fest, dass insgesamt rund 30 Mrd. € aus EU-Mitteln zur Verfügung gestellt würden. Er begrüßte insbesondere die Fortschritte in der Frage vorgezogener Zahlungen aus den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds sowie die Einigung über die fakultative Ausdehnung ermäßiger Mehrwertsteuersätze, ebenso wie die Maßnahmen der EIB zur Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen. Er forderte eine rasche Einigung hinsichtlich der Überarbeitung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung.

Darüber hinaus stellte der Europäische Rat fest, dass strukturelle Reformen, die die Glaubwürdigkeit und Wirkung der Anreizmaßnahmen erhöhen, weiter verfolgt und noch beschleunigt werden müssten. Die kurzfristigen Maßnahmen, die die EU und die Mitgliedstaaten ergriffen haben, brächten größtmöglichen Nutzen, wenn sie mit den mittel- und langfristigen Zielen der Lissabon-Strategie vereinbar seien. Der Europäische Rat ersuchte die EU-Kommission und den Rat, die Maßnahmen zu bewerten und zu beobachten sowie dem Europäischen Rat auf seiner Tagung im Juni 2009 Bericht zu erstatten.

Gleichzeitig bekraftigte der Europäische Rat sein entschlossenes Eintreten für solide öffentliche Finanzen und den durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt geschaffenen Rahmen. Wie bereits im Dezember 2008

<sup>6</sup> „Tagung des Europäischen Rates in Brüssel vom 19./20. März 2009 - Schlussfolgerungen des Vorsitzes“ (7880/09). [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/106824.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/106824.pdf)

## Analysen und Berichte

### DAS EUROPÄISCHE KONJUNKTURPROGRAMM

forderte er die Mitgliedstaaten auf, entsprechend dem Tempo der wirtschaftlichen Erholung und im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, so rasch wie möglich zu ihren mittelfristigen Haushaltszielen

zurückzukehren, um schnellstmöglich wieder zu Haushaltslagen zu finden, die mit dem Soliditätsgebot der öffentlichen Finanzen im Einklang stehen.

 Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

# Stabilitäts- und Konvergenzprogramme 2008/2009

## Überblick über die aktualisierten Programme von 21 EU-Mitgliedstaaten

1	Einleitung .....	78
2	Überblick über die Stabilitätsprogramme .....	78
3	Zu den einzelnen Stabilitätsprogrammen .....	82
3.1	Deutschland .....	82
3.2	Finnland .....	82
3.3	Frankreich .....	82
3.4	Griechenland .....	83
3.5	Irland .....	84
3.6	Italien .....	84
3.7	Luxemburg .....	85
3.8	Malta .....	85
3.9	Niederlande .....	86
3.10	Portugal .....	86
3.11	Spanien .....	87
4	Überblick über die Konvergenzprogramme .....	87
5	Zu den einzelnen Konvergenzprogrammen .....	90
5.1	Bulgarien .....	90
5.2	Dänemark .....	91
5.3	Estland .....	91
5.4	Lettland .....	91
5.5	Litauen .....	92
5.6	Polen .....	92
5.7	Schweden .....	92
5.8	Tschechische Republik .....	93
5.9	Ungarn .....	93
5.10	Vereinigtes Königreich .....	94

- Deutschland hat 2008 einen nahezu ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalt erzielt und prognostiziert für das Jahr 2009 ein gesamtstaatliches Defizit von rund 3 % des BIP sowie für 2010 einen weiteren Anstieg des Haushaltsdefizits auf circa 4 % des BIP.
- Für das Jahr 2009 wird in der EU ein stark reduziertes bis negatives Wachstum erwartet. Irland mit einem BIP-Rückgang um 4 % und Lettland mit einem Rückgang um 5 % sehen sich am stärksten betroffen.
- Gegenüber Frankreich, Griechenland, Irland, Lettland und Spanien wurden Defizitverfahren eröffnet.

## Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

### 1 Einleitung

Mit Beginn der 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Januar 1999 sind die Geld- und die Wechselkurspolitik von zunächst elf EU-Mitgliedstaaten aus der nationalen in die gemeinschaftliche Verantwortung übergegangen. Um realwirtschaftliche Verwerfungen innerhalb der WWU zu vermeiden und die Stabilität der gemeinsamen Währung zu sichern, sieht der EG-Vertrag eine verstärkte haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten der EU vor. Dazu gehört die Vorlage jährlich aktualisierter Stabilitäts- und Konvergenzprogramme durch die Mitgliedstaaten der EU. Nach der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 erstellen die – mittlerweile 16 – Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, Stabilitätsprogramme, die anderen Mitgliedstaaten Konvergenzprogramme. In den Programmen legen die Mitgliedstaaten unter anderem Informationen zur Entwicklung des Haushaltssaldos und der Staatsverschuldung, zu den makroökonomischen Annahmen ihrer Haushaltsplanungen, zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und zu den wichtigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor.

Die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme müssen der Europäischen Kommission bis zum 1. Dezember eines jeden Jahres vorliegen. Die Mitgliedstaaten hatten Gelegenheit, bis Ende Januar 2009 Aktualisierungen nachzureichen. Grundlage der aktuellen Programme der einzelnen Mitgliedstaaten ist das makroökonomische Szenario vom Herbst 2008.<sup>1</sup> Allerdings sind die in den Stabilitäts-

<sup>1</sup> Die makroökonomischen Voraussetzungen in der EU haben sich seither nachhaltig verschlechtert. Nach der Interimsprognose der Europäischen Kommission (Januar 2009) ist für 2009 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 % in der EU und von 1,9 % im Euroraum zu rechnen. Damit

und Konvergenzprogrammen vorgelegten Zahlen mittlerweile überholt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie ihren Perspektiven, welche bis zuletzt deutlich schlechter ausfielen als noch im Herbst 2008 unterstellt. Der Berichtszeitraum der jüngsten Aktualisierungen umfasst die Jahre 2009 bis 2011.

Die Kommission analysiert die Programme im Hinblick auf die inhaltlichen und formalen Vorgaben, leitet ihre Bewertungen dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat) zu und veröffentlicht sie. Der ECOFIN-Rat hat am 10. März 2009 die Programme von 21 Mitgliedstaaten erörtert und Stellungnahmen hierzu abgegeben<sup>2</sup>. Die Programme Belgiens, Österreichs, Rumäniens, der Slowakei, Sloweniens und Zyperns sollen noch vor der Sommerpause in den EU-Gremien erörtert werden. Gegenüber fünf Euroraum-Mitgliedstaaten (Frankreich, Irland, Griechenland, Spanien und Malta) sowie Lettland wurde gemäß Art. 104 Abs. 3 EG-Vertrag die erste Stufe des Defizitverfahrens eingeleitet. Das Vereinigte Königreich befindet sich bereits seit Juli 2008 im Defizitverfahren, Ungarn seit 2004.

### 2 Überblick über die Stabilitätsprogramme

Alle Euroländer gehen nach einem robusten Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2007 und einem abgeschwächten

---

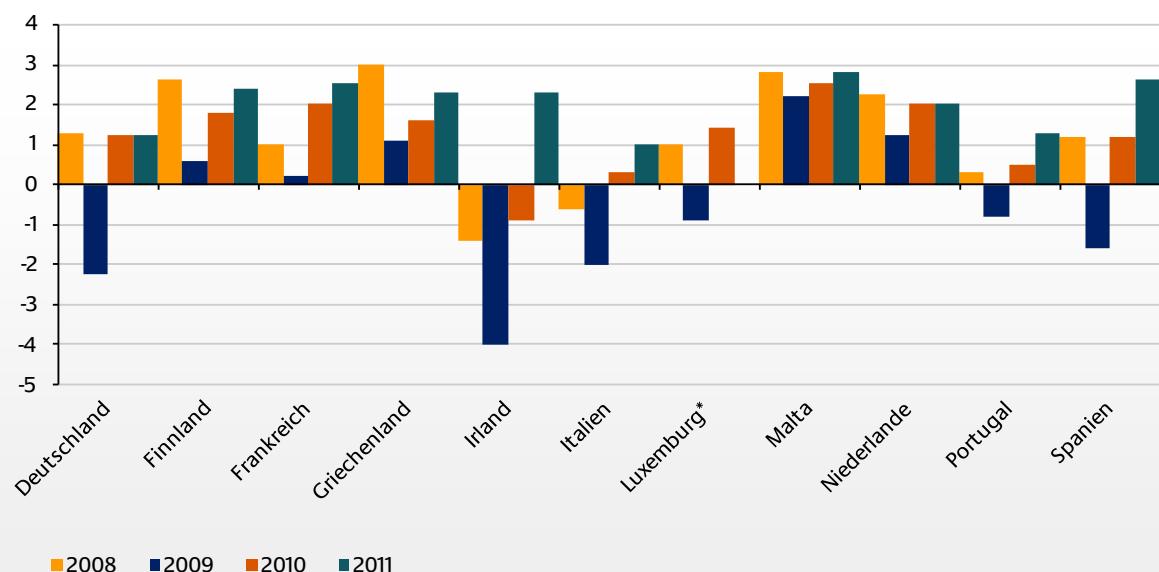
wurden die Prognosen zur diesjährigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowohl für die EU als auch für den Euroraum gegenüber der Herbstprognose der Europäischen Kommission deutlich gesenkt.

<sup>2</sup> Die Ratsstellungnahmen zu den bisher behandelten Programmen sind in deutscher Sprache auf der Internetseite des Bundesministeriums der Finanzen zugänglich: [http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_54/DE/BMF\\_Startseite/Service/Downloads/node.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_54/DE/BMF_Startseite/Service/Downloads/node.html)

## Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

Abbildung 1: Prozentuale Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in den Eurostaaten



\*Aktueller Programmansatz der Regierung ohne Jahr 2011.

Quelle: Stabilitätsprogramme.

Wachstum 2008 von einer weiteren deutlichen Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik im Jahr 2009 aus. In diesem Jahr werden von einigen Mitgliedstaaten positive BIP-Wachstumsraten erwartet: Griechenland (+1,1%), Malta (+2,2%) und Zypern (+2,1%). Dagegen rechnen unter anderem Deutschland und Irland mit einem Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Aktivität: Deutschland um -2½% und Irland um -4,0%.

Die anfangs noch guten konjunkturellen Rahmenbedingungen 2008 erlaubten einigen Eurostaaten Fortschritte bei der Konsolidierung der nationalen Haushalte. Insbesondere in Deutschland wurde ein ausgeglichener Haushalt nahezu erreicht. In Irland und in Spanien zeichnete sich die Krise schon früher ab. Entsprechend ist in diesen Mitgliedstaaten mit den deutlichsten Verschlechterungen der Haushaltssalden 2009 und 2010 zu rechnen. Irland erwartet für 2009 ein Defizit von 9,5% des BIP (2010: -9,0%). Spanien prognostiziert für 2009 einen negativen Haushaltssaldo von 5,8% des BIP

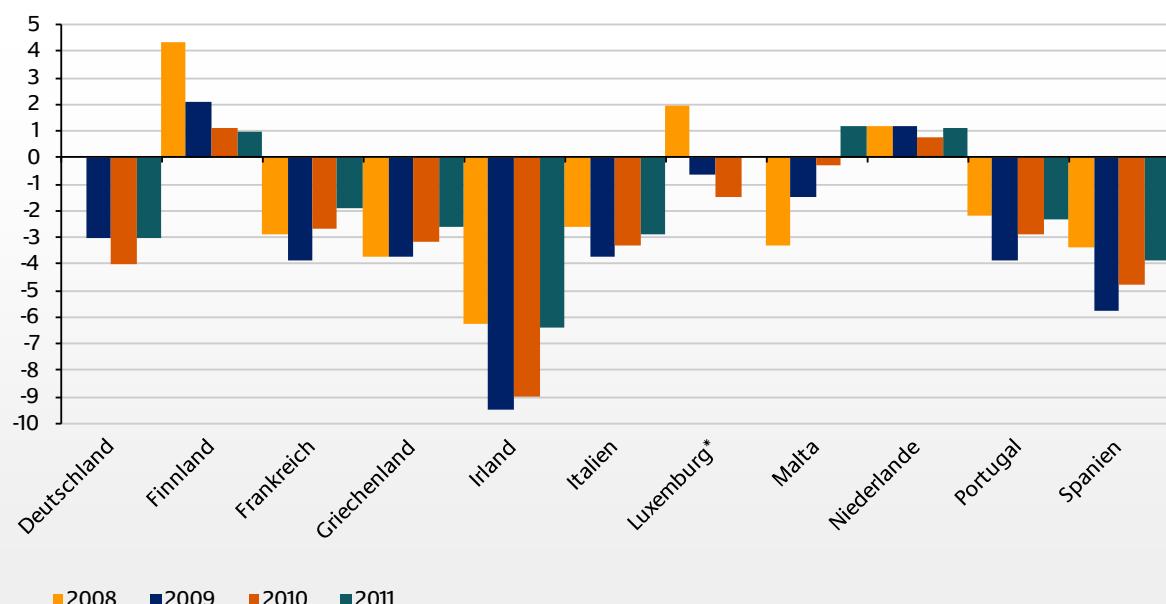
(2010: -4,8%) und wird auch 2011 (-3,9%) den 3%-Referenzwert weiterhin nicht unterschreiten. Angesichts des Ausmaßes der Krise und der resultierenden Einnahmeausfälle und Ausgabenanstiege zieht sich der anvisierte Abbau der Defizite in den genannten Staaten hin. Überschüsse prognostizieren weiterhin die Niederlande (2009: 1,2%, 2010: 0,8%) und Finnland (2009: 2,1%; 2010: 1,1%). Italien (2009: -3,7%; 2010: -3,3%) und Griechenland (2009: -3,7%; 2010: -3,2%) nähern sich der Defizitgrenze von 3%.

Auch hinsichtlich der strukturellen Finanzierungssalden (konjunkturbereinigt und ohne einmalige Maßnahmen) rechnet die Hälfte der Eurostaaten 2009 mit einer Verschlechterung gegenüber 2008. Malta erwartet als einziger Eurostaat eine Verbesserung um 2,0 Prozentpunkte auf dann noch -1,7% des BIP. Das höchste strukturelle Defizit verzeichnet erstmalig Irland: Nach einem strukturellen Defizit von bereits 6,2% des BIP im Jahr 2008 wird für 2009 ein weiterer Anstieg auf 8,1% des BIP prognostiziert.

## Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

Abbildung 2: Finanzierungssaldo in % des BIP in den Eurostaaten



\* Aktueller Programmansatz der Regierung ohne Jahr 2011.

Quelle: Stabilitätsprogramme.

Erst 2010 ist mit einem Rückgang zu rechnen (um 0,7 Prozentpunkte des BIP). Den höchsten strukturellen Finanzierungsüberschuss weist Finnland 2008 und 2009 mit 2,4% beziehungsweise 1,7% des BIP aus. Einzig die Niederlande gehen 2009 und 2010 von einem nahezu unveränderten strukturellen Finanzierungssaldo aus (2009: 1,0% und 2010: 1,1%).

Drei Eurostaaten konnten ihr jeweiliges mittelfristiges Haushaltziel<sup>3</sup> 2008 erreichen. Neben Finnland handelt es sich um die Niederlande und Luxemburg. 2007 hatten

zudem noch Irland, Slowenien, Spanien und Zypern dieses Ziel erreicht. Im Jahr 2010 wird voraussichtlich zusätzlich nur Malta sein mittelfristiges Haushaltziel erreichen.

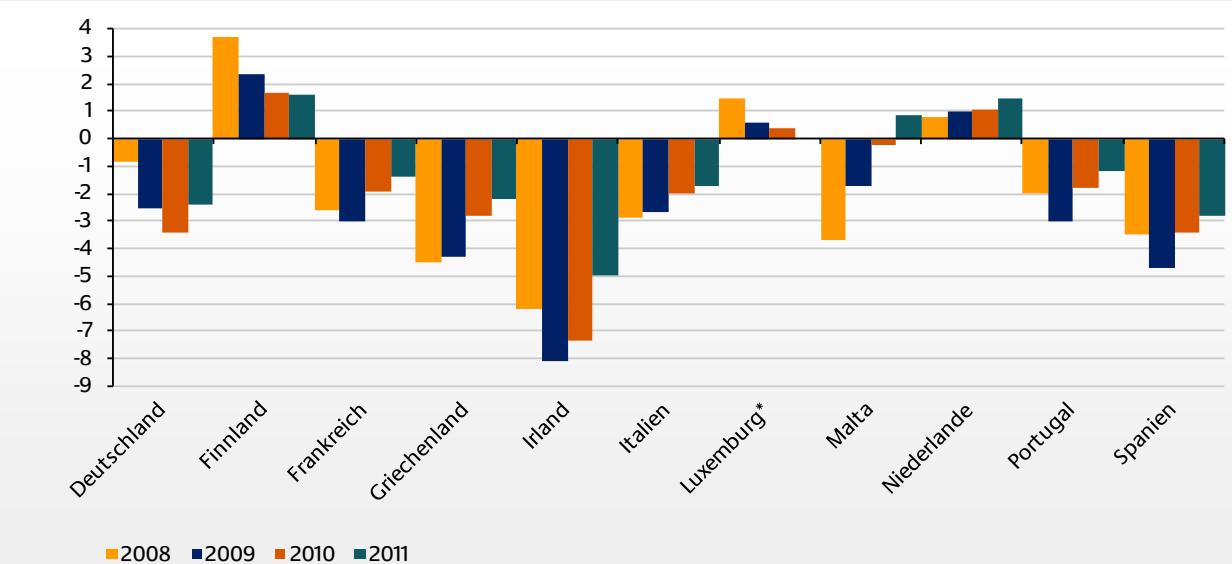
Schuldenstände in Relation zum BIP: 2009 planen nur zwei Eurostaaten einen Abbau (Niederlande und Malta). Auf niedrigem Niveau stagnieren Luxemburg und Finnland. Bereits über dem Referenzwert von 60 % des BIP und mit ansteigendem Schuldenstand bewegen sich Deutschland, Frankreich und Portugal. Die öffentlichen Schuldenstände von Griechenland und Italien entsprechen knapp unter beziehungsweise deutlich über 100 % des BIP. Deutliche Zunahmen verzeichnen Irland und Spanien.

<sup>3</sup> Das mittelfristige Haushaltziel bezieht sich auf den strukturellen Finanzierungssaldo. Die Ziele werden länderspezifisch festgelegt und bewegen sich innerhalb einer Spanne von -1% bis +2% des BIP. Das mittelfristige Haushaltziel Deutschlands ist ein gesamtstaatlich strukturell nahezu ausgeglichener Haushalt (zwischen 0 und -0,5 % des BIP).

## Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

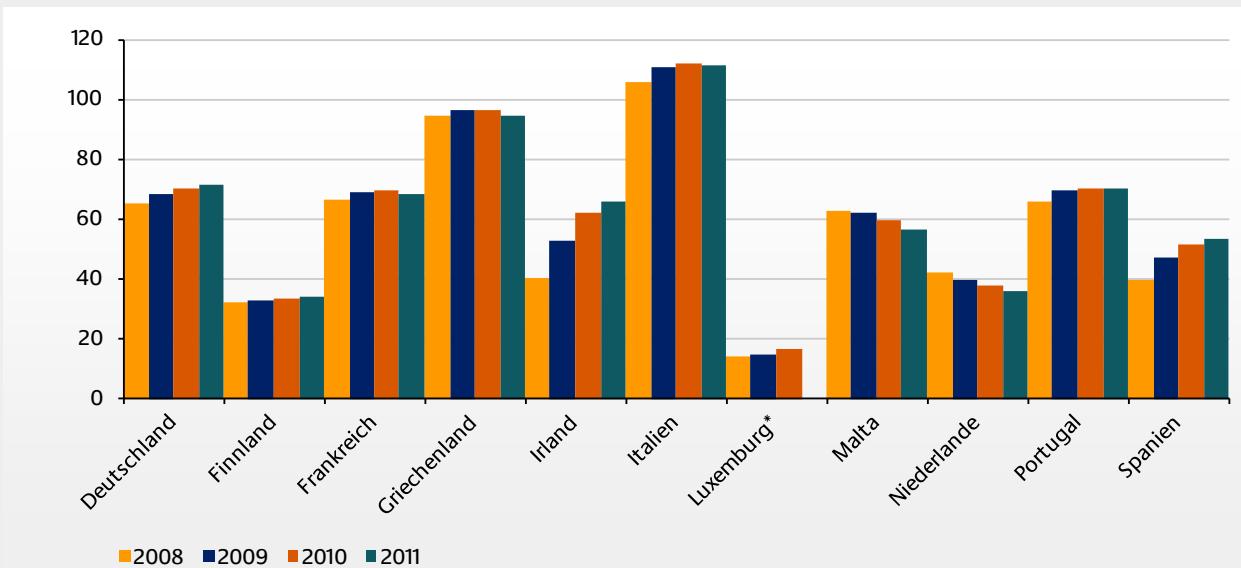
Abbildung 3: Struktureller Finanzierungssaldo in % des BIP in den Eurostaaten



\* Aktueller Programmansatz der Regierung ohne Jahr 2011.

Quelle: Stabilitätsprogramme.

Abbildung 4: Schuldenstand in % des BIP in den Eurostaaten



\* Aktueller Programmansatz der Regierung ohne Jahr 2011.

Quelle: Stabilitätsprogramme.

## Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

### 3 Zu den einzelnen Stabilitätsprogrammen

#### 3.1 Deutschland

Das Stabilitätsprogramm sieht für die Jahre 2009 und 2010 aufgrund der verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Lage und der Maßnahmen, die eingeleitet wurden, um dem rapiden Konjunkturabschwung entgegenzuwirken, ein Haushaltsdefizit von 3% beziehungsweise 4% des BIP vor. Bis 2012 soll das Defizit auf 2½% zurückgeführt werden. Aufgrund der Fortschreibung unter Status-quo-Bedingungen sind allerdings die Angaben für die Jahre ab 2011 wenig aussagekräftig, da hier noch nicht die notwendigen Konsolidierungsschritte enthalten sind. Unter Nutzung des Spielraums, über den Deutschland dank der in Zeiten günstiger Konjunktur vollzogenen Haushaltkskonsolidierung verfügt, wurden zwischen Herbst 2008 und Januar 2009 zwei umfangreiche Konjunkturpakete auf den Weg gebracht. Diese zielen vor allem auf steuerliche Entlastungen, private und öffentliche Investitionen, den verbesserten Zugang zu Finanzierungsquellen für Unternehmen, die Vermeidung von Entlassungen, die Verbesserung beruflicher Qualifikationen und die Unterstützung der Automobilindustrie ab. Sie stellen eine rasche und gezielte Reaktion auf die Wirtschaftskrise dar, die dem Ausmaß des Konjunkturabschwungs gerecht wird.

Deutschland wird vom Rat aufgefordert: i) die Finanzpolitik in den Jahren 2009 und 2010, einschließlich der fiskalischen Impulse entsprechend dem Europäischen Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, wie geplant durchzuführen und spätestens ab 2011 die fiskalischen Impulse wieder rückgängig zu machen, um zu einer erheblichen Haushaltkskonsolidierung im Hinblick auf das mittelfristige Haushaltsziel zurückzukehren; ii) zu diesem Zweck den institutionellen Haushaltsrahmen durch planmäßige

Umsetzung der neuen Schuldenregel zu stärken, um nach 2010 den notwendigen Konsolidierungskurs zu stützen; iii) sich erneut Maßnahmen zuzuwenden, die die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erhöhen, und zu gewährleisten, dass die 2008 erfolgte Abweichung von der Rentenanpassungsformel wie geplant rückgängig gemacht wird.

#### 3.2 Finnland

Nachdem das BIP-Wachstum im Jahr 2007 mit 4,5 % über seinem längerfristigen Potenzial lag, sieht das Stabilitätsprogramm eine deutliche Wachstumsabschwächung, allerdings weiterhin im positiven Bereich, vor. Dank einer vorausschauenden Haushaltspolitik in guten Zeiten geht Finnland in seinem Stabilitätsprogramm im Programmzeitraum weiterhin von Überschüssen bei den Staatsfinanzen aus, auch wenn sie geringer als früher ausfallen. Finnland sieht ein umfangreiches Konjunkturpaket für die Jahre 2009 und 2010 vor. Der öffentliche Schuldenstand, der 2008 unter 33 % des BIP lag, soll laut Stabilitätsprogramm nur leicht ansteigen.

Der Rat fordert Finnland auf: i) die finanzpolitischen Maßnahmen für 2009 wie geplant im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes umzusetzen und ii) anschließend die negativen Auswirkungen der Konjunkturanreize auf den Haushalt durch eine Rückkehr zu den mittelfristigen Zielen und die Durchführung geeigneter Strukturreformen umzukehren, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten.

#### 3.3 Frankreich

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat das Wachstum der französischen Wirtschaft im Jahr 2008 deutlich gebremst. Die französische Regierung gab im Dezember ein Konjunkturprogramm im Umfang von 1,3 % des

## Analysen und Berichte

### STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

BIP bekannt. Das Programm ist laut dem ECOFIN-Rat zielgerichtet, rechtzeitig und befristet und somit mit dem Europäischen Konjunkturprogramm vereinbar. Nach dem Stabilitätsprogramm lag das Haushaltsdefizit 2008 bei 2,9% und soll 2009 auf 3,9% ansteigen, ehe es 2011 wieder unter den 3%-Referenzwert fallen soll.

Der Rat fordert Frankreich auf: i) 2009 die finanzpolitischen Maßnahmen, einschließlich der fiskalischen Impulse, im Einklang mit dem EU-Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wie geplant durchzuführen und eine weitere Verschlechterung der öffentlichen Finanzen zu vermeiden; ii) in Anbetracht des prognostizierten Wirtschaftsaufschwungs im Jahr 2010 Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung zu unternehmen und die Anpassung danach zu beschleunigen, um das Defizit schnell unter den Referenzwert zurückzuführen und die Schuldenquote wieder auf einen rückläufigen Pfad zu bringen; iii) die vorhandenen Ausgabenvorschriften tatsächlich durchzusetzen und weitere Schritte zu unternehmen, damit gewährleistet ist, dass die mehrjährigen Zielvorgaben der Staatsregierung für die Rückführung der Ausgaben von allen Teilektoren beachtet werden, sowie weiterhin Maßnahmen im Rahmen der „Generellen Überprüfung der staatlichen Politik“ durchzuführen. Ferner muss das Strukturreformprogramm insbesondere im Hinblick auf die Tragfähigkeit des Rentensystems umgesetzt werden.

In Anbetracht der vorliegenden Zahlen wurde ein Defizitverfahren nach Art. 104 Abs. 3 EG-Vertrag eingeleitet. Grund hierfür ist die Tatsache, dass das Defizit 2008 zwar nahe am Referenzwert von 3% lag, dies aber nicht auf besondere Umstände im Sinne des Vertrags oder des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurückzuführen ist und die Überschreitung der 3%-Marke auch nicht als vorübergehend anzusehen ist.

## 3.4 Griechenland

In den vergangenen zehn Jahren verzeichnete Griechenland ein kräftiges Wirtschaftswachstum von jährlich 4%. Auch im Jahr 2008 lag das BIP-Wachstum über dem Durchschnitt des Euroraums und wird nach Angaben des Stabilitätsprogramms 2009 ebenfalls positiv bleiben. Das Haushaltsdefizit hat 2007 und 2008 den Referenzwert von 3% des BIP überschritten und soll laut Stabilitätsprogramm im Jahr 2009 auf 3,7% steigen, bevor es 2010 wieder auf 3,2% und 2011 auf 2,6% des BIP sinkt. Die im Stabilitätsprogramm skizzierte Konsolidierungsstrategie beruht auf einer Ausgabenbeschränkung in den Jahren 2010 und 2011 und in geringerem Maße auch auf steigenden Steuereinnahmen.

Griechenland wird vom Rat aufgefordert: i) bereits 2009 einen erheblich strikteren Konsolidierungspfad einzuschlagen und zu diesem Zweck gezielte, dauerhafte Maßnahmen zur Kürzung der derzeitigen Ausgaben einzuleiten, einschließlich einer umsichtigen Lohnpolitik im öffentlichen Sektor, und so zur erforderlichen Senkung der Schuldenquote beizutragen; ii) im Rahmen eines umfassenden Reformprogramms, das der erforderlichen wirtschaftlichen Anpassung Rechnung trägt und darauf abzielt, dem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und den bestehenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten entgegenzuwirken, sicherzustellen, dass die zur Haushaltskonsolidierung getroffenen Maßnahmen auch darauf gerichtet sind, die Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern; iii) die Maßnahmen zur Reform der Steuerverwaltung schnell umzusetzen und das Haushaltsverfahren weiter zu verbessern, indem dessen Transparenz erhöht und die Haushaltsstrategie für einen längeren Zeitraum dargelegt wird und Verfahren zur Überwachung, Kontrolle und Steigerung der Effizienz der derzeitigen Primär ausgaben eingeführt werden; iv) die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

## Analysen und Berichte

### STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

angesichts des steigenden Schuldenstands und des Anstiegs der alterungsbedingten Ausgaben zu verbessern, indem die laufende Reform des Gesundheitswesens und des Rentensystems fortgesetzt wird.

Nach den von den griechischen Behörden im Oktober 2008 gemeldeten und im Stabilitätsprogramm vom Januar 2009 aktualisierten Daten hat das Haushaltsdefizit 2007 den Referenzwert von 3% des BIP überschritten; der gesamtstaatliche Schuldenstand betrug im selben Jahr 94,8% des BIP. Mit Vorlage eines Berichts der EU-Kommission nach Art.104 Abs.3 EG-Vertrag wurde im Februar 2009 die erste Stufe des Defizitverfahrens eingeleitet. Laut den Prognosen der Kommission vom Januar hat das Defizit ohne Anrechnung einmaliger Maßnahmen im Jahr 2008 insgesamt 3,6% des BIP betragen (beziehungsweise -3,4% des BIP einschließlich einmaliger Maßnahmen). Die Überschreitung des Referenzwerts von 3% kann nicht als vorübergehend angesehen werden. Sie ist auch nicht auf besondere Umstände zurückzuführen, da sie nicht aufgrund eines schweren Wirtschaftsabschwungs im Sinne des Vertrags und des Stabilitäts- und Wachstumspakts entstanden ist.

### 3.5 Irland

Nach mehr als zehn Jahren kräftigen Wirtschaftswachstums erlebt Irland derzeit eine schwere Rezession. Gründe für den Abschwung sind die Finanzkrise, die einschneidende Korrektur am Immobilienmarkt sowie die Rezession bei den wichtigsten Handelspartnern Irlands, den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich. Im Zuge dieser Entwicklungen hat sich die Lage der öffentlichen Finanzen in Irland drastisch verschlechtert. Während 2007 noch ein leichter Haushaltsüberschuss zu konstatieren war, wurde 2008 ein Defizit von 6,3% des BIP verzeichnet, das sich 2009 auf 9,5% ausweiten soll. Das irische Stabilitätsprogramm sieht einen schrittweisen

Abbau des Defizits bis auf ein Niveau unterhalb des Referenzwerts von 3% des BIP im Jahr 2013 vor. Dabei wird ab 2010 von einer wirtschaftlichen Erholung ausgegangen.

Der Rat fordert Irland auf: i) die Ausweitung des Defizits im Jahr 2009 zu beschränken und für die Zeit ab 2010 im Rahmen eines breitangelegten Programms zur Haushaltskonsolidierung auf Jahresbasis umfassende Maßnahmen festzulegen und konsequent umzusetzen; ii) dem mittelfristigen Haushaltsrahmen einen verbindlicheren Charakter zu geben und die Einhaltung der Haushaltzziele über das gesamte Jahr hinweg eingehend zu überwachen, um so die Risiken für die Anpassung zu begrenzen; iii) in Anbetracht des erwarteten signifikanten Anstiegs der alterungsbedingten Ausgaben sowie des für den Programmzeitraum erwarteten Anstiegs der Schulden - bei einem allerdings niedrigen Ausgangsniveau - die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen durch Haushaltkskonsolidierung sowie durch weitere Rentenreformen zu verbessern.

Irlands Defizit hat im Jahr 2008 einen Stand von 6,3% erreicht und damit den Referenzwert von 3% überschritten. Daher wurde ein Defizitverfahren gemäß Art.104 Abs.3 EG-Vertrag eingeleitet. Auch wenn diese Überschreitung auf außergewöhnliche Umstände zurückzuführen ist, geht sie doch weit über den Referenzwert hinaus und ist nicht nur vorübergehend. Der gesamtstaatliche Bruttoschuldenstand liegt mit 40,6% des BIP im Jahr 2008 zwar noch unter dem Referenzwert von 60% des BIP, dürfte aber ab 2010 über diesen hinausgehen.

### 3.6 Italien

Der globale Abschwung schlägt in erheblichem Maße auch auf die italienische Wirtschaft durch. Vor diesem Hintergrund wird das Haushaltsdefizit von 1,6% des BIP im Jahr 2007 voraussichtlich auf 2,6% im Jahr 2008 steigen. Nach den Projektionen des

## Analysen und Berichte

### STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

aktualisierten Stabilitätsprogramms wird sich das Defizit im Jahr 2009 auf 3,7% des BIP erhöhen und bis 2011 allmählich wieder knapp unter den Grenzwert von 3% des BIP sinken; die Schuldenquote wird am Ende des Programmzeitraums bis auf über 111% angewachsen sein.

Italien wird vom Rat aufgefordert: i) die für 2009 geplante Finanzpolitik durchzuführen und den im Programmzeitraum vorgesehenen Anpassungspfad konsequent einzuhalten, um die überhöhte Schuldenquote auf einen stetig rückläufigen Kurs zu bringen und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten; ii) weitere Fortschritte zur Verbesserung der Haushaltsführung anzustreben und an einem neuen Rahmen für den Fiskalföderalismus weiterzuarbeiten, der die Rechenschaftspflicht lokaler Regierungen sicherstellt und die Haushaltsdisziplin unterstützt; iii) weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen zu unternehmen und zu diesem Zweck den Schwerpunkt auf Ausgabeneffizienz und -zusammensetzung zu legen, auch durch eine Umschichtung der Sozialausgaben im Hinblick auf die Schaffung des Rahmens für die Einrichtung eines breiter angelegten und einheitlicheren Systems der Arbeitslosenunterstützung mit angemessenen Anreizen für eine Arbeitsaufnahme und effektiven Aktivierungsmaßnahmen, ohne jedoch den Prozess der Haushaltskonsolidierung in Frage zu stellen.

### 3.7 Luxemburg

Infolge des weltweiten Konjunkturabschwungs hat sich das BIP-Wachstum erheblich verlangsamt und ist von 5,2% im Jahr 2007 auf 1,0% im Jahr 2008 zurückgegangen. Für 2009 wird ein negatives Wachstum (-0,9%) prognostiziert, bevor dann im Jahr 2010 wieder eine gewisse Erholung (+1,4%) einsetzen soll. Der gesamtstaatliche Haushalt weist weiterhin einen Überschuss aus, wenngleich dieser von 3,2% des BIP im

Jahr 2007 auf 2,0% im Jahr 2008 zurückgegangen ist. Er soll im Jahr 2009 in ein Defizit von 0,6% des BIP umschlagen, das sich im Jahr 2010 weiter auf 1,5% erhöhen soll. Der öffentliche Schuldenstand ist, auch wenn er sich zwischen 2007 und 2008 infolge der Unterstützungsmaßnahmen für den Finanzsektor verdoppelt hat, nach wie vor einer der niedrigsten in der Europäischen Union (14,4% des BIP).

Angesichts des prognostizierten sehr hohen Anstiegs der alterungsbedingten Ausgaben wird Luxemburg vom Rat aufgefordert: i) die beschlossenen finanzpolitischen Pläne einschließlich der Konjunkturförderungsmaßnahmen im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts umzusetzen; ii) die langfristige Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen im Wege struktureller Reformmaßnahmen, insbesondere im Rentenbereich, zu verbessern.

### 3.8 Malta

In Anbetracht des sich abschwächenden Wirtschaftswachstums ist das Haushaltsdefizit nach dem Stabilitätsprogramm im Jahr 2008 auf 3,3% angestiegen. Allerdings sieht das Programm ab 2009 die Wiederaufnahme der Haushaltkonsolidierung vor. Die von der Regierung als Reaktion auf den Abschwung getroffenen Maßnahmen stehen im Einklang mit dem EU-Konjunkturprogramm und können aufgrund des Defizits und der Schuldenquote sowie der wettbewerbspolitischen Herausforderungen als angemessen angesehen werden.

Der Rat fordert Malta auf: i) die Haushaltkonsolidierung programmgemäß wieder aufzunehmen, um im Jahr 2009 wie geplant wieder eine Defizitquote von unter 3% des BIP zu erreichen und eine entsprechende Verringerung der gesamtstaatlichen Schuldenquote sicherzustellen, indem dargelegt wird, mit welchen Maßnahmen die

## Analysen und Berichte

### STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

für die späteren Jahre geplante Konsolidierung in Richtung auf das mittelfristige Ziel erreicht werden soll; ii) den mittelfristigen Haushaltsrahmen zu stärken sowie die Effizienz und Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben zu erhöhen, indem unter anderem Konzeption und Umsetzung einer umfassenden Reform des Gesundheitswesens beschleunigt werden.

Da das Defizit 2008 über dem Referenzwert liegt, wurde zunächst die erste Stufe des Defizitverfahrens mit Vorlage eines Berichts nach Art. 104 Abs. 3 EG-Vertrag eingeleitet. In dem Bericht gelangt die Kommission zu dem Schluss, dass das Defizit 2008 in der Nähe des Referenzwerts lag und die geplante Überschreitung des Referenzwerts als temporär betrachtet werden kann. Die nach dem EG-Vertrag zu beurteilenden sogenannten relevanten Faktoren ergaben ein relativ günstiges Bild. Auch wenn danach keine Notwendigkeit gesehen wurde, das Defizitverfahren weiterzuführen, so wird doch ein erhöhter Überwachungsbedarf für Malta gesehen.

### 3.9 Niederlande

Aufgrund der erheblichen Auswirkungen der Finanzkrise auf die niederländische Wirtschaft wird im Jahr 2009 mit einem starken Rückgang der Wirtschaftsaktivität gerechnet. Das Stabilitätsprogramm stellt darauf ab, zwischen 2008 und 2011 einen stabilen Haushaltsschub zu erzielen und zu halten. Die niederländische Regierung hat im November 2008 und im Januar 2009 zwei Konjunkturpakete verabschiedet mit dem Ziel, private Investitionen anzukurbeln, die Beschäftigung zu sichern und die Kreditvergabe zu fördern.

Die Niederlande werden vom Rat aufgefordert, die Finanzpolitik 2009 wie geplant im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts durchzuführen, um das Risiko einer weiteren beträchtlichen

Verschlechterung des Haushaltssaldos im Jahr 2010 im Verhältnis zu den jüngsten Projektionen zu begrenzen, und sich danach ab dem Jahr 2011 erneut ihrem mittelfristigen Ziel zuzuwenden.

### 3.10 Portugal

Nach einer Phase niedriger Wachstumsraten stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung Portugals im Jahr 2008. Hierzu hatten vor allem die sinkende Auslandsnachfrage als Folge der internationalen Finanzkrise und die wirtschaftliche Schwäche wichtiger Handelspartner beigetragen. Im Stabilitätsprogramm Portugals wird für 2009 mit einem Rückgang des BIP um real 0,8 %, für die Folgejahre aber mit einer beginnenden leichten Erholung gerechnet. Die portugiesische Regierung hat im Kontext des europäischen Konjunkturprogramms zahlreiche Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit getroffen. Diese beinhalten sowohl höhere Ausgaben als auch Steuersenkungen. Die öffentlichen Finanzen Portugals spiegeln 2009 den Einfluss von konjunkturpolitischen Maßnahmen und Wirtschaftsabschwung wider. Das aktualisierte Stabilitätsprogramm geht vor diesem Hintergrund für das laufende Jahr von einem steigenden gesamtstaatlichen Defizit von 3,9 % des BIP aus. Allerdings soll bereits 2010 das Haushaltsdefizit mit 2,9 % des BIP wieder unter dem 3 %-Referenzwert liegen.

Der Rat fordert Portugal auf: i) die finanzpolitischen Maßnahmen 2009 wie geplant im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts umzusetzen und eine weitere Verschlechterung der öffentlichen Finanzen im Jahr 2009 zu vermeiden, dabei die geplanten Anpassungen 2010 und in den Folgejahren entschlossen durchzuführen und die Haushaltskonsolidierung zu verstärken, falls die Konjunkturlage besser als erwartet sein sollte; ii) das Haushaltsrahmenwerk wie geplant weiter zu stärken und sicherzustellen,

## Analysen und Berichte

### STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

dass die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung angesichts der notwendigen Korrektur der bestehenden Ungleichgewichte weiter zur Steigerung der Qualität der öffentlichen Finanzen beitragen.

#### 3.11 Spanien

2008 hat Spanien seinem Stabilitätsprogramm zufolge zum ersten Mal seit mehreren Jahren ein Haushaltsdefizit in Höhe von 3,4% des BIP verzeichnet. Für das laufende Jahr wird im Programm von einem Defizit von 5,8% ausgegangen, das sich danach schrittweise verringern und 2011 unter 4% liegen soll. Der öffentliche Schuldenstand, der 2007 auf 36,2% des BIP zurückgeführt worden war, wird 2010 voraussichtlich auf über 50% angewachsen sein.

Spanien wird vom Rat aufgefordert: i) die Haushaltspolitik 2009 wie geplant im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes umzusetzen und dabei gleichzeitig eine weitere Verschlechterung der öffentlichen Finanzen im Jahr 2009 zu vermeiden, die umfangreiche strukturelle Konsolidierung ab 2010 entschlossen durchzuführen und mit Maßnahmen zu unterlegen; ii) die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern und zu diesem Zweck weitere Maßnahmen zur Eindämmung der alterungsbedingten Ausgaben durchzuführen; iii) angesichts der notwendigen Anpassung bestehender Ungleichgewichte dafür zu sorgen, dass die Haushaltkonsolidierungsmaßnahmen auch

darauf ausgelegt sind, die Qualität der öffentlichen Finanzen wie geplant zu verbessern.

Mit Vorlage eines Berichts nach Art. 104 Abs. 3 EG-Vertrag wurde die erste Stufe eines Defizitverfahrens eingeleitet, da das spanische Haushaltsdefizit 2008 den Referenzwert von 3% des BIP überschritten hat. Zwar lag das Defizit nahe am Referenzwert von 3%, es konnte aber nicht auf einen schweren Konjunkturabschwung zurückgeführt werden, da das BIP-Wachstum nach wie vor positiv (über 1%) war. Auch ist die Überschreitung der 3%-Marke nicht als vorübergehend anzusehen, da sie dem Programm zufolge bis 2011 anhalten soll.

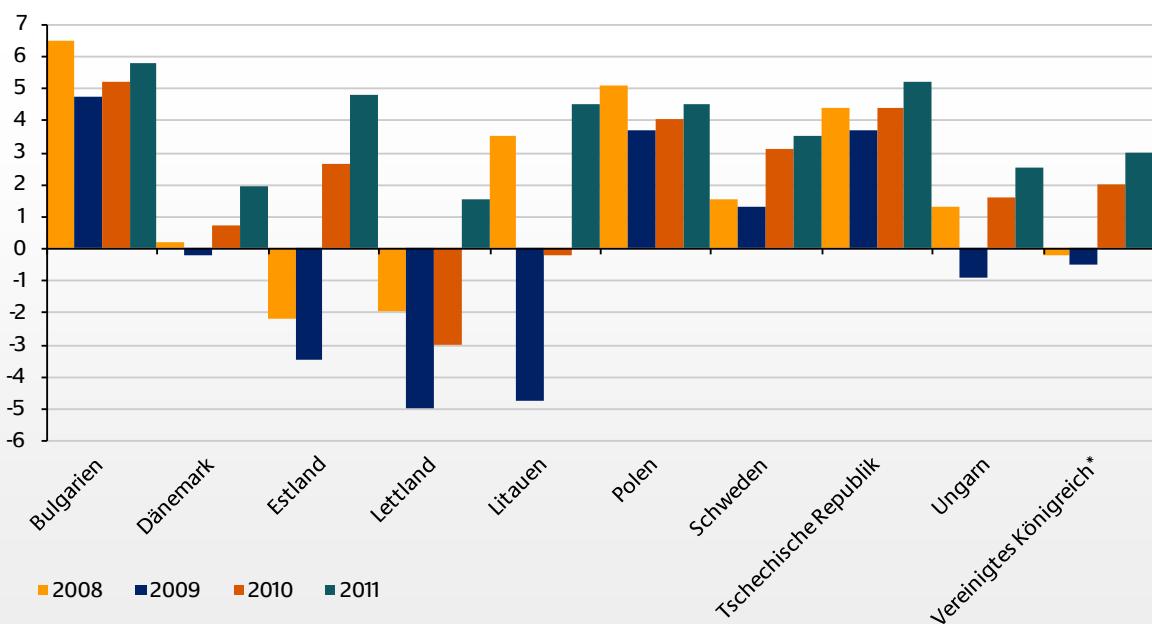
## 4 Überblick über die Konvergenzprogramme

Auch die EU-Mitgliedstaaten, die den Euro bisher nicht eingeführt haben, rechnen 2009 in der Mehrzahl mit einem deutlichen Rückgang des realen Wirtschaftswachstums. Die höchsten Rückgänge weisen die baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland mit einem prognostizierten BIP-Rückgang um 5,0%, 4,8% beziehungsweise 3,5% im Jahr 2009 gegenüber 2008 aus. Nur Bulgarien (+4,7%), Polen (+3,7%), Schweden (+1,3%) und die Tschechische Republik (+3,7%) erwarten einen Anstieg der Wirtschaftsleistung. Für 2010 erwarten die meisten Staaten dieser Ländergruppe eine Erholung. Nur Lettland (-3,0%) und Litauen (-0,2%) prognostizieren weiterhin negative Wachstumsraten.

## Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

**Abbildung 5:** Prozentuale Veränderung des realen BIP gegenüber dem Vorjahr in den Nicht-Eurostaaten



\* Haushaltsjahr jeweils von April bis März.

Quelle: Konvergenzprogramme.

Für 2009 gehen fünf der Nicht-Eurostaaten von einer Verschlechterung ihrer Haushaltssituation im Vergleich zum Vorjahr aus. Nur Bulgarien und Schweden erwarten einen Überschuss von 3,0% beziehungsweise 1,1% des BIP, Dänemark einen ausgeglichenen Haushalt. Mit dem höchsten Budgetdefizit rechnet das Vereinigte Königreich (8,2% des BIP). Es befindet sich bereits seit Sommer 2008 im Defizitverfahren, Ungarn bereits seit 2004. Neu eröffnet wurde das Defizitverfahren gegen Lettland, welches im Jahr 2009 ein Defizit in Höhe von 5,3% des BIP erwartet.

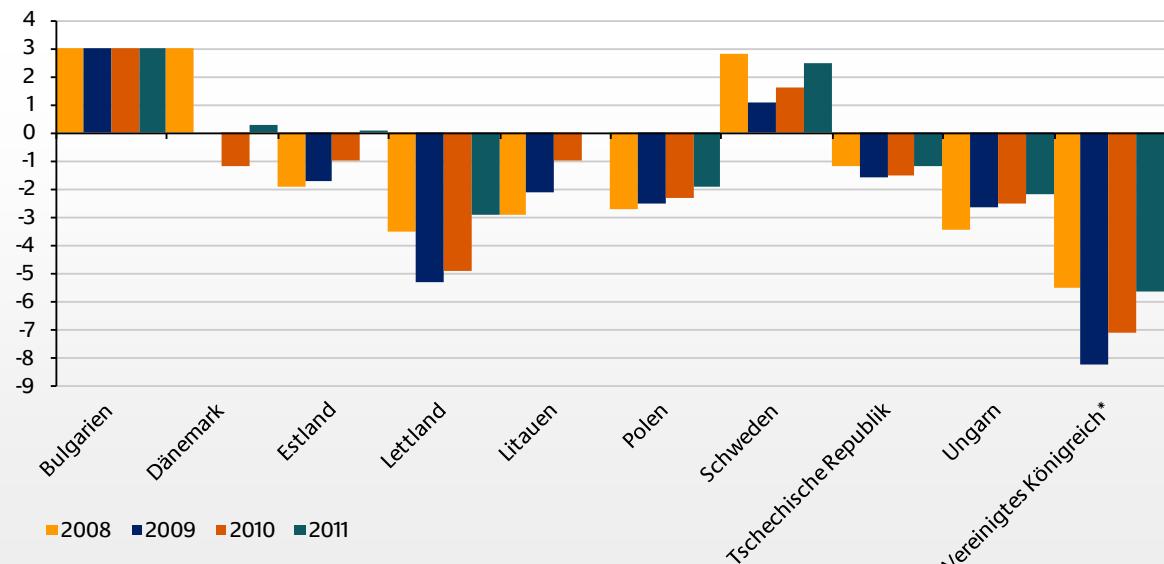
Für 2010 gehen acht Staaten dieser Ländergruppe wieder von einer Verbesserung ihrer Haushaltssituation aus. Dennoch werden acht Länder weiterhin ein Defizit verzeichnen: Dänemark (-1,2% des BIP), Estland (-1,0%), Lettland (-4,9%), Litauen (-1,0%), Polen (-2,3%), die Tschechische Republik (-1,5%), Ungarn (-2,5%) und das Vereinigte Königreich (-7,1%).

Die strukturellen Finanzierungssalden werden in drei der EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören, 2009 schlechter: Dänemark um 1,4 Prozentpunkte, Schweden um 0,9 Prozentpunkte und das Vereinigte Königreich um 1,9 Prozentpunkte, wobei die skandinavischen Staaten dennoch ihr mittelfristiges Haushaltziel einhalten können. Die größte Verbesserung verzeichnet Litauen mit 3,1 Prozentpunkten auf dann immer noch -1,8% des BIP. In der Tschechischen Republik und Lettland stagniert das strukturelle Defizit nahezu (Veränderung von 1,7% auf 1,9% des BIP beziehungsweise -5,1% auf -4,9% des BIP). Für 2010 erwarten die meisten Staaten eine Verbesserung des strukturellen Finanzierungssaldos. Zum Ende des Programmzeitraums befinden sich noch fünf Staaten strukturell im Defizit (Lettland, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und das Vereinigte Königreich).

## Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

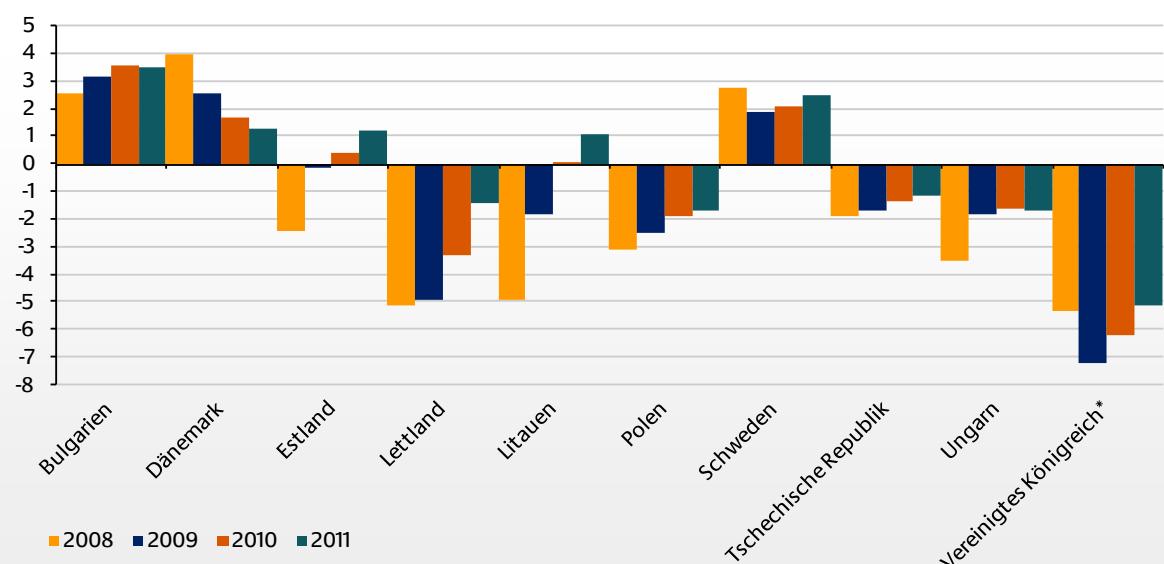
Abbildung 6: Finanzierungssaldo in % des BIP in den Nicht-Eurostaaten



\* Haushaltsjahr jeweils von April bis März.

Quelle: Konvergenzprogramme.

Abbildung 7: Struktureller Finanzierungssaldo in % des BIP in den Nicht-Eurostaaten



\* Haushaltsjahr jeweils von April bis März.

Quelle: Konvergenzprogramme.

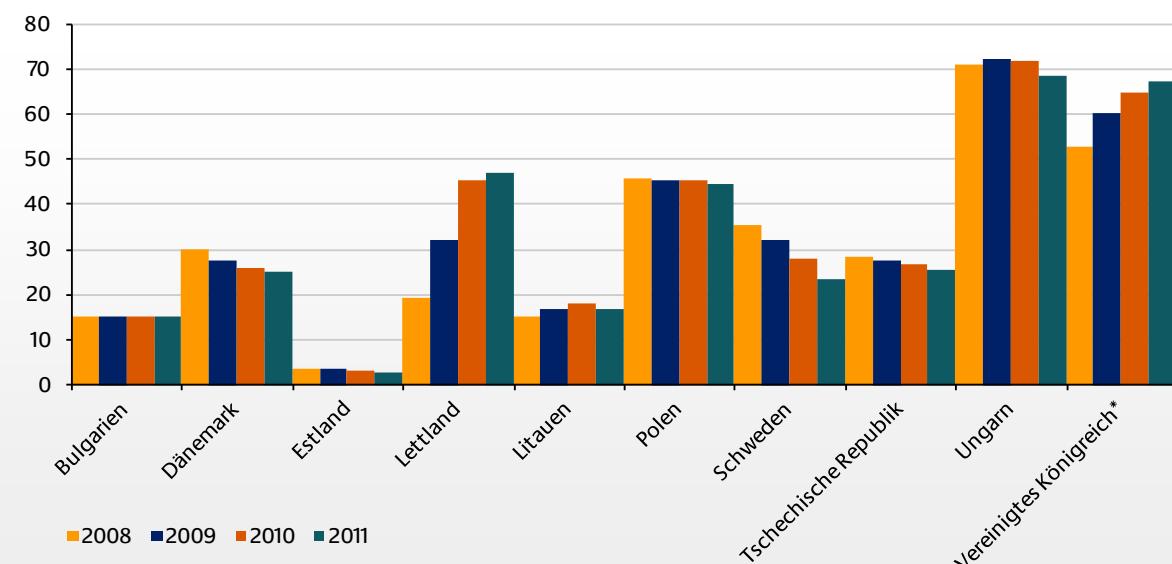
2008 haben drei Staaten ihr mittelfristiges Haushaltziel erreicht (Bulgarien, Dänemark und Schweden). Hinzu soll ab 2009 Estland

kommen. Alle anderen Staaten verfehlten ihre Zielsetzung zum Teil deutlich.

## Analysen und Berichte

### STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

Abbildung 8: Schuldenstand in % des BIP in den Nicht-Eurostaaten



\* Haushaltsjahr jeweils von April bis März.

Quelle: Konvergenzprogramme.

Vier EU-Mitgliedstaaten, die nicht Mitglied des Euroraums sind, planen 2009 im Vergleich zu 2008 eine Erhöhung ihrer jeweiligen **Schuldenstandsquote**, am stärksten Lettland mit +13 Prozentpunkten auf 32,4% des BIP (2010 nochmals +13 Prozentpunkte). Die größte Verbesserung sieht Schweden für 2009 vor, mit einem Abbau der Schuldenstandsquote um 3,3 Prozentpunkte auf dann noch 32,2% des BIP. Den höchsten Schuldenstand in Relation zum BIP weist 2009 weiterhin Ungarn mit 72,5% aus. Knapp über dem 60%-Referenzwert liegt das Vereinigte Königreich (60,5% des BIP) und wird ihn auch 2010 und 2011 deutlich überschreiten. Die niedrigste Schuldenstandsquote in der ganzen EU prognostiziert Estland mit 3,7%.

## 5 Zu den einzelnen Konvergenzprogrammen

### 5.1 Bulgarien

Die mittelfristige haushaltspolitische Strategie zielt darauf ab, eine solide Haushaltsposition zu erhalten, was sich darin zeigt, dass im

gesamten Zeitraum (2008-2011) hohe gesamtstaatliche Überschüsse von 3% des BIP angestrebt werden. Bulgarien verzeichnet seit 2003 ein kräftiges BIP-Wachstum von über 6% jährlich, das mit einem wachsenden Zahlungsbilanzdefizit und hoher Inflation einherging. Die bulgarische Finanzpolitik ist darauf ausgerichtet, das Anlegervertrauen und die makroökonomische Stabilität zu erhalten.

In Anbetracht der Notwendigkeit, nachhaltige Konvergenz sicherzustellen, wird Bulgarien vom Rat aufgefordert: i) weiterhin eine restriktive Finanzpolitik zu verfolgen und eine solide Haushaltsposition zu halten, indem es das Ausgabenwachstum eindämmt, um so die bestehenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in Grenzen zu halten und etwaigen Einnahmenausfällen entgegenzuwirken; ii) das Lohnwachstum im öffentlichen Sektor einzudämmen, um zu allgemeiner Lohnzurückhaltung beizutragen und die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern; iii) die Effizienz der öffentlichen Ausgaben weiter zu erhöhen, insbesondere durch vollständige Einführung der

## Analysen und Berichte

### STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

Programmbudgetierung, Ausbau der Verwaltungskapazitäten sowie Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Gütermärkte sowie Bildung und Gesundheit, um die Produktivität zu steigern.

#### 5.2 Dänemark

Nachdem Dänemark jahrelang ein kräftiges Wirtschaftswachstum und ansehnliche Haushaltsüberschüsse zu verzeichnen hatte, musste es 2008 einen rapiden Konjunktureinbruch hinnehmen. Dank der hohen Haushaltsüberschüsse, zu denen der rigorose finanzpolitische Rahmen beitrug, konnte der öffentliche Schuldenstand seit der Jahrtausendwende fast halbiert und 2007 auf 26,3 % des BIP zurückgeführt werden.

Dänemark wird vom Rat aufgefordert: i) die haushaltspolitischen Pläne für 2009, einschließlich der Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft, in Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes umzusetzen und ii) die zur Erreichung der Haushaltzziele in den späteren Programmjahren erforderlichen Strukturreformmaßnahmen, insbesondere jene zur Förderung des Angebots an Arbeitskräften, festzulegen.

#### 5.3 Estland

Estland erlebt einen schweren Konjunkturabschwung, zu dem die globale Finanzkrise und die Abschwächung der Auslandsnachfrage beitragen. In dessen Folge schwächen sich die bestehenden außen- und binnenwirtschaftlichen Ungleichgewichte deutlich ab. Gemäß dem Konvergenzprogramm soll das gesamtstaatliche Defizit unter 3 % des BIP gehalten werden.

In Anbetracht der Notwendigkeit, für nachhaltige Konvergenz und eine reibungslose Teilnahme am Wechselkursmechanismus II zu sorgen, wird Estland vom Rat aufgefordert: i) die Konsolidierung seiner öffentlichen

Finanzen kurzfristig durchzuführen, dafür zu sorgen, dass das gesamtstaatliche Defizit unter 3 % des BIP gehalten wird, und die für eine mittelfristige Konsolidierung notwendigen Maßnahmen einzuleiten; ii) für eine umsichtige Lohnpolitik im öffentlichen Sektor zu sorgen, um die wirtschaftliche Anpassung zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern; iii) den mittelfristigen Haushaltsrahmen insbesondere durch verbesserte Ausgabenplanung und erhöhte Ausgabenwirksamkeit zu verstärken.

#### 5.4 Lettland

Nach Jahren eines über dem Potenzial liegenden Wirtschaftswachstums befindet sich Lettland derzeit in einem schweren Abschwung. Nach einem Defizit von mehr als 3 % des BIP im Jahr 2008 sieht das Programm für 2009 und 2010 Werte von etwa 5 % vor, bevor das Defizit 2011 wieder unter 3 % fallen soll.

Basierend auf den Zusagen gegenüber den internationalen Geldgebern und der Notwendigkeit, nachhaltige Konvergenz sowie der Notwendigkeit, eine reibungslose Teilnahme am Wechselkursmechanismus II zu gewährleisten, wird Lettland vom Rat aufgefordert: i) die in dem am 12. Dezember 2008 verabschiedeten Nachtragshaushalt geplante Konsolidierung uneingeschränkt umzusetzen, dem Parlament bis Ende März 2009 die Einzelheiten des Nachtragshaushalts vorzulegen, ausreichende weitere Maßnahmen zu ergreifen, um das für 2009 angestrebte gesamtstaatliche Defizit zu erreichen und die gezielte haushaltspolitische Konsolidierung danach fortzusetzen; ii) nominale Einschnitte bei den Löhnen und Gehältern im öffentlichen Sektor strikt umzusetzen, um die Kopplung der Löhne und Gehälter insgesamt an die Produktivität zu erleichtern und um so die Wettbewerbsfähigkeit bei den Kosten zu verbessern; iii) die Finanzdisziplin und Transparenz zu stärken, indem der mittelfristige Haushaltsrahmen in Kraft gesetzt

## Analysen und Berichte

### STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

und die Ausgabenkontrolle durch das Finanzministerium gestärkt werden, sowie die Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte zu verbessern; iv) die Angebotsseite der Wirtschaft durch weitreichende Strukturreformen und durch die effiziente Nutzung der EU-Strukturfonds zu stärken.

Zusätzlich wurde ein Defizitverfahren nach Art. 104 Abs. 3 EG-Vertrag eingeleitet. Auch wenn das Defizit 2008 nahe beim Referenzwert lag, ist die Überschreitung des 3%-Referenzwertes nicht als vorübergehend anzusehen, da das Defizit 2009 ansteigen und im Jahr 2010 deutlich über 3% bleiben dürfte. Der noch unter dem Referenzwert von 60% liegende gesamtstaatliche Schuldenstand dürfte rapide wachsen und im Jahr 2010, verglichen mit dem Wert von unter 10 % im Jahr 2007, um das Vierfache auf 45,4% des BIP ansteigen.

## 5.5 Litauen

Die litauische Wirtschaft befindet sich in einem schweren Abschwung. Die Regierung plant jedoch, dass sich das Defizit 2009 auf 2,1% des BIP beläuft und anschließend allmählich sinkt, bis der Haushalt 2011 ausgeglichen ist. Die Schuldenquote soll unter 20 % des BIP bleiben.

Aufgrund der Notwendigkeit, für nachhaltige Konvergenz und eine reibungslose Teilnahme am Wechselkursmechanismus II zu sorgen, wird Litauen vom Rat aufgefordert: i) die zur Erreichung des Haushaltziels 2009 notwendigen Maßnahmen umzusetzen, indem vorrangig die Ausgaben eingedämmt werden und mittelfristig die geplante Haushaltskonsolidierung weiter vorangetrieben wird; ii) die Kosten für Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor zu senken, um die Kopplung der Löhne und Gehälter insgesamt an die Produktivität zu erleichtern und so die Wettbewerbsfähigkeit bei den Kosten zu verbessern; iii) die haushaltspolitische Führung und Transparenz zu stärken, indem der mittelfristige

Haushaltsumrahmen verbessert und die Ausgabendisziplin gestärkt werden.

## 5.6 Polen

Das polnische Wachstum wird sich laut Konvergenzprogramm 2009 aufgrund des Rückgangs des Welthandels, der Verlangsamung der ausländischen Direktinvestitionen und einer geringeren Verfügbarkeit von ausländischen Finanzierungsmitteln merklich verlangsamen. Nach dem Programm wird im Jahr 2009 ein gesamtstaatliches Haushaltdefizit von 2,5% des BIP angestrebt. Durch Ausgabenbeschränkungen soll das Haushaltdefizit im Jahr 2010 auf 2,3% des BIP gesenkt werden.

In Anbetracht der Notwendigkeit, nachhaltige Konvergenz sicherzustellen, wird Polen vom Rat aufgefordert: i) seine fiskalischen Pläne für 2009, einschließlich der fiskalischen Impulse, im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts wie von der Regierung geplant umzusetzen und dabei eine Überschreitung der Referenzwerte zu vermeiden; ii) die Konsolidierungsstrategie für die Jahre 2010 und 2011 durch spezifische defizitsenkende Maßnahmen zu unterstützen und iii) den Haushaltsumrahmen durch eine bessere Ausgabenkontrolle zu verstärken und dazu unter anderem das geänderte Gesetz über die öffentlichen Finanzen sowie die leistungsorientierte Haushaltsführung rasch umzusetzen.

## 5.7 Schweden

Nachdem Schweden lange Zeit ein nachhaltiges Wachstum zu verzeichnen hatte, soll sich das Wachstum laut Konvergenzprogramm 2009 gegenüber 2008 leicht abschwächen. Allerdings ist die schwedische Haushaltslage dank der hohen Überschüsse, die in Zeiten günstiger Konjunktur gebildet wurden, günstig. Die Finanzpolitik nimmt 2009 aus Sicht des

## Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

ECOFIN-Rates zu Recht eine expansive Haltung ein. Allerdings bestehen auf kurze Sicht Risiken für den Haushaltssaldo, und der finanzpolitische Rahmen muss gestärkt werden, um sicherzustellen, dass dieser sich verbessert, wenn die Konjunktur wieder anzieht.

Schweden wird vom Rat aufgefordert, 2009 die geplante Finanzpolitik, einschließlich der Konjunkturmaßnahmen, im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes umzusetzen und anschließend für eine Rückkehr zum mittelfristigen Haushaltsziel zu sorgen.

### 5.8 Tschechische Republik

Aufgrund ungünstiger Wachstumsannahmen sieht das tschechische Programm - ausgehend von einem niedrigen öffentlichen Defizit und Schuldenstand - für die Jahre 2009 und 2010 ein gesamtstaatliches Defizit von 1,6% beziehungsweise 1,5 % des BIP vor.

In Anbetracht der Notwendigkeit, nachhaltige Konvergenz sicherzustellen, wird die Tschechische Republik vom Rat aufgefordert: i) die Haushaltspläne für 2009 einschließlich der Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur gemäß dem Europäischen Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts umzusetzen; ii) zur Verwirklichung der mittelfristigen Ziele 2010 und darüber hinaus eine signifikante strukturelle Konsolidierung vorzunehmen und die Haushaltsstrategie durch konkrete ausgabenkende Maßnahmen in den Jahren 2010 und 2011 zu unterstützen; iii) angesichts des prognostizierten Anstiegs der alterungsbedingten Ausgaben die notwendigen Reformen im Altersversorgungs- und Gesundheitssystem fortzusetzen, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern.

### 5.9 Ungarn

Nach dem bereits in den vergangenen Jahren unterdurchschnittlichen Wachstum erwartet Ungarn im Jahr 2009 einen BIP-Rückgang. Das Konvergenzprogramm basiert auf dem wirtschaftspolitischen Programm, das die Regierung in Reaktion auf die Finanzkrise verabschiedet hat. Zur Unterstützung wurde ein internationales finanzielles Hilfspaket geschnürt, das unter anderem einen Kredit der Europäischen Union in Höhe von 6,5 Mrd. € umfasst. Das Programm sieht eine Fortführung der haushaltspolitischen Konsolidierungsstrategie vor, deren Schwerpunkt auf den ersten Jahren liegt und die 2009 einen weiteren deutlichen Defizitabbau auf 2,6 % des BIP beinhaltet. Im Jahr 2011 wird ein Defizit von 2,2 % angestrebt.

Ausgehend von den im Rahmen der internationalen finanziellen Unterstützung eingegangenen Verpflichtungen und den Empfehlungen nach Art. 104 Abs. 7 vom 10. Oktober 2006 im Rahmen des Defizitverfahrens wird Ungarn vom Rat aufgefordert: i) angesichts der bestehenden Risiken weiterhin angemessene Puffer vorzusehen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Haushaltsdefizit 2009 unter die Schwelle von 3 % des BIP zu drücken und sicherzustellen, dass danach bei der Haushaltskonsolidierung angemessene Fortschritte auf das mittelfristige Ziel hin gemacht werden, und auf diese Weise die Schuldenquote in Richtung auf den Schwellenwert von 60 % des BIP zurückzuführen; ii) für die vollständige Umsetzung des Gesetzes über die finanzpolitische Verantwortung zu sorgen, durch weitere Reformen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Gesundheitswesen und Bildungswesen – wie angekündigt – eine weiterhin maßvolle Ausgabenentwicklung sicherzustellen und die Finanzmarktregulierung und -aufsicht zu stärken; iii) angesichts der Höhe des öffentlichen Schuldenstands und des Anstiegs der alterungsbedingten Ausgaben die

## Analysen und Berichte

### STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen weiter zu verbessern und in Anknüpfung an die bereits in den Jahren 2006 bis 2008 unternommenen Schritte die Reform des Rentensystems fortzuführen.

#### 5.10 Vereinigtes Königreich

Das Konvergenzprogramm des Vereinigten Königreichs bestätigt die rasche Verschlechterung der Haushaltslage. Das gesamtstaatliche Defizit wird im Programm auf 5,5% des BIP im Haushaltsjahr 2008/09 veranschlagt; 2009/10 wird es einen Spitzenwert von 8,2% erreichen. In den Haushaltsprojektionen sind die Kosten des im November 2008 angekündigten Konjunkturprogramms bereits einbezogen. Ab 2010/11 gehen die Behörden des Vereinigten Königreichs von einer gewissen Konsolidierung aus. Die Schuldenquote, die 2007/08 bei annähernd 40 % des BIP lag, soll bis Ende des Programmzeitraums auf fast 70 % des BIP ansteigen.

Das Vereinigte Königreich wird vom Rat aufgefordert, i) die finanzpolitischen Pläne einschließlich der Maßnahmen zur Konjunkturbelebung im Einklang mit dem Europäischen Konjunkturprogramm und im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts umzusetzen und jede weitere Verschlechterung der öffentlichen Finanzen zu vermeiden; ii) im Haushaltsjahr 2010/11 und den Folgejahren eine deutliche Haushaltskonsolidierung durchzuführen und die Anpassung durch weitere gezielte Maßnahmen zu stützen, um zu gewährleisten, dass das Defizit rasch unter den Referenzwert gesenkt wird; iii) darzulegen, wie der finanzpolitische Gesamtrahmen in Zukunft zur Anwendung kommt, um eine Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu erreichen.

 Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

**Tabelle 1: Stabilitätsprogramme 2008/2009**  
BIP-Wachstum in %

Länder	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Deutschland</b>					
Programm 2008 [Aktualisierung Jan. 2009]	2,5	1,3	-2 1/4	1 1/4	1 1/4
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	2,5	1,3	-2,3	0,7	
<b>Frankreich<sup>2</sup></b>					
Programm 2008	2,2	1,0	0,2 bis -0,5	2,0	2,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	2,2	0,7	-1,8	0,4	
<b>Italien</b>					
Programm 2008	1,5	-0,6	-2,0	0,3	1,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	1,5	-0,6	-2,0	0,3	
<b>Spanien</b>					
Programm 2008	3,7	1,2	-1,6	1,2	2,6
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	3,7	1,2	-2,0	-0,2	
<b>Niederlande</b>					
Programm 2008 [addendum Dez. 2008]	3,5	2 1/4	-3/4	1	2
EU-KOM Januar 2008 <sup>1</sup>	3,5	1,9	-2,0	0,2	
<b>Griechenland</b>					
Programm 2008	4,0	3,0	1,1	1,6	2,3
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	4,0	2,9	0,2	0,7	
<b>Portugal</b>					
Programm 2008	1,9	0,3	-0,8	0,5	1,3
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	1,9	0,2	-1,6	-0,2	
<b>Finnland</b>					
Programm 2008	4,5	2,6	0,6	1,8	2,4
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	4,5	1,5	-1,2	1,2	
<b>Irland</b>					
Progr. 2008 [addendum Jan. 2009]	6,0	-1,4	-4,0	-0,9	2,3
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	6,0	-2,0	-5,0	0,0	
<b>Luxemburg</b>					
Programm 2008 [addendum Jan. 2009]	5,2	1,0	-0,9	1,4	4,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	5,2	1,0	-0,9	1,4	
<b>Malta</b>					
Programm 2008	3,7	2,8	2,2	2,5	2,8
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	3,9	2,1	0,7	1,3	
<b>Zypern</b>					
Programm 2008	4,4	3,8	2,1	2,4	3,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	4,4	3,6	1,1	2,0	
<b>Euroraum</b>					
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	2,7	0,9	-1,9	0,4	

<sup>1</sup> Ausführliche Interimsprognose der EU-Kommission, Januar 2009.<sup>2</sup> Frankreich hat in seinem Programm kein Basis-Szenario entworfen, sondern nur je ein Szenario für das niedrigste bzw. das höchste Wachstum.

 Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

**Tabelle 2: Konvergenzprogramme 2008/2009**  
BIP-Wachstum in %

Länder	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Vereinigtes Königreich</b>					
Programm 2008	3	3/4	-1,25 bis -3/4	1,5 bis 2	2,75 bis 3 1/4
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	3,0	0,7	-2,8	0,2	
<b>Schweden</b>					
Programm 2008	2,7	1,5	1,3	3,1	3,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	2,5	0,5	-1,4	1,2	
<b>Dänemark</b>					
Programm 2008	1,6	0,2	-0,2	0,7	1,9
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	1,6	-0,6	-1,0	0,6	
<b>Tschechische Republik</b>					
Programm 2008	6,6	4,4	3,7	4,4	5,2
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	6,0	4,2	1,7	2,3	
<b>Ungarn</b>					
Programm 2008	1,1	1,3	-0,9	1,6	2,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	1,1	0,9	-1,6	1,0	
<b>Lettland</b>					
Programm 2008	10,3	-2,0	-5,0	-3,0	1,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	10,3	-2,3	-6,9	-2,4	
<b>Litauen</b>					
Programm 2008	8,9	3,5	-4,8	-0,2	4,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	8,9	3,4	-4,0	-2,6	
<b>Estland</b>					
Programm 2008	6,3	-2,2	-3,5	2,6	4,8
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	6,3	-2,4	-4,7	1,2	
<b>Bulgarien</b>					
Programm 2008	6,2	6,5	4,7	5,2	5,8
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	6,2	6,4	1,8	2,5	
<b>Polen</b>					
Programm 2008	6,7	5,1	3,7	4,0	4,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	6,7	5,0	2,0	2,4	
<b>EU-27</b>					
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	2,9	1,0	-1,8	0,5	

<sup>1</sup> Ausführliche Interimsprognose der EU-Kommission, Januar 2009.

 Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

**Tabelle 3: Stabilitätsprogramme 2008/2009**  
Finanzierungssaldo in % des BIP

Länder	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Deutschland</b>					
Programm 2008 [Aktualisierung Jan. 2009]	-0,2	-0,1	-3	-4	-3
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-0,2	-0,1	-2,9	-4,2	
<b>Frankreich<sup>2</sup></b>					
Programm 2008	-2,7	-2,9	-3,9	-2,7	-1,9
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-2,7	-3,2	-5,4	-5,0	
<b>Italien</b>					
Programm 2008	-1,6	-2,6	-3,7	-3,3	-2,9
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-1,6	-2,8	-3,8	-3,7	
<b>Spanien</b>					
Programm 2008	2,2	-3,4	-5,8	-4,8	-3,9
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	2,2	-3,4	-6,2	-5,7	
<b>Niederlande</b>					
Programm 2008 [addendum Dez. 2008]	0,3	1,2	-1,2	-2,4	1,1
EU-KOM Januar 2008 <sup>1</sup>	0,3	1,1	-1,4	-2,7	
<b>Griechenland</b>					
Programm 2008	-3,5	-3,7	-3,7	-3,2	-2,6
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-3,5	-3,4	-3,7	-4,2	
<b>Portugal</b>					
Programm 2008	-2,6	-2,2	-3,9	-2,9	-2,3
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-2,6	-2,2	-4,6	-4,4	
<b>Finnland</b>					
Programm 2008	5,3	4,4	2,1	1,1	1,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	5,3	4,5	2,0	0,5	
<b>Irland</b>					
Progr. 2008 [addendum Jan. 2009]	0,2	-6,3	-9,5	-9,0	-6,4
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	0,2	-6,3	-11,0	-13,0	
<b>Luxemburg</b>					
Programm 2008 [addendum Jan. 2009]	3,2	2,0	-0,6	-1,5	1,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	3,2	3,0	0,4	-1,4	
<b>Malta</b>					
Programm 2008	-1,8	-3,3	-1,5	-0,3	1,2
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-1,8	-3,5	-2,6	-2,5	
<b>Zypern</b>					
Programm 2008	3,4	1,0	-0,8	-1,4	-1,9
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	3,4	1,0	-0,6	-1,0	
<b>Euroraum</b>					
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-0,6	-1,7	-4,0	-4,4	

<sup>1</sup>Ausführliche Interimsprognose der EU-Kommission, Januar 2009.<sup>2</sup>Frankreich hat in seinem Programm kein Basis-Szenario entworfen, sondern nur je ein Szenario für das niedrigste bzw. das höchste Wachstum.

 Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

**Tabelle 4: Konvergenzprogramme 2008/2009**  
Finanzierungssaldo in % des BIP

Länder	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Vereinigtes Königreich</b>					
Programm 2008	-2,8	-5,5	-8,2	-7,1	-5,6
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-2,7	-4,6	-8,8	-9,6	
<b>Schweden</b>					
Programm 2008	3,5	2,8	1,1	1,6	2,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	3,6	2,3	-1,3	-1,4	
<b>Dänemark</b>					
Programm 2008	4,5	3,0	0,0	-1,2	0,3
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	4,5	3,1	-0,3	-1,5	
<b>Tschechische Republik</b>					
Programm 2008	-1,0	-1,2	-1,6	-1,5	-1,2
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-1,0	-1,2	-2,5	-2,3	
<b>Ungarn</b>					
Programm 2008	-5,0	-3,4	-2,6	-2,5	-2,2
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-5,0	-3,3	-2,8	-3,0	
<b>Lettland</b>					
Programm 2008	0,1	-3,5	-5,3	-4,9	-2,9
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	0,1	-3,5	-6,3	-7,4	
<b>Litauen</b>					
Programm 2008	-1,2	-2,9	-2,1	-1,0	0,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-1,2	-2,9	-3,0	-3,4	
<b>Estland</b>					
Programm 2008	2,7	-1,9	-1,7	-1,0	0,1
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	2,7	-2,0	-3,2	-3,2	
<b>Bulgarien</b>					
Programm 2008	0,1	3,0	3,0	3,0	3,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	0,1	3,2	2,0	2,0	
<b>Polen</b>					
Programm 2008	-2	-2,7	-2,5	-2,3	-1,9
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-2,0	-2,5	-3,6	-3,5	
<b>EU-27</b>					
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-0,9	-2,0	-4,4	-4,8	

<sup>1</sup>Ausführliche Interimsprognose der EU-Kommission, Januar 2009.

## Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

**Tabelle 5: Stabilitätsprogramme 2008/2009**  
Struktureller Finanzierungssaldo<sup>3</sup> in % des BIP

Länder	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Deutschland</b>					
Programm 2008 [Aktualisierung Jan. 2009]	-0,9	-1,0	-2,0	-3,0	-2,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-1,0	-0,9	-2,4	-3,4	
<b>Frankreich<sup>2</sup></b>					
Programm 2008	-2,9	-2,6	-3,0	-1,9	-1,4
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-3,6	-3,8	-4,6	-3,8	
<b>Italien</b>					
Programm 2008	-2,5	-2,9	-2,7	-2,0	-1,7
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-2,6	-3,1	-2,8	-2,5	
<b>Spanien</b>					
Programm 2008	1,6	-3,5	-4,7	-3,4	-2,8
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	1,6	-3,3	-4,6	-4,2	
<b>Niederlande</b>					
Programm 2008 [addendum Dez. 2008]	-0,1	0,8	1,0	1,1	1,5
EU-KOM Januar 2008 <sup>1</sup>	-0,8	0,0	-1,0	-1,5	
<b>Griechenland</b>					
Programm 2008	-4,4	-4,5	-4,3	-2,8	-2,2
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-4,6	-5,0	-4,7	-3,7	
<b>Portugal</b>					
Programm 2008	-2,7	-2,0	-3,0	-1,8	-1,2
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-3,1	-3,0	-3,9	-3,3	
<b>Finnland</b>					
Programm 2008	4,5	3,7	2,4	1,7	1,6
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	3,9	3,6	2,7	1,7	
<b>Irland</b>					
Progr. 2008 [addendum Jan. 2009]	-1,7	-6,2	-8,1	-7,4	-5,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-1,5	-6,3	-9,4	-11,3	
<b>Luxemburg</b>					
Programm 2008 [addendum Jan. 2009]					
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	1,6	2,4	1,6	0,3	
<b>Malta</b>					
Programm 2008	-2,4	-3,7	-1,7	-0,2	0,9
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-2,8	-3,3	-2,9	-2,3	
<b>Zypern</b>					
Programm 2008	2,3	1,2	0,1	0,0	-0,3
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	3,0	0,2	-0,8	-1,1	
<b>Euroraum</b>					
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>					

<sup>1</sup> Ausführliche Interimsprognose der EU-Kommission, Januar 2009.<sup>2</sup> Frankreich hat in seinem Programm kein Basis-Szenario entworfen, sondern nur je ein Szenario für das niedrigste bzw. das höchste Wachstum.<sup>3</sup> Einmalmaßnahmen und andere befristete Maßnahmen sind nicht herausgerechnet worden. Die hier verwendeten Daten wurden von der KOM auf Grund anderer Daten aus der Herbstprognose errechnet, deren Bestandteil sie jedoch nicht sind.

 Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

**Tabelle 6: Konvergenzprogramme 2008/2009**  
**Struktureller Finanzierungssaldo<sup>2</sup> in % des BIP**

Länder	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Vereinigtes Königreich</b>					
Programm 2008	-3,2	-5,3	-7,2	-6,2	-5,1
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-3,7	-5,9	-8,5	-8,0	
<b>Schweden</b>					
Programm 2008	2,2	2,8	1,9	2,1	2,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	2,1	1,6	-0,3	-0,2	
<b>Dänemark</b>					
Programm 2008	3,7	4,0	2,6	1,7	1,3
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	3,3	3,8	1,1	0,9	
<b>Tschechische Republik</b>					
Programm 2008	-1,7	-1,9	-1,7	-1,3	-1,1
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-2,1	-2,4	-2,8	-1,9	
<b>Ungarn</b>					
Programm 2008	-4,9	-3,5	-1,8	-1,6	-1,7
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-5,3	-4,0	-2,8	-3,2	
<b>Lettland</b>					
Programm 2008	-3,3	-5,1	-4,9	-3,3	-1,4
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-3,6	-5,4	-5,8	-6,1	
<b>Litauen</b>					
Programm 2008	-2,6	-4,9	-1,8	0,1	1,1
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-2,7	-4,6	-2,9	-2,1	
<b>Estland</b>					
Programm 2008	-0,1	-2,4	-0,1	0,4	1,2
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-0,4	-2,8	-1,6	-1,3	
<b>Bulgarien</b>					
Programm 2008	2,9	2,6	3,2	3,6	3,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	2,5	2,2	2,1	2,8	
<b>Polen</b>					
Programm 2008	-2,5	-3,1	-2,5	-2,3	-1,7
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	-2,8	-3,4	-3,7	-2,9	
<b>EU-27</b>					
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>					

<sup>1</sup> Ausführliche Interimsprognose der EU-Kommission, Januar 2009.<sup>2</sup> Einmalmaßnahmen und andere befristete Maßnahmen sind nicht herausgerechnet worden. Die hier verwendeten Daten wurden von der KOM auf Grund anderer Daten aus der Herbstprognose errechnet, deren Bestandteil sie jedoch nicht sind.

 Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

**Tabelle 7: Stabilitätsprogramme 2008/2009**  
 Bruttostaatsschulden in % des BIP

Länder	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Deutschland</b>					
Programm 2008 [Aktualisierung Jan. 2009]	65,1	65 1/2	68 1/2	70 1/2	71 1/2
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	65,1	65,6	69,6	72,3	
<b>Frankreich<sup>2</sup></b>					
Programm 2008	63,9	66,7	69,1	69,4	68,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	63,9	67,1	72,4	76,0	
<b>Italien</b>					
Programm 2008	104,1	105,9	110,5	112,0	111,6
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	104,1	105,7	109,3	110,3	
<b>Spanien</b>					
Programm 2008	36,2	39,5	47,3	51,6	53,7
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	36,2	39,8	46,9	53,0	
<b>Niederlande</b>					
Programm 2008 [addendum Dez. 2008]	44,7	42,1	39,6	38	36,2
EU-KOM Januar 2008 <sup>1</sup>	45,7	57,3	53,2	55,2	
<b>Griechenland</b>					
Programm 2008	94,8	94,6	96,3	96,1	94,7
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	94,8	94,0	96,2	98,4	
<b>Portugal</b>					
Programm 2008	63,6	65,9	69,7	70,5	70,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	63,6	64,6	68,2	71,7	
<b>Finnland</b>					
Programm 2008	35,1	32,4	33,0	33,7	34,1
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	35,1	32,8	34,5	36,1	
<b>Irland</b>					
Progr. 2008 [addendum Jan. 2009]	24,8	40,6	52,7	62,3	65,7
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	24,8	40,8	54,8	68,2	
<b>Luxemburg</b>					
Programm 2008 [addendum Jan. 2009]	7,0	14,4	14,9	17	
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	7,0	14,4	15	15,1	
<b>Malta</b>					
Programm 2008	62,2	62,8	61,9	59,8	56,3
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	61,9	63,3	64,0	64,2	
<b>Zypern</b>					
Programm 2008	59,4	49,3	46,8	45,4	44,2
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	59,4	48,1	46,7	45,7	
<b>Euroraum</b>					
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	66,1	68,7	72,7	75,8	

<sup>1</sup> Ausführliche Interimsprognose der EU-Kommission, Januar 2009.<sup>2</sup> Frankreich hat in seinem Programm kein Basis-Szenario entworfen, sondern nur je ein Szenario für das niedrigste bzw. das höchste Wachstum.

 Analysen und Berichte

STABILITÄTS- UND KONVERGENZPROGRAMME 2008/2009

**Tabelle 8: Konvergenzprogramme 2008/2009**  
Bruttostaatsschulden in % des BIP

Länder	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Vereinigtes Königreich</b>					
Programm 2008	43,2	52,9	60,5	65,1	67,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	44,1	50,1	62,6	71,0	
<b>Schweden</b>					
Programm 2008	40,6	35,5	32,2	28,3	23,8
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	40,6	34,8	36,2	36,0	
<b>Dänemark</b>					
Programm 2008	26,3	30,3	27,9	26,3	25,4
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	26,3	30,3	28,4	27,0	
<b>Tschechische Republik</b>					
Programm 2008	28,9	28,8	27,9	26,8	25,5
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	28,9	27,9	29,4	30,6	
<b>Ungarn</b>					
Programm 2008	65,8	71,1	72,5	72,2	69,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	65,8	71,9	73,8	74,0	
<b>Lettland</b>					
Programm 2008	9,5	19,4	32,4	45,4	47,3
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	9,5	16,0	30,4	42,9	
<b>Litauen</b>					
Programm 2008	17,0	15,3	16,9	18,1	17,1
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	17,0	17,1	20,0	23,3	
<b>Estland</b>					
Programm 2008	3,5	3,7	3,7	3,5	3,0
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	3,5	4,3	6,1	7,6	
<b>Bulgarien</b>					
Programm 2008	18,2	15,4	15,4	15,3	15,2
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	18,2	13,8	12,2	10,7	
<b>Polen</b>					
Programm 2008	44,9	45,9	45,8	45,5	44,8
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	44,9	45,5	47,7	49,7	
<b>EU-27</b>					
EU-KOM Januar 2009 <sup>1</sup>	58,7	60,6	67,4	70,9	

<sup>1</sup> Ausführliche Interimsprognose der EU-Kommission, Januar 2009.

# Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>104</b>
1 Kreditmarktmittel .....	104
2 Gewährleistungen .....	105
3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009 .....	106
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2012 .....	107
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008 .....	109
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 .....	113
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007 .....	115
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	117
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	118
10 Entwicklung der Staatsquote .....	120
11 Schulden der öffentlichen Haushalte .....	122
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	124
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden .....	126
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	127
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....	128
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	129
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich .....	130
18 Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009 .....	131
<b>Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....</b>	<b>133</b>
1 Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar/Februar 2009 .....	133
2 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar/Februar 2009 .....	137
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>145</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	145
2 Preisentwicklung .....	146
3 Außenwirtschaft .....	147
4 Einkommensverteilung .....	148
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich .....	149
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	150
7 Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich .....	151
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern .....	152
Abb.1 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....	153
9 Übersicht Weltfinanzmärkte .....	154
10 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF .....	155
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF .....	160

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

**Tabelle 1: Kreditmarktmittel**  
I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. Januar 2009	in Mio. €		28. Februar 2009
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	22 000	0	0	22 000
Anleihen <sup>1</sup>	592 218	6 000	0	598 218
Bundesobligationen	171 000	0	0	171 000
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	9 449	89	16	9 523
Bundesschatzanweisungen	115 000	0	0	115 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	48 555	16 874	6 844	58 585
Finanzierungsschätz <sup>3</sup>	2 215	65	171	2 109
Tagesanleihe	3 446	197	199	3 443
Schuldscheindarlehen	13 340	0	200	13 140
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditmarktmittel	3 100	1 010	2 010	2 100
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>980 375</b>			<b>995 170</b>

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel  
II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:	Stand:		
	31. Januar 2009	in Mio. €		28. Februar 2009
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	202 507			211 359
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	313 261			313 238
langfristig (mehr als 4 Jahre)	464 608			470 572
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>980 375</b>			<b>995 170</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

<sup>2</sup>Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>3</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätz.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2009	Belegung am 31. März 2009	Belegung am 31. März 2008
	in Mrd. €		
Ausfuhren	117,0	103,3	98,5
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, ElB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	26,0	25,7
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,3	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	136,0	51,5
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,2
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	-

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 3: Bundeshaushalt 2004 - 2009**  
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>
Mrd. €						
<b>1. Ausgaben</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,0</b>	<b>270,4</b>	<b>282,3</b>	<b>297,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,0	+ 3,3	+ 0,5	+ 3,6	+ 4,4	+ 5,4
<b>2. Einnahmen<sup>2</sup></b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>232,8</b>	<b>255,7</b>	<b>270,5</b>	<b>260,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,6	+ 7,8	+ 1,9	+ 9,8	+ 5,8	- 3,7
darunter:						
Steuereinnahmen	287,0	190,1	203,9	230,0	239,2	233,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,5	+ 1,7	+ 7,2	+ 12,8	+ 4,0	- 2,5
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 28,2</b>	<b>- 14,7</b>	<b>- 11,8</b>	<b>- 37,3</b>
in % der Ausgaben	+ 15,8	+ 12,1	+ 10,8	+ 5,4	+ 4,2	+ 12,5
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>3</sup> (-)</b>	<b>199,6</b>	<b>229,4</b>	<b>240,5</b>	<b>222,1</b>	<b>229,6</b>	<b>261,8</b>
<b>5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	-	<b>0,2</b>	<b>1,6</b>	<b>- 8,4</b>	<b>0,5</b>	-
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>160,0</b>	<b>193,0</b>	<b>195,9</b>	<b>216,2</b>	<b>218,1</b>	<b>222,3</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>	<b>- 27,9</b>	<b>- 14,3</b>	<b>- 11,5</b>	<b>- 36,9</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,4</b>
Nachrichtlich :						
Investive Ausgaben	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	28,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 13,0	+ 6,2	- 4,4	+ 15,4	- 7,2	+ 18,5
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,3	0,7	2,9	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup>Stand: Nachtragshaushalt 2009

<sup>2</sup> Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>3</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: März 2009

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009**

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>
Mio. €						
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 758</b>	<b>26 372</b>	<b>26 110</b>	<b>26 038</b>	<b>27 012</b>	<b>27 791</b>
Aktivitätsbezüge	20 332	19 891	19 730	19 662	20 298	20 959
Ziviler Bereich	8 748	8 537	8 547	8 498	8 870	9 367
Militärischer Bereich	11 584	11 353	11 182	11 164	11 428	11 592
Versorgung	6 426	6 481	6 380	6 376	6 714	6 832
Ziviler Bereich	2 463	2 434	2 372	2 334	2 416	2 392
Militärischer Bereich	3 963	4 047	4 008	4 041	4 298	4 441
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>16 878</b>	<b>17 712</b>	<b>18 349</b>	<b>18 757</b>	<b>19 742</b>	<b>21 129</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 522	1 596	1 450	1 365	1 421	1 451
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 985	7 992	8 517	8 908	9 622	10 360
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 371	8 124	8 382	8 484	8 699	9 318
<b>Zinsausgaben</b>	<b>36 274</b>	<b>37 371</b>	<b>37 469</b>	<b>38 721</b>	<b>40 171</b>	<b>41 431</b>
an andere Bereiche	36 274	37 371	37 469	38 721	40 171	41 431
Sonstige	36 274	37 371	37 469	38 721	40 171	41 431
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	36 230	37 326	37 425	38 677	40 127	41 388
an Ausland	3	3	3	3	3	2
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>148 950</b>	<b>154 274</b>	<b>156 016</b>	<b>160 352</b>	<b>168 424</b>	<b>178 165</b>
an Verwaltungen	14 797	13 921	13 937	14 003	12 930	14 855
Länder	6 735	8 381	8 538	8 698	8 341	8 645
Gemeinden	238	66	38	38	21	21
Sondervermögen	7 823	5 473	5 361	5 267	4 568	6 188
Zweckverbände	1	2	1	1	0	1
an andere Bereiche	134 153	140 353	142 079	146 349	155 494	163 310
Unternehmen	15 062	13 474	14 275	15 399	22 440	23 890
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	25 396	32 747	32 256	29 123	29 120	29 415
an Sozialversicherung	90 079	90 219	91 707	97 712	99 123	104 653
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	783	767	812	869	1 099	1 437
an Ausland	2 828	3 140	3 024	3 240	3 708	3 909
an Sonstige	5	5	5	5	4	5
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>228 860</b>	<b>235 728</b>	<b>237 944</b>	<b>243 868</b>	<b>255 350</b>	<b>268 516</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>2</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 891</b>	<b>7 246</b>	<b>7 112</b>	<b>6 903</b>	<b>7 199</b>	<b>8 649</b>
Baumaßnahmen	5 466	5 779	5 634	5 478	5 777	7 061
Erwerb von beweglichen Sachen	922	961	943	909	918	1 055
Grunderwerb	503	506	536	516	504	533

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2012**

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>
Mio. €						
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>12 912</b>	<b>12 977</b>	<b>13 302</b>	<b>16 947</b>	<b>16 660</b>	<b>15 373</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 556	12 617	12 916	16 580	14 018	14 957
an Verwaltungen	5 607	5 587	5 755	8 234	5 713	5 154
Länder	5 516	5 527	5 700	6 030	5 654	5 089
Gemeinden und Gemeindeverbände	91	60	55	54	59	60
Sondervermögen	0	0	0	2 150	0	5
an andere Bereiche	6 949	7 030	7 161	8 345	8 305	9 803
Sonstige - Inland	4 931	4 933	4 999	6 099	5 836	6 754
Ausland	2 018	2 096	2 162	2 247	2 469	3 049
Sonstige Vermögensübertragungen	356	360	387	367	2 642	417
an andere Bereiche	356	360	387	367	2 642	417
Unternehmen - Inland	1	0	0	0	2 267	0
Sonstige - Inland	153	160	172	162	149	176
Ausland	202	201	215	205	225	241
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>2 932</b>	<b>3 899</b>	<b>2 687</b>	<b>2 732</b>	<b>3 099</b>	<b>5 192</b>
Darlehensgewährung	2 383	3 340	2 109	2 100	2 395	4 257
an Verwaltungen	68	53	32	1	1	1
Länder	68	53	32	1	1	1
an andere Bereiche	2 315	3 287	2 078	2 100	2 395	4 256
Sozialversicherung	0	900	0	0	0	0
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 384	1 505	1 020	900	922	2 750
Ausland	931	882	1 058	1 199	1 473	1 507
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	548	559	578	632	704	935
Inland	1	0	0	28	26	13
Ausland	547	558	578	604	678	921
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>2</sup></b>	<b>22 734</b>	<b>24 121</b>	<b>23 102</b>	<b>26 582</b>	<b>26 958</b>	<b>29 214</b>
<sup>2</sup> Darunter: Investive Ausgaben	22 378	23 761	22 715	26 215	24 316	28 798
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>- 114</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>251 594</b>	<b>259 849</b>	<b>261 046</b>	<b>270 450</b>	<b>282 308</b>	<b>297 617</b>

<sup>1</sup>Stand: inkl. Nachtragshaushalt 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

		Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
								in Mio. €
Funktion								
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>		<b>50 394</b>	<b>45 245</b>	<b>24 386</b>	<b>15 777</b>	-	<b>5 083</b>
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung		6 103	5 764	3 773	1 175	-	816
2	Auswärtige Angelegenheiten		7 411	3 442	476	125	-	2 841
3	Verteidigung		29 999	29 728	15 726	13 071	-	931
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		3 216	2 907	1 914	861	-	132
5	Rechtsschutz		359	340	232	94	-	14
6	Finanzverwaltung		3 307	3 063	2 263	452	-	348
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>		<b>13 437</b>	<b>9 932</b>	<b>500</b>	<b>725</b>	-	<b>8 707</b>
13	Hochschulen		2 413	1 462	10	5	-	1 447
14	Förderung von Schülern, Studenten		1 638	1 638	-	-	-	1 638
15	Sonstiges Bildungswesen		461	400	9	69	-	322
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen		7 709	5 977	480	646	-	4 851
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1		1 215	454	1	5	-	448
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>		<b>140 439</b>	<b>139 618</b>	<b>220</b>	<b>284</b>	-	<b>139 114</b>
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		94 447	94 447	55	-	-	94 393
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.		6 129	6 129	-	-	-	6 129
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen		3 101	2 872	-	56	-	2 816
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz		35 301	35 177	44	168	-	34 965
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII		191	191	-	-	-	191
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2		1 269	801	120	60	-	620
<b>3</b>	<b>Gesundheit und Sport</b>		<b>1 058</b>	<b>744</b>	<b>251</b>	<b>251</b>	-	<b>242</b>
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen		352	326	140	140	-	46
312	Krankenhäuser und Heilstätten		-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31		352	326	140	140	-	46
32	Sport		127	105	-	5	-	100
33	Umwelt- und Naturschutz		311	175	76	53	-	47
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz		268	138	36	53	-	49
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>		<b>1 607</b>	<b>537</b>	<b>2</b>	<b>6</b>	-	<b>529</b>
41	Wohnungswesen		1 062	533	-	4	-	529
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		3	2	2	-	-	0
44	Städtebauförderung		541	1	-	1	-	-
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>		<b>1 050</b>	<b>508</b>	<b>29</b>	<b>131</b>	-	<b>349</b>
52	Verbesserung der Agrarstruktur		692	232	-	1	-	230
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen		116	116	-	58	-	58
533	Gasölverbilligung		0	0	-	-	-	0
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		116	116	-	58	-	58
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5		242	160	29	71	-	61

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

Funktion	Ausgabengruppe	Sach-	Vermögens-	Darlehnsgewährung,	Summe	1Darunter: Investive Ausgaben
		investitionen	beratungen	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>1</sup>	
in Mio. €						
<b>0</b>	<b>Allgemeine Dienste</b>	<b>934</b>	<b>1 913</b>	<b>2 301</b>	<b>5 149</b>	<b>5 122</b>
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	338	1	-	338	338
2	Auswärtige Angelegenheiten	60	1759	2151	3 969	3 968
3	Verteidigung	196	62	13	271	245
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	216	92	-	309	309
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	106	0	138	244	244
<b>1</b>	<b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>141</b>	<b>3 364</b>	<b>0</b>	<b>3 505</b>	<b>3 505</b>
13	Hochschulen	1	951	-	951	951
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	60	-	61	61
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	124	1608	0	1 732	1 732
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	16	745	-	761	761
<b>2</b>	<b>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>7</b>	<b>814</b>	<b>1</b>	<b>821</b>	<b>474</b>
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	227	1	229	2
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	121	-	124	3
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	465	-	468	468
<b>3</b>	<b>Gesundheit und Sport</b>	<b>152</b>	<b>162</b>	<b>0</b>	<b>314</b>	<b>314</b>
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	15	11	-	26	26
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	15	11	-	26	26
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	7	130	-	136	136
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	129	0	0	130	130
<b>4</b>	<b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	-	<b>1 068</b>	<b>2</b>	<b>1 070</b>	<b>1 070</b>
41	Wohnungswesen	-	528	2	529	529
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1	-	1	1
44	Städtebauförderung	-	539	-	539	539
<b>5</b>	<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>52</b>	<b>489</b>	<b>1</b>	<b>542</b>	<b>542</b>
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	460	1	460	460
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	52	29	-	82	82

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008**

Funktion	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
		in Mio. €					
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 727</b>	<b>3 078</b>	<b>51</b>	<b>430</b>	-	<b>2 596</b>
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	531	508	-	274	-	234
621	Kernenergie	229	229	-	-	-	229
622	Erneuerbare Energieformen	9	4	-	1	-	3
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	293	275	-	273	-	2
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 043	2 026	-	4	-	2 022
64	Handel	91	91	-	49	-	42
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	945	22	-	15	-	7
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 117	430	51	87	-	292
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>11 231</b>	<b>3 552</b>	<b>994</b>	<b>1 862</b>	-	<b>696</b>
72	Straßen	7 380	944	-	834	-	110
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 666	856	493	299	-	64
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	355	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	182	182	41	17	-	123
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 647	1 567	460	711	-	396
<b>8</b>	<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>16 991</b>	<b>10 801</b>	-	<b>16</b>	-	<b>10 785</b>
81	Wirtschaftsunternehmen	12 652	6 471	-	16	-	6 455
832	Eisenbahnen	3 864	78	-	1	-	77
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	8 787	6 393	-	15	-	6 378
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	4 340	4 330	-	-	-	4 330
873	Sondervermögen	4 326	4 326	-	-	-	4 326
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	14	5	-	-	-	5
<b>9</b>	<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>41 374</b>	<b>41 336</b>	<b>580</b>	<b>260</b>	<b>40 171</b>	<b>324</b>
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	362	324	-	-	-	324
92	Schulden	40 185	40 185	-	14	40 171	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	827	827	580	246	-	1
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>282 308</b>	<b>255 350</b>	<b>27 012</b>	<b>19 742</b>	<b>40 171</b>	<b>168 424</b>

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008**

		Ausgabengruppe	Sachin-vestitionen	Vermögens-beratungen	Darlehns-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung <sup>1</sup>	<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion		in Mio. €					
<b>6</b>	<b>Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>45</b>	<b>920</b>	<b>684</b>	<b>1 650</b>	<b>1 650</b>	
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	-	23	-	23	23	
621	Kernenergie	-	-	-	-	-	
622	Erneuerbare Energieformen	-	5	-	5	5	
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	18	-	18	18	
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	17	-	17	17	
64	Handel	-	-	-	-	-	
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	43	879	-	922	922	
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	1	684	687	687	
<b>7</b>	<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 849</b>	<b>1 829</b>	<b>-</b>	<b>7 679</b>	<b>7 679</b>	
72	Straßen	4 973	1 463	-	6 436	6 436	
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	811	-	-	811	811	
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	352	-	352	352	
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1	
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	66	14	-	79	79	
<b>8</b>	<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>19</b>	<b>6 061</b>	<b>110</b>	<b>6 190</b>	<b>3 923</b>	
81	Wirtschaftsunternehmen	10	6 061	110	6 181	3 914	
832	Eisenbahnen	-	3 692	95	3 787	3 787	
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	10	2 370	15	2 394	127	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9	-	-	9	9	
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-	
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	9	-	-	9	9	
<b>9</b>	<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>-</b>	<b>38</b>	<b>-</b>	<b>38</b>	<b>38</b>	
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38	
92	Schulden	-	-	-	-	-	
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-	
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>		<b>7 199</b>	<b>16 660</b>	<b>3 099</b>	<b>26 958</b>	<b>24 316</b>	

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009**  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
		Ist-Ergebnisse						
<b>I. Gesamtübersicht</b>								
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>								
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundesseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	0,0	10,8	9,7
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	0,0	75,3	84,4
Anteil a. d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	0,0	51,2	0,1
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts  
1969 bis 2009  
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
		Ist-Ergebnisse								
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	297,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	5,4
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	260,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-3,7
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	-22,9	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-37,3
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-36,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,9	-0,6	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausbaben</b>	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	-1,8	-1,4	-1,0	-0,3	3,7	2,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,3
Anteil a. d. Personalausbaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,9	16,0	16,2	15,9	15,7	15,5	15,5	15,1	41,5
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	41,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	-3,9	-1,5	-0,5	-1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,9
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	55,6	54,8	54,5	53,6	55,2	55,4	57,2	59,9	60,7
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	28,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	-3,1	-11,7	6,9	-13,0	6,2	-4,4	15,4	-7,2	18,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	9,7
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	33,9	29,9	32,0	27,8	29,5	28,2	32,6	31,2	26,0
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	233,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	-2,5	-0,9	-0,1	-2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	-2,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	78,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	89,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	41,4	41,1	41,0	40,0	40,7	43,6	49,2	42,5	43,0
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-36,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	12,4
Anteil a. d. investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	128,1
Anteil a. d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	X	X
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 223,5	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 578,5	X
darunter: Bund	Mrd.€	760,2	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	X

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2008; 2008 vorläufig; 2009 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

<sup>4</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004 <sup>2</sup>	2005	2006 <sup>3</sup>	2007 <sup>3</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	604,3	611,3	619,6	615,3	627,7	636,8	647,6
Einnahmen	557,7	554,6	551,7	549,9	575,1	596,7	648,0
Finanzierungssaldo	-46,6	-57,1	-68,0	-65,5	-52,5	-39,4	1,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7
Finanzierungssaldo	-22,9	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7
Länder							
Ausgaben	255,5	257,7	259,7	257,1	260,0	259,1	263,9
Einnahmen	230,9	228,5	229,2	233,5	237,2	248,9	267,3
Finanzierungssaldo	-24,6	-29,4	-30,5	-23,5	-22,7	-10,2	3,4
Gemeinden							
Ausgaben	148,3	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7
Einnahmen	144,2	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3
Finanzierungssaldo	-4,1	-3,7	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,6
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	0,9	1,2	1,4	-0,7	2,0	1,5	1,7
Einnahmen	-1,3	-0,6	-0,5	-0,3	4,6	3,8	8,6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6
Einnahmen	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8
Länder							
Ausgaben	1,9	0,9	0,7	-1,0	1,1	-0,3	1,8
Einnahmen	-3,9	-1,0	0,3	1,9	1,6	4,9	7,4
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,1	0,0	0,1	2,1	2,8	2,1
Einnahmen	-2,5	1,4	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,8

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentiligungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundesseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

<sup>2</sup> Ab 2004 öffentlicher Gesamthaushalt mit Zweckverbänden.

<sup>3</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

<sup>4</sup> Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004 <sup>2</sup>	2005	2006 <sup>3</sup>	2007 <sup>3</sup>							
	Anteile in %													
<b>Finanzierungssaldo</b>														
(1) in % des BIP (nominal)														
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,2	-2,7	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	0,1							
darunter:														
Bund	-1,1	-1,5	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6							
Länder	-1,2	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,1							
Gemeinden	-0,2	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,4							
(2) in % der Ausgaben														
Öffentlicher Gesamthaushalt	-7,7	-9,3	-11,0	-10,6	-8,4	-6,2	0,2							
darunter:														
Bund	-9,4	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4							
Länder	-9,6	-11,4	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	1,3							
Gemeinden	-2,8	-2,4	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,4							
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>														
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,5	28,6	27,8	28,0	27,4	26,7							
darunter:														
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2							
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9							
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6							
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>4</sup>	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2							

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentiligungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundesisenbahnvermögen,

Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

<sup>2</sup> Ab 2004 öffentlicher Gesamthaushalt mit Zweckverbänden.

<sup>3</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

<sup>4</sup> Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2008.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>**

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		in Mrd. €	in %		
<b>Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990</b>					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008 <sup>2</sup>	561,8	290,9	270,9	51,8	48,2
2009 <sup>2</sup>	572,0	296,9	275,1	51,9	48,1

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 04. bis 05. November 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabekototen<sup>1</sup>**  
**(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)**

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1961	24,1	34,5	23,7	33,3
1962	24,4	34,9	24,0	33,8
1963	24,4	35,2	24,0	33,9
1964	24,3	34,7	23,8	33,5
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1966	23,5	34,6	23,1	33,3
1967	23,7	35,2	23,3	33,8
1968	24,3	36,0	22,9	33,6
1969	25,5	37,5	24,4	35,4
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabekoten<sup>1</sup>**  
**(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)**

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr	Anteile am BIP in %			
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 <sup>3</sup>	22,0	39,7	20,1	36,7
2006 <sup>3</sup>	22,9	40,1	21,0	37,2
2007 <sup>3</sup>	23,8	40,3	22,2	37,7
2008 <sup>4</sup>	23,8	40,2	22,6	38,0

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2008.

<sup>4</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>	
Anteile am BIP in %				
1960	32,9	21,7		11,2
1961	34,2	22,8		11,4
1962	35,9	24,4		11,5
1963	36,7	24,8		11,9
1964	36,5	25,0		11,5
1965	37,1	25,4		11,6
1966	37,2	24,9		12,3
1967	39,2	25,4		13,8
1968	39,6	25,9		13,7
1969	39,1	25,7		13,4
1970	38,5	26,1		12,4
1971	39,9	27,1		12,8
1972	41,0	27,5		13,6
1973	41,6	27,5		14,2
1974	44,8	29,2		15,6
1975	48,8	31,2		17,7
1976	48,3	30,5		17,8
1977	47,9	30,1		17,8
1978	47,0	29,4		17,6
1979	46,5	29,3		17,2
1980	46,9	29,6		17,3
1981	47,5	29,7		17,9
1982	47,5	29,4		18,1
1983	46,5	28,8		17,7
1984	45,8	28,2		17,6
1985	45,2	27,8		17,4
1986	44,5	27,4		17,1
1987	45,0	27,6		17,4
1988	44,6	27,0		17,6
1989	43,1	26,4		16,7
1990	43,6	27,3		16,4
1991	46,3	28,2		18,0
1992	47,2	28,0		19,2
1993	48,2	28,3		19,9
1994	47,9	27,8		20,0
1995	48,1	27,6		20,6

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>	
Anteile am BIP in %				
1996	49,3	27,9		21,4
1997	48,4	27,1		21,2
1998	48,0	27,0		21,1
1999	48,1	26,9		21,1
2000	47,6	26,5		21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0		21,1
2001	47,6	26,3		21,3
2002	48,1	26,4		21,7
2003	48,5	26,5		22,0
2004	47,1	25,9		21,2
2005 <sup>5</sup>	46,8	26,0		20,8
2006 <sup>5</sup>	45,3	25,4		20,1
2007 <sup>5</sup>	44,2	25,0		19,2
2008 <sup>6</sup>	43,9	24,9		19,0

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

<sup>6</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 <sup>2</sup>
	Schulden (Mio. €) <sup>1</sup>						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>1 277 272</b>	<b>1 357 723</b>	<b>1 429 750</b>	<b>1 489 852</b>	<b>1 545 399</b>	<b>1 553 058</b>	<b>1 578 454</b>
Bund	784 615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 745
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 914
Kreditmarktmittel iws	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 165
Kassenkredite	6 008	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831
Kreditmarktmittel iws	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	485 034
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 685
Kreditmarktmittel iws	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 391
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 294
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1 124	1 349
Kreditmarktmittel iws	-	-	-	-	986	1 124	1 325
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	24
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	107 675
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	105 063
Kreditmarktmittel iws	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	75 950
Kassenkredite	10 670	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 113
Extrahaushalte	7202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 612
Kreditmarktmittel iws	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 560
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	52
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	592 709
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 381 000	1 451 000	1 522 000	1 569 000	1 577 000	1 628 000
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	-
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 <sup>2</sup>
<b>Anteil an den Schulden (in %)</b>							
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,5
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,8
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,5
<b>Anteil der Schulden am BIP (in %)</b>							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	59,6	62,7	64,7	66,4	66,6	64,1	63,3
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,5	39,6
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,6	38,8	38,5
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,5
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,3
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,1	25,6	24,6	23,8
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,1	65,3
<b>Schulden insgesamt (€)</b>							
je Einwohner	15 487	16 454	17 331	18 066	18 761	18 880	19 220
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 243,2	2 321,5	2 422,9	2 492,0
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628

<sup>1</sup>Kreditmarktschulden im weiteren Sinne ohne Kassenkredite.

<sup>2</sup>Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>				Abgrenzung der Finanzstatistik		
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>
Jahr	Mrd. €		Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.
1961	4,7	2,3	2,4	2,8	1,4	1,4	.
1962	2,6	1,1	1,6	1,4	0,6	0,9	-0,9
1963	1,7	0,3	1,5	0,9	0,1	0,8	-2,7
1964	1,5	-0,3	1,8	0,7	-0,1	0,9	-2,8
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8
1966	-0,4	-2,1	1,6	-0,2	-0,8	0,7	-3,9
1967	-3,6	-2,9	-0,6	-1,4	-1,2	-0,3	-6,2
1968	-2,2	-1,9	-0,3	-0,8	-0,7	-0,1	-3,8
1969	3,3	2,8	0,5	1,1	0,9	0,2	1,3
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1
1971	0,6	-2,7	3,3	0,1	-0,7	0,8	-8,0
1972	-1,6	-5,5	3,9	-0,4	-1,3	0,9	-6,7
1973	5,4	-0,4	5,8	1,1	-0,1	1,2	-4,5
1974	-8,6	-9,8	1,1	-1,6	-1,9	0,2	-13,9
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
Jahr	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005 <sup>5</sup>	-74,3	-70,2	-4,1	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006 <sup>5</sup>	-35,9	-40,9	5,0	-1,5	-1,8	0,2	-40,0	-1,7
2007 <sup>5</sup>	-4,2	-14,6	10,4	-0,2	-0,6	0,4	2,8	0,1
2008 <sup>6</sup>	-3,3	-11,0	7,7	-0,1	-0,4	0,3	4,0	0,1

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

<sup>6</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000 <sup>2</sup>	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>-2,8</b>	<b>-1,1</b>	<b>-1,9</b>	<b>-3,2</b>	<b>-1,2</b>	<b>-3,8</b>	<b>-3,3</b>	<b>-1,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>0</b>	<b>-0,2</b>	<b>-0,5</b>
Belgien	-9,4	-10	-6,7	-4,5	0	-0,2	-2,6	0,3	-0,3	-0,5	-1,4	-1,8
Griechenland	—	—	-14,3	-9,3	-3,7	-7,5	-5,1	-2,8	-3,5	-2,5	-2,2	-3
Spanien	—	—	—	-6,5	-1,1	-0,3	1	2	2,2	-1,6	-2,9	-3,2
Frankreich	-0,1	-3	-2,4	-5,5	-1,5	-3,6	-2,9	-2,4	-2,7	-3	-3,5	-3,8
Irland	—	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,4	1,7	3	0,2	-5,5	-6,8	-7,2
Italien	-7	-12,4	-11,4	-7,4	-2	-3,5	-4,3	-3,4	-1,6	-2,5	-2,6	-2,1
Zypern	—	—	—	—	-2,3	-4,1	-2,4	-1,2	3,5	1	0,7	0,6
Luxemburg	—	—	4,3	2,4	6	-1,2	-0,1	1,3	3,2	2,7	1,3	0,5
Malta	—	—	—	-4,2	-6,2	-4,7	-2,8	-2,3	-1,8	-3,8	-2,7	-2,5
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-1,7	-0,3	0,6	0,3	1,2	0,5	0,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-4,4	-1,5	-1,5	-0,4	-0,6	-1,2	-1,4
Portugal	-7,2	-8,6	-6,3	-5	-3,2	-3,4	-6,1	-3,9	-2,6	-2,2	-2,8	-3,3
Slowakei	—	—	—	-3,4	-12,3	-2,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-2,2	-2,5
Slowenien	—	—	—	-8,5	-3,8	-2,2	-1,4	-1,2	0,5	-0,2	-0,7	-0,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,4	2,9	4,1	5,3	5,1	3,6	2,4
Euroraum	—	—	—	-5	-1,1	-2,9	-2,5	-1,3	-0,6	-1,3	-1,8	-2
Bulgarien	—	—	—	-3,4	-0,5	1,6	1,9	3	0,1	3,3	2,9	2,9
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	2	5,2	5,2	4,5	3,1	1,1	0,4
Estland	—	—	—	1,1	-0,2	1,7	1,5	2,9	2,7	-1,4	-2,2	-2,8
Lettland	—	—	6,8	-1,6	-2,8	-1	-0,4	-0,2	0,1	-2,3	-5,6	-6,2
Litauen	—	—	—	-1,6	-3,2	-1,5	-0,5	-0,4	-1,2	-2,7	-3,6	-4
Polen	—	—	—	-4,4	-3	-5,7	-4,3	-3,8	-2	-2,3	-2,5	-2,4
Rumänien	—	—	—	—	-4,6	-1,2	-1,2	-2,2	-2,6	-3,4	-4,1	-3,8
Schweden	—	—	—	-7,4	3,7	0,8	2,4	2,3	3,6	2,6	0,5	-0,4
Tschechien	—	—	—	-13,4	-3,7	-3	-3,6	-2,7	-1	-1,2	-1,3	-1,4
Ungarn	—	—	—	—	-2,9	-6,4	-7,8	-9,3	-5	-3,4	-3,3	-3,3
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-3,4	-2,7	-2,8	-4,2	-5,6	-6,5
EU	—	—	—	-5,1	-0,6	-2,9	-2,4	-1,4	-0,9	-2	-4,4	-4,8

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedsstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

<sup>2</sup> Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre 2004 bis 2010: EU-Kommission, Interimsprognose, Januar 2009.

Stand: Januar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>30,3</b>	<b>39,5</b>	<b>41,3</b>	<b>55,6</b>	<b>59,7</b>	<b>65,6</b>	<b>67,8</b>	<b>67,6</b>	<b>65,1</b>	<b>65,6</b>	<b>69,6</b>	<b>72,3</b>
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	94,3	92,1	87,8	83,9	88,3	91,2	94,0
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	98,6	98,8	95,9	94,8	94,0	96,2	98,4
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	46,2	43,0	39,6	36,2	39,8	46,9	53,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,1	56,7	64,9	66,4	63,6	63,9	67,1	72,4	76,0
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	29,4	27,3	24,7	24,8	40,8	54,8	68,2
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	103,8	105,9	106,9	104,1	105,7	109,3	110,3
Zypern	—	—	—	—	58,8	70,2	69,1	64,6	59,4	48,1	46,7	45,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,1	6,6	7,0	14,4	15,0	15,1
Malta	—	—	—	—	55,9	72,1	69,8	63,8	61,9	63,3	64,0	64,2
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	52,4	51,8	47,4	45,7	57,3	53,2	55,2
Österreich	35,4	48,1	56,1	68,3	66,4	64,8	63,7	62,0	59,5	59,4	62,3	64,7
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	58,3	63,6	64,7	63,6	64,6	68,2	71,7
Slowakei	—	—	—	22,2	50,3	41,4	34,2	30,4	29,4	28,6	30,0	31,9
Slowenien	—	—	—	—	26,8	27,2	27,0	26,7	23,4	22,1	24,8	25,8
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,1	41,3	39,2	35,1	32,8	34,5	36,1
Euroraum	33,4	50,3	56,6	72,4	69,2	69,5	70,0	68,3	66,1	68,7	72,7	75,8
Bulgarien	—	—	—	—	74,3	37,9	29,2	22,7	18,2	13,8	12,2	10,7
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	43,8	36,4	30,7	26,3	30,3	28,4	27,0
Estland	—	—	—	9,0	5,2	5,0	4,5	4,3	3,5	4,3	6,1	7,6
Lettland	—	—	—	—	12,3	14,9	12,4	10,7	9,5	16,0	30,4	42,9
Litauen	—	—	—	11,9	23,7	19,4	18,4	18,0	17,0	17,1	20,0	23,3
Polen	—	—	—	—	36,8	45,7	47,1	47,7	44,9	45,5	47,7	49,7
Rumänien	—	—	—	—	24,7	18,7	15,8	12,4	12,7	15,2	21,1	26,8
Schweden	40,0	61,9	42,0	72,1	53,6	51,2	50,9	45,9	40,6	34,8	36,2	36,0
Tschechien	—	—	—	14,6	18,5	30,4	29,8	29,6	28,9	27,9	29,4	30,6
Ungarn	—	—	—	85,1	54,2	59,4	61,7	65,6	65,8	71,9	73,8	74,0
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	40,6	42,3	43,4	44,1	50,1	62,6	71,0
EU	—	—	—	69,5	63,0	62,2	62,7	61,3	58,7	60,6	67,4	70,9

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Interimsprognose, Januar 2009.

Stand: Januar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>**

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,0</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>20,9</b>	<b>21,9</b>	<b>23,0</b>
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,1	31,0	30,7
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	49,6	48,1	47,9
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,9	31,3	31,1
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,7	27,8	27,4
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,2	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	26,0	27,6	27,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,3	29,6	30,2
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	17,3	17,7	.
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,3	26,0	26,7
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,7	25,1	24,2
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,4
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	27,6	27,3	27,8
Polen	-	-	-	25,2	22,4	20,7	21,4	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,4	24,3	24,9
Schweden	32,1	33,0	38,0	34,4	38,1	36,3	36,6	35,6
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,7	22,8
Slowakei	-	-	-	-	19,7	19,0	17,9	17,9
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,0	23,6	24,4	25,0
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	21,4	20,8	20,3
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,6	25,2	26,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,0	28,4	30,8	29,5	30,3	29,8
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	20,6	21,3	21,6

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>**

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>31,5</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>34,8</b>	<b>35,6</b>	<b>36,2</b>
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	44,5	44,4
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,7	49,1	48,9
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,9	43,5	43,0
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,2	43,6
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,1	31,3	31,3	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	30,6	31,9	32,2
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	40,9	42,1	43,3
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	27,4	27,9	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,3
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,8	35,9	36,9
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,8	39,3	38,0
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	43,9	43,4
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,2	42,6	42,1	41,7	41,9
Polen	-	-	-	36,2	31,6	32,9	33,5	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	34,7	35,7	36,6
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,5	49,1	48,2
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,6	29,7
Slowakei	-	-	-	-	33,8	31,8	29,8	29,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,8	36,6	37,2
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	36,9	36,4
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,2	37,1	39,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,1	36,1	34,5	37,1	36,3	37,1	36,6
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	27,3	28,0	28,3

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>46,6</b>	<b>44,9</b>	<b>43,4</b>	<b>48,3</b>	<b>45,1</b>	<b>46,8</b>	<b>45,3</b>	<b>44,1</b>	<b>43,3</b>	<b>43,8</b>	<b>43,6</b>
Belgien	54,8	58,4	52,2	52,1	49,1	51,9	48,4	48,3	48,7	49,8	50,2
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	50,2	48,8	47,3	47,1	47,7	48,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,4	52,5	53,3	53,6
Griechenland	-	-	45,8	46,6	46,6	43,1	41,9	43,4	43,2	43,4	43,5
Irland	-	53,2	42,8	41,1	31,5	33,7	33,8	35,4	40,1	42,1	42,8
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,8	48,2	48,9	48,8	48,7
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,6	38,6	37,8	39,8	42,5	43,0
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,7	43,6	42,4	44,5	43,6	44,2
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,6	45,3	45,9	46,6	47,4
Österreich	50,2	53,7	51,5	56,2	52,0	49,7	49,2	48,3	48,3	49,0	49,3
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	46,2	45,6	45,9
Slowenien	-	-	-	53,3	46,8	45,3	44,5	42,4	42,4	42,4	42,0
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,5	38,8	39,9	41,0	41,3
Zypern	-	-	-	-	37,0	43,6	43,4	43,0	44,6	44,9	44,9
Euroraum	-	-	-	-	46,3	47,3	46,6	46,1	46,3	46,9	46,9
Bulgarien	-	-	-	-	-	39,3	36,5	41,5	38,1	38,1	38,2
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,5	51,1	50,8	50,9	51,4	51,9
Estland	-	-	-	41,4	36,5	34,0	34,2	35,5	39,4	40,7	41,1
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,6	37,9	37,7	39,5	42,3	42,0
Litauen	-	-	-	35,7	39,1	33,3	33,6	35,2	36,6	38,2	39,6
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,3	43,8	42,0	41,5	42,2	42,1
Rumänien	-	-	-	-	40,5	33,5	35,3	37,3	38,3	39,0	38,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,2	52,6	53,5	54,9	55,0
Slowakei	-	-	-	48,7	50,9	38,1	37,1	34,6	34,3	34,3	34,2
Tschechien	-	-	-	54,5	41,8	45,0	43,9	42,6	42,0	41,8	41,3
Ungarn	-	-	-	-	46,5	50,1	51,9	49,8	48,9	49,0	49,1
Vereinigtes Königreich	47,6	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	44,4	45,8	47,2	48,2
EU-27	-	-	-	-	-	46,8	46,3	45,8	46,2	46,9	47,1
USA	34,1	36,8	37,1	37,0	34,2	36,6	36,5	37,4	38,8	40,8	42,6
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,0	36,4	37,0	38,2	39,3

<sup>1</sup>1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: November 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Eu-Haushalt 2008 <sup>1</sup>				EU-Haushalt 2009 <sup>2</sup>			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Rubrik</b>								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56 314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1625,9	1,2	1488,9	1,3	1514,9	1,1	1296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7279,2	5,6	7279,8	6,3	7700,7	5,8	7700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>131 079,6</b>	<b>100,0</b>	<b>115 771,3</b>	<b>100,0</b>	<b>133 846,0</b>	<b>100,0</b>	<b>116 096,1</b>	<b>100,0</b>

<sup>1</sup> EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

<sup>2</sup> EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

<b>Rubrik</b>	<b>Differenz in %</b>		<b>Differenz in Mio. €</b>	
	<b>SP. 6/2</b>	<b>Sp. 8/4</b>	<b>Sp. 6-2</b>	<b>Sp. 8-4</b>
<b>10</b>	<b>11</b>	<b>12</b>	<b>13</b>	
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1853,9	267,8
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	- 1,2	- 193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	- 12,9	- 111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>2,1</b>	<b>0,3</b>	<b>2 766,3</b>	<b>324,8</b>

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2009

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mio. €									
		Januar 2008			Dezember 2008			Januar 2009			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte										
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>										
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>16 652</b>	<b>20 808</b>	<b>35 778</b>	<b>270 477</b>	<b>274 590</b>	<b>528 056</b>	<b>17 472</b>	<b>21 947</b>	<b>37 798</b>	
111	darunter: Steuereinnahmen	14 534	16 593	31 126	239 231	206 772	446 003	15 620	17 633	33 253	
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	10 785 <sup>3</sup>	7 869	18 654	228 795 <sup>3</sup>	68 204	296 999	18 741 <sup>3</sup>	10 777	29 518	
12	<b>Bereinigte Ausgabe<sup>1</sup></b>										
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>40 061</b>	<b>27 160</b>	<b>65 539</b>	<b>282 308</b>	<b>273 861</b>	<b>539 158</b>	<b>39 796</b>	<b>29 852</b>	<b>68 027</b>	
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	2 767	10 667	13 434	27 012	95 860	122 873	3 130	10 651	13 781	
122	Bauausgaben	195	123	318	5 777	4 537	10 314	161	100	261	
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-17	-17	-	33	33	-	-29	-29	
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	-17 928	15 144	-2 784	218 180	74 178	292 358	18 917	8 017	26 934	
13	<b>Mehr. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-23 409</b>	<b>-6 352</b>	<b>-29 761</b>	<b>-11 832</b>	<b>730</b>	<b>-11 102</b>	<b>-22 324</b>	<b>-7 905</b>	<b>-30 229</b>	
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	273	273	-	-	-	-	487	487	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	65	65	-	-	-	-	133	133	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	208	208	-	-	-	-	354	354	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup>	-7 146	-7 773	-14 919	11 832	-7 626	4 205	-283	-3 842	-4 125	
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)										
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	1 135	1 135	-	-	-	-	-4 061	-4 061	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	510	510	-	2 343	2 343	-	2 343	2 343	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.										
31	Verwahrungen	17 466	11 890	29 357	-305	16 936	16 632	9 801	16 000	25 801	
32	Vorschüsse	-	18 573	18 573	-	35 300	35 300	-	19 145	19 145	
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	9 573	9 573	-	13 252	13 252	-	12 684	12 684	
34	Saldo (31+32+33)	17 466	2 891	20 357	-305	-5 112	-5 416	9 801	9 539	19 340	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**noch Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2009**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mio. €									
		Januar 2008			Dezember 2008			Januar 2009			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-13 089	-9 381	-22 470	-305	-9 665	-9 970	-12 806	-3 572	-16 378	
5	Schwebende Schulden										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	13 089	3 801	16 890	305	3 556	3 861	12 806	2 624	15 431	
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	933	933	-	-	-	-	300	300	
56	Zusammen	13 089	4 734	17 823	305	3 556	3 861	12 806	2 924	15 731	
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-4 647	-4 647	0	-6 109	-6 109	0	-648	-648	
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)										
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	1 127	1 127	-	1 522	1 522	-	2 117	2 117	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes-hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	2 620	2 620	-	2 533	2 533	-	1 970	1 970	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

<sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**noch Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2009**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mio. €									
		Februar 2008			Januar 2009			Februar 2009			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte										
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>										
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>37 051</b>	<b>41 852</b>	<b>76 078</b>	<b>17 472</b>	<b>21 947</b>	<b>37 798</b>	<b>36 464</b>	<b>39 353</b>	<b>73 147</b>	
111	darunter: Steuereinnahmen	32 519	32 814	65 333	15 620	17 633	33 253	32 912	32 470	65 383	
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	34 010 <sup>3</sup>	11 561	45 572	18 741 <sup>3</sup>	10 777	29 518	32 079 <sup>3</sup>	15 919	47 998	
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>										
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>58 463</b>	<b>46 903</b>	<b>102 542</b>	<b>39 796</b>	<b>29 852</b>	<b>68 027</b>	<b>57 615</b>	<b>49 341</b>	<b>104 287</b>	
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	4 885	18 283	23 168	3 130	10 651	13 781	5 193	18 486	23 679	
122	Bauausgaben	422	319	740	161	100	261	328	265	593	
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	11	11	-	-29	-29	-	-31	-31	
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	-40 284	23 246	-17 039	18 917	8 017	26 934	30 574	14 521	45 095	
13	<b>Mehrrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>-21 413</b>	<b>-5 051</b>	<b>-26 464</b>	<b>-22 324</b>	<b>-7 905</b>	<b>-30 229</b>	<b>-21 151</b>	<b>-9 989</b>	<b>-31 140</b>	
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	278	278	-	487	487	-	477	477	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	54	54	-	133	133	-	1315	1315	
16	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	224	224	-	354	354	-	-838	-838	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup>	-6 277	-13 744	-20 021	-283	-3 842	-4 125	1391	-6 446	-5 055	
2	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres	-	747	747	-	-4 061	-4 061	-	-2 508	-2 508	
21	(ohne Auslaufperiode)	-	747	747	-	-4 061	-4 061	-	-2 508	-2 508	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	510	510	-	2 343	2 343	-	2 343	2 343	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.										
31	Verwahrungen	6 107	15 227	21 335	9 801	16 000	25 801	7 585	21 164	28 749	
32	Vorschüsse	-	17 998	17 998	-	19 145	19 145	-	19 265	19 265	
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	11 064	11 064	-	12 684	12 684	-	13 716	13 716	
34	Saldo (31+32+33)	6 107	8 293	14 400	9 801	9 539	19 340	7 585	15 616	23 201	
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden										
	(13+16+17+21+22+34)	-21 582	-9 022	-30 604	-12 806	-3 572	-16 378	-12 175	-1 821	-13 996	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 1: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Februar 2009

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mio. €								
		Februar 2008			Januar 2009			Februar 2009		
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	21 583	4 402	25 984	12 806	2 624	15 431	12 175	5 022	17 197
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	763	763	-	300	300	-	737	737
56	Zusammen	21 583	5 165	26 747	12 806	2 924	15 731	12 175	5 759	17 934
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-3 857	-3 857	0	-648	-648	0	3 938	3 938
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	1 963	1 963	-	2 117	2 117	-	1 292	1 292
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	3 771	3 771	-	1 970	1 970	-	2 895	2 895

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokreditentlastung.

<sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentlastung.

<sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2009

		Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>7</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte										
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>										
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>2 674,0</b>	<b>3 526,9</b>	<b>575,5</b>	<b>2 073,4</b>	<b>411,1</b>	<b>1 660,8</b>	<b>4 633,8</b>	<b>989,2</b>	<b>240,0</b>	
111	darunter: Steuereinnahmen	2 266,0	2 938,2	500,0	1 897,5	260,1	1 260,4	3 741,3	709,1	221,7	
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	44,1	20,8	-	25,3	4,8	
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	3 856,0	2 799,5 <sup>3</sup>	-	-	-	510,0	2 661,4	1 467,9	-153,8	
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>										
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>3 251,2</b>	<b>6 659,2 <sup>b</sup></b>	<b>873,9</b>	<b>2 078,2</b>	<b>650,5</b>	<b>1 992,0</b>	<b>5 190,5</b>	<b>1 540,2</b>	<b>516,1</b>	
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	1 889,9	2 152,8	265,4	609,3	50,0	737,9 <sup>3</sup>	1 552,4 <sup>3</sup>	695,6	179,1	
122	Bauausgaben	12,1	33,3	0,9	5,7	4,7	3,8	0,2	0,9	-	
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	173,2	252,0	-	231,0	-	-	-	-	-	
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	-1 989,1	1 092,9	304,4	617,3	65,6	1 613,9	1 814,1	1 270,1	95,3	
13	<b>Mehrrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 577,2</b>	<b>-3 132,3</b>	<b>- 298,4</b>	<b>- 4,8</b>	<b>- 239,4</b>	<b>- 331,2</b>	<b>- 556,7</b>	<b>- 551,0</b>	<b>- 276,2</b>	
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	260,8	-	-	-	-	-	-0,5	-	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-17,6	-	-	-	-	-	12,6	-	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	278,4	-	-	-	-	-	-13,1	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup>	1 871,3	1 700,9	-263,0	-619,9	-65,5	-1 103,8	-1 820,2	199,9	-252,5	
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)										
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	744,1	-1 733,6	-	-1 791,7	-	-	-	-1 602,7	-	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	796,6	863,3	-	-	-	-	-	-	-	
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.										
31	Verwahrungen	3 342,4	2 740,5	-65,8	1 120,9	-89,9	74,2	4 035,4	598,4	525,1	
32	Vorschüsse	7 057,6	6 748,5	-32,7	154,6	0,8	525,6	53,6	1 207,8	54,5	
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	742,2	6 031,2	-	690,2	273,3	1 558,6	38,1	2,1	14,3	
34	Saldo (31+32+33)	-2 973,0	2 023,2	-33,1	1 656,5	182,6	1 107,2	4 019,9	-607,3	484,8	
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-138,2	0,0	-594,5	-759,9	-122,3	-327,8	27,2	-958,3	-43,8	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2009

		Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>7</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	285,1	60,0	105,0	-	413,0	959,0	33,1
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	300,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	285,1	360,0	105,0	-	413,0	959,0	33,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 138,2	0,0	- 309,4	- 399,9	- 17,3	- 327,8	440,2	0,7	- 10,7
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	-	-	-	-	1 117,2	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	1 558,6	19,0	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Ohne Februar-Bezüge.

<sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

<sup>5</sup> SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

<sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

<sup>7</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 1.979,5 Mio. €, b) 3.008,1 Mio. €.

<sup>8</sup> HB - Umsetzung der Haushaltstechnik durch Rückgabe von nicht benötigten Mitteln wegen verzögerten Bauablaufes.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2009

		Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>1 104,0</b>	<b>568,1</b>	<b>680,2</b>	<b>855,9</b>	<b>1 396,4</b>	<b>187,8</b>	<b>1 054,5</b>	<b>21 946,5</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	769,0	407,2	560,4	533,3	780,0	103,1	685,9	17 633,2
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	89,3	52,0	-	51,9	355,6	41,3	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	-2 385,2	1 410,3	- 4,7	15,0	1 021,5	-301,8	- 119,1	10 777,0
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>1 237,8</b>	<b>866,2</b>	<b>936,9</b>	<b>1 210,3</b>	<b>1 973,3</b>	<b>440,5</b>	<b>1 120,1</b>	<b>29 851,8</b>
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	347,4	178,4	449,3	177,2	819,9	122,5	424,0	10 651,1
122	Bauausgaben	9,5	4,9	3,1	3,1	3,5	- 3,8 <sup>8</sup>	17,8	99,7
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	- 28,9
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	211,9	1 072,6	256,3	131,1	1 332,3	128,3	-	8 017,0
13	<b>Mehrrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 133,8</b>	<b>- 298,0</b>	<b>- 256,7</b>	<b>- 354,4</b>	<b>- 576,9</b>	<b>- 252,7</b>	<b>- 65,6</b>	<b>- 7 905,3</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	78,6	-	-	-	-	148,1	-	487,0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	- 2,6	-	-	-	-	140,7	-	133,1
16	Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	81,2	-	-	-	-	7,4	-	353,9
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup>	-2 610,8	358,9	- 261,7	- 109,9	- 317,1	- 430,2	- 118,3	- 3 841,9
2	<b>Mehrreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)</b>								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	656,2	-	-	460,5	-	- 14,6	- 779,1	- 4 060,9
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	683,2	-	-	-	-	-	-	2 343,1
3	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>								
31	Verwahrungen	709,5	782,4	0,0	- 70,2	164,1	100,7	2 032,4	16 000,1
32	Vorschüsse	2 092,3	999,0	0,0	41,3	-	70,3	171,9	19 145,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 599,9	- 1,9	0,0	71,9	387,3	307,8	- 31,2	12 683,8
34	Saldo (31+32+33)	1 217,1	- 218,5	0,0 <sup>5</sup>	- 39,6	551,4	338,2	1 829,3	9 538,7
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 106,9	- 157,6	- 518,4	- 43,4	- 342,6	- 351,9	866,3	- 3 572,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**noch Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2009**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mio. €							Länder zusammen
		Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	140,0	-	42,3	351,8	133,0	102,0	2 624,3
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	300,0
56	Zusammen	-	140,0	-	42,3	351,8	133,0	102,0	2 924,3
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 106,9	- 17,6	- 518,4	- 1,1	9,2	- 218,8	968,3	- 647,7
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	-	-	-	-	-	999,5	2 116,7
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	387,3	36,1	- 31,2	1 969,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup>Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

<sup>3</sup>Ohne Februar-Bezüge.

<sup>4</sup>Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

<sup>5</sup>SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

<sup>6</sup>Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

<sup>7</sup>BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 1.979,5 Mio. €, b) 3.008,1 Mio. €.

<sup>8</sup>HB - Umsetzung der Haushaltstechnik durch Rückgabe von nicht benötigten Mitteln wegen verzögerten Bauablaufes.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2009

		Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>7</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte										
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>										
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>4 775,6</b>	<b>6 303,6</b>	<b>1 349,9</b>	<b>2 999,2</b>	<b>928,9</b>	<b>4 000,3</b>	<b>7 256,3</b>	<b>1 984,9</b>	<b>378,8</b>	
111	darunter: Steuereinnahmen	4 061,2	5 337,2	1 095,9	2 608,5	633,6	3 009,1	6 248,0	1 484,2	340,8	
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	88,3	30,2	-	63,9	8,6	
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	3 856,0	3 243,5 <sup>a</sup>	144,1	-	-532,3	635,0	3 967,0	1 599,6	179,5	
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>										
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>5 353,4</b>	<b>9 406,5 <sup>b</sup></b>	<b>1 667,6</b>	<b>3 585,9</b>	<b>1 181,7</b>	<b>3 744,0</b>	<b>8 181,4</b>	<b>2 726,2</b>	<b>785,8</b>	
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	2 977,0	3 451,7	427,1	1 203,4	243,1	1 467,1 <sup>3</sup>	3 106,5 <sup>3</sup>	1 087,8	278,0	
122	Bauausgaben	34,1	76,5	2,0	11,6	6,9	6,8	9,0	2,1	0,1	
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	426,3	504,0	-	494,3	-	-	-	-	-	
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	-2 153,1	1 214,9	470,8	793,2	366,7	1 643,8	4 087,5	1 916,1	310,3	
13	<b>Mehrinn.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 577,8</b>	<b>-3 102,9</b>	<b>- 317,7</b>	<b>- 586,7</b>	<b>- 252,8</b>	<b>256,3</b>	<b>- 925,1</b>	<b>- 741,3</b>	<b>- 407,0</b>	
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	260,8	-	-	-	-	-	2,0	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	- 17,6	-	-	-	-	-	1 206,5	-	-
16	Mehrinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	278,4	-	-	-	-	-	-1 204,5	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup>	1 707,6	2 018,5	- 131,7	- 792,6	- 898,6	- 1 008,8	- 4 102,8	- 285,4	- 134,1	
2	Mehrinnahmen (+), Mehrausgaben (-)										
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahrs (ohne Auslaufperiode)	744,1	- 1 733,6	-	- 1 314,1	-	-	-	- 1 615,8	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	796,6	863,3	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.										
31	Verwahrungen	3 477,5	1 708,6	60,9	1 166,9	637,8	63,9	7 003,5	312,3	485,5	
32	Vorschüsse	7 101,5	6 067,8	134,5	175,9	0,7	521,4	172,1	835,9	- 30,0	
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	745,8	6 035,6	-	711,1	273,3	1 733,8	7,5	2,4	16,3	
34	Saldo (31+32+33)	-2 878,2	1 676,4	- 73,6	1 702,1	910,4	1 276,3	6 838,9	- 521,3	531,8	
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden										
	(13+16+17+21+22+34)	- 207,7	0,0	- 523,0	- 991,3	- 241,0	523,8	- 1 009,3	- 1 547,9	- 9,3	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2009

		Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>7</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh.- Westf.	Rheinl.- Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	388,2	577,0	93,5	-	964,0	1 548,6	242,2
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	612,0	125,0	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	388,2	1 189,0	218,5	-	964,0	1 548,6	242,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-207,7	0,0	-134,8	197,7	-22,5	523,8	-45,3	0,7	232,9
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	-	-	-	-	1 292,4	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	1 733,8	-12,4	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Ohne Februar-Bezüge.

<sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

<sup>5</sup> SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

<sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

<sup>7</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 1.979,5 Mio. €, b) 3.008,1 Mio. €.

<sup>8</sup> HB - Umsetzung der Haushaltstechnik durch Rückgabe von nicht benötigten Mitteln wegen verzögerten Bauablaufes.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2009

		Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>2 125,8</b>	<b>1 242,6</b>	<b>1 265,8</b>	<b>1 177,0</b>	<b>3 011,2</b>	<b>581,7</b>	<b>1 427,0</b>	<b>39 352,9</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	1 535,4	924,8	1 047,4	853,4	1 715,4	393,7	1 181,6	32 470,2
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	178,6	104,0	-	103,9	765,5	112,7	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	-2 365,2	1 612,6	1 548,9	75,0	2 795,5	-59,2	-781,3	15 918,7
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>2 346,2</b>	<b>1 475,7</b>	<b>1 652,7</b>	<b>2 277,8</b>	<b>3 630,6</b>	<b>760,3</b>	<b>2 021,3</b>	<b>49 341,4</b>
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	609,0	356,0	699,1	352,3	1 313,7	227,9	686,1	18 485,8
122	Bauausgaben	38,4	10,0	19,2	9,2	8,0	-2,6 <sup>8</sup>	33,7	265,0
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-31,1
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	337,5	1 271,7	726,7	331,1	2 469,7	733,8	-	14 520,7
13	<b>Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 220,4</b>	<b>- 233,1</b>	<b>- 386,9</b>	<b>-1 100,8</b>	<b>- 619,4</b>	<b>- 178,6</b>	<b>- 594,3</b>	<b>-9 988,5</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	78,6	-	-	-	-	136,0	-	477,4
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-2,6	-	-	-	-	128,6	-	1 314,9
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	81,2	-	-	-	-	7,4	-	-837,5
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse / Landeshauptkassen <sup>2</sup>	-2 714,4	366,3	827,3	88,6	186,4	-793,0	-779,0	-6 445,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres								
	(ohne Auslaufperiode)	656,2	-	-	460,6	-	-14,6	309,3	-2 507,9
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	683,2	-	-	-	-	-	-	2 343,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	547,4	782,9	0,0	168,4	-3,5	61,2	4 691,1	21 164,4
32	Vorschüsse	1 819,3	941,1	0,0	33,2	-	68,5	1 422,7	19 264,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 707,7	0,1	0,0	71,9	385,5	278,0	747,0	13 716,0
34	Saldo (31-32+33)	1 435,8	-158,0	0,0 <sup>5</sup>	207,1	382,0	270,8	4 015,4	15 615,9
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden								
	(13+16+17+21+22+34)	-78,4	-24,8	440,4	-344,5	-50,9	-708,0	2 951,4	-1 820,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

**noch Tabelle 2: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Februar 2009**

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mio. €							Länder zusammen
		Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw.- Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	343,9	60,8	681,5	122,0	5 021,7
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	737,0
56	Zusammen	-	-	-	343,9	60,8	681,5	122,0	5 758,7
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 78,4	- 24,8	440,4	- 0,6	9,9	- 26,4	3 073,4	3 938,3
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	-	-	-	-	-	-	1 292,4
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	385,5	40,7	747,0	2 894,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Ohne Februar-Bezüge.

<sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

<sup>5</sup> SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

<sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

<sup>7</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 1.979,5 Mio. €, b) 3.008,1 Mio. €.

<sup>8</sup> HB - Umsetzung der Haushaltstechnik durch Rückgabe von nicht benötigten Mitteln wegen verzögerten Bauablaufes.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	in Mio.	Veränderung in % p.a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,9	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,0	2,3	2,5	18,2
2007	39,8	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,7	0,6	18,7
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,2
2003/98	38,8	0,4	51,2	3,5	8,3	1,2	0,8	1,7	20,0
2008/03	39,3	0,8	52,4	3,9	9,1	1,7	0,9	1,0	18,2

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

<sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 2: Preisentwicklung**

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
Veränderung in % p.a.							
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,5	0,7	-1,4	1,2	1,6	1,6	-0,8
2006	3,5	0,5	-1,3	1,0	1,3	1,6	-1,2
2007	4,4	1,9	0,7	1,7	1,8	2,3	0,4
2008	2,9	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,1
2003/98	1,9	0,7	-0,3	0,8	1,1	1,3	0,6
2008/03	2,9	1,1	-0,6	1,4	1,6	1,9	0,0

<sup>1</sup>Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.<sup>2</sup>Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>**

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p.a.		Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,4	8,8	119,6	119,1	41,1	35,7	5,3	5,3
2006	14,3	14,9	131,5	145,6	45,3	39,7	5,7	6,3
2007	8,0	4,9	171,0	184,5	46,9	39,9	7,1	7,6
2008	3,5	5,6	157,1	165,2	47,2	40,9	6,3	6,6
2003/98	6,5	5,0	46,3	4,3	32,9	30,7	2,2	0,2
2008/03	8,8	8,3	129,7	127,6	42,4	36,9	5,6	5,5

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 4: Einkommensverteilung**

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
	Veränderung in % p.a.			in %		Veränderung in % p.a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,5	5,9	-0,6	66,6	68,2	0,3	-1,1
2006	4,1	8,7	1,7	65,1	66,7	0,9	-1,5
2007	3,5	4,5	3,0	64,8	66,3	1,6	-0,5
2008	2,9	1,7	3,6	65,2	66,7	2,3	-0,7
2003/98	1,8	1,5	1,9	71,3	72,2	1,5	0,6
2008/03	3,3	7,0	1,6	66,7	68,2	1,1	-0,6

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich**

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>1,2</b>	<b>0,8</b>	<b>3,0</b>	<b>2,5</b>	<b>1,3</b>	<b>- 2,3</b>	<b>0,7</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	3,0	1,8	3,0	2,8	1,3	- 1,9	0,3
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,9	2,9	4,5	4,0	2,9	0,2	0,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,3	3,6	3,9	3,7	1,2	- 2,0	- 0,2
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	2,5	1,9	2,2	2,2	0,7	- 1,8	0,4
Irland	3,1	7,6	9,8	9,3	4,7	6,4	5,7	6,0	- 2,0	- 5,0	0,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	1,5	0,6	1,8	1,5	- 0,6	- 2,0	0,3
Zypern	—	—	9,9	5,0	4,2	3,9	4,1	4,4	3,6	1,1	2,0
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	4,5	5,2	6,4	5,2	1,0	- 0,9	1,4
Malta	—	—	6,2	6,4	1,2	3,5	3,2	3,9	2,1	0,7	1,3
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,2	2,0	3,4	3,5	1,9	- 2,0	0,2
Österreich	2,6	4,6	1,4	3,7	2,5	2,9	3,4	3,1	1,7	- 1,2	0,6
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	1,5	0,9	1,4	1,9	0,2	- 1,6	- 0,2
Slowakei	—	—	5,8	1,4	5,2	6,5	8,5	10,4	7,1	2,7	3,1
Slowenien	—	—	4,1	4,1	4,3	4,3	5,9	6,8	4,0	0,6	2,3
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	3,7	2,8	4,9	4,5	1,5	- 1,2	1,2
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	2,2	1,7	2,9	2,7	0,9	- 1,9	0,4
Bulgarien	—	—	2,9	5,4	6,6	6,2	6,3	6,2	6,4	1,8	2,5
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,3	2,4	3,3	1,6	- 0,6	- 1,0	0,6
Estland	—	—	4,5	9,6	7,5	9,2	10,4	6,3	- 2,4	- 4,7	1,2
Lettland	—	—	- 0,9	6,9	8,7	10,6	12,2	10,3	- 2,3	- 6,9	- 2,4
Litauen	—	—	3,3	4,2	7,4	7,8	7,8	8,9	3,4	- 4,0	- 2,6
Polen	—	—	7,0	4,3	5,3	3,6	6,2	6,7	5,0	2,0	2,4
Rumänien	—	—	7,1	2,1	8,5	4,2	7,9	6,2	7,8	1,8	2,5
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	4,1	3,3	4,2	2,5	0,5	- 1,4	1,2
Tschechien	—	—	5,9	3,6	4,5	6,3	6,8	6,0	4,2	1,7	2,3
Ungarn	—	—	1,5	5,2	4,8	4,0	4,1	1,1	0,9	- 1,6	1,0
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,0	3,9	2,8	2,1	2,8	3,0	0,7	- 2,8	0,2
EU	2,5	2,9	2,6	3,9	2,5	2,0	3,1	2,9	1,0	- 1,8	0,3
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	2,7	1,9	2,0	2,4	- 0,1	- 2,4	- 0,2
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	3,6	2,9	2,8	2,0	1,2	- 1,6	1,7

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Interimsprognose, Januar 2009.

Stand: Januar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich**

Land	jährige Veränderungen in %						
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,3</b>	<b>2,8</b>	<b>0,8</b>	<b>1,4</b>
Belgien	1,9	2,5	2,3	1,8	4,5	1,1	2,0
Griechenland	3,0	3,5	3,3	3,0	4,2	2,5	2,7
Spanien	3,1	3,4	3,6	2,8	4,1	0,6	2,4
Frankreich	2,3	1,9	1,9	1,6	3,2	0,8	1,5
Irland	2,3	2,2	2,7	2,9	3,1	0,7	1,8
Italien	2,3	2,2	2,2	2,0	3,5	1,2	2,2
Zypern	1,9	2,0	2,2	2,2	4,4	2,0	2,3
Luxemburg	3,2	3,8	3,0	2,7	4,1	0,6	2,5
Malta	2,7	2,5	2,6	0,7	4,6	1,9	2,2
Niederlande	1,4	1,5	1,7	1,6	2,2	1,9	1,8
Österreich	2,0	2,1	1,7	2,2	3,3	1,2	1,6
Portugal	2,5	2,1	3,0	2,4	2,7	1,0	2,0
Slowakei	7,5	2,8	4,3	1,9	4,0	2,9	3,5
Slowenien	3,7	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	2,8
Finnland	0,1	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8	1,8
Euroraum	2,2	2,2	2,2	2,1	3,3	1,0	1,8
Bulgarien	6,1	6,0	7,4	7,6	12,0	5,4	4,8
Dänemark	0,9	1,7	1,9	1,7	3,6	1,6	1,9
Estland	3,0	4,1	4,4	6,7	10,6	3,2	2,7
Lettland	6,2	6,9	6,6	10,1	15,3	6,8	2,4
Litauen	1,2	2,7	3,8	5,8	11,1	5,6	4,8
Polen	3,6	2,2	1,3	2,6	4,2	2,9	2,5
Rumänien	11,9	9,1	6,6	4,9	7,9	5,7	4,0
Schweden	1,0	0,8	1,5	1,7	3,3	0,7	1,0
Tschechien	2,6	1,6	2,1	3,0	6,3	2,6	2,3
Ungarn	6,8	3,5	4,0	7,9	6,1	2,8	2,2
Vereinigtes Königreich	1,3	2,1	2,3	2,3	3,4	0,1	1,1
EU	2,3	2,3	2,3	2,4	3,7	1,2	1,9
Japan	- 0,7	- 0,8	- 0,2	- 0,4	0,6	- 1,4	- 0,5
USA	2,6	2,9	2,8	2,6	3,4	0,4	0,7

Quellen: EU-Kommission, Interimsprognose, Januar 2009.

Stand: Januar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich**

Land	In % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,5</b>	<b>9,8</b>	<b>10,7</b>	<b>9,8</b>	<b>8,4</b>	<b>7,1</b>	<b>7,7</b>	<b>8,1</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,4	8,5	8,3	7,5	6,9	8,0	9,2
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	10,5	9,9	8,9	8,3	8,3	9,0	9,4
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	11,3	16,1	18,7
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	7,8	9,8	10,6
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,4	4,5	4,6	6,5	9,7	10,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,1	7,7	6,8	6,1	6,7	8,2	8,7
Zypern	—	—	2,6	4,9	4,7	5,3	4,6	4,0	3,9	5,1	5,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	5,0	4,6	4,6	4,1	4,1	4,9	5,8
Malta	—	4,8	4,9	6,7	7,4	7,2	7,1	6,4	6,5	7,4	7,9
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,6	4,7	3,9	3,2	2,9	4,1	5,5
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,9	5,2	4,8	4,4	4,1	5,1	6,1
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	6,7	7,7	7,8	8,1	7,8	8,8	9,1
Slowakei	—	—	13,2	18,8	18,2	16,3	13,4	11,1	9,8	10,6	10,5
Slowenien	—	—	6,9	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,5	5,2	5,2
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,8	8,4	7,7	6,9	6,4	7,8	8,0
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,4	9,0	9,0	8,3	7,5	7,5	9,3	10,2
Bulgarien	—	—	12,7	16,4	12,1	10,1	9,0	6,9	6,0	6,3	6,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,5	4,8	3,9	3,8	3,5	4,5	5,6
Estland	—	—	9,7	12,8	9,7	7,9	5,9	4,7	5,1	8,8	9,7
Lettland	—	0,5	18,9	13,7	10,4	8,9	6,8	6,0	6,5	10,4	11,4
Litauen	—	0,0	6,9	16,4	11,4	8,3	5,6	4,3	5,4	8,8	10,2
Polen	—	—	13,2	16,1	19,0	17,8	13,9	9,6	7,4	8,4	9,6
Rumänien	—	—	6,1	7,3	8,1	7,2	7,3	6,4	6,2	7,0	6,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,2	7,9	8,7
Tschechien	—	—	3,9	8,7	8,3	7,9	7,2	5,3	5,0	5,7	6,6
Ungarn	—	—	10,0	6,4	6,1	7,2	7,5	7,4	7,7	8,8	9,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,7	4,8	5,4	5,3	5,7	8,2	8,1
EU	9,4	7,2	10,0	8,7	9,0	8,9	8,2	7,1	7,0	8,7	9,5

## Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Interimsprognose, Januar 2009.

Stand: Januar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern**

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</b>	<b>8,2</b>	<b>8,6</b>	<b>7,2</b>	<b>5,7</b>	<b>9,5</b>	<b>9,7</b>	<b>15,6</b>	<b>12,6</b>	<b>7,5</b>	<b>4,4</b>	<b>5,5</b>	<b>3,0</b>
darunter												
Russische Föderation	7,4	8,1	7,0	5,5	9,7	9,0	14,0	12,0	9,5	5,9	6,5	3,4
Ukraine	7,3	7,6	6,4	2,5	9,1	12,8	25,3	18,8	-1,5	-3,7	-7,2	-9,2
<b>Asien</b>	<b>9,2</b>	<b>9,3</b>	<b>7,7</b>	<b>7,1</b>	<b>3,8</b>	<b>4,9</b>	<b>7,3</b>	<b>5,8</b>	<b>5,8</b>	<b>6,8</b>	<b>5,2</b>	<b>5,0</b>
darunter												
China	11,6	11,9	9,7	9,3	1,5	4,8	6,4	4,3	9,4	11,3	9,5	9,2
Indien	9,8	9,3	7,9	6,9	6,2	6,4	7,9	6,7	-1,1	-1,4	-2,8	-3,1
Indonesien	5,5	6,3	6,1	5,5	13,1	6,2	9,8	8,8	3,0	2,5	0,1	-0,1
Korea	5,1	5,0	4,1	3,5	2,2	2,5	4,8	4,0	0,6	0,6	-1,3	-0,7
Thailand	5,1	4,8	4,7	4,5	4,6	2,2	5,7	3,2	1,1	6,4	3,1	2,0
<b>Lateinamerika</b>	<b>5,4</b>	<b>5,6</b>	<b>4,6</b>	<b>3,1</b>	<b>5,2</b>	<b>5,3</b>	<b>7,6</b>	<b>7,1</b>	<b>1,8</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,5</b>	<b>-1,3</b>
darunter												
Argentinien	8,5	8,7	6,5	3,6	10,9	8,8	9,1	9,1	2,6	1,7	0,8	-0,6
Brasilien	3,8	5,4	5,2	3,5	4,2	3,6	5,7	5,1	1,3	0,1	-1,8	-2,0
Chile	4,3	5,1	4,5	3,8	3,4	4,4	8,9	6,5	4,7	4,4	-1,1	-0,9
Mexiko	4,9	3,2	2,1	1,8	3,6	4,0	4,9	4,2	-0,2	-0,6	-1,4	-2,2
<b>Sonstige</b>												
Türkei	6,9	4,6	3,5	3,0	9,6	8,8	10,5	8,4	-6,0	-5,7	-6,5	-6,7
Südafrika	5,4	5,1	3,8	3,3	4,7	7,1	11,8	8,0	-6,5	-7,3	-8,0	-8,1

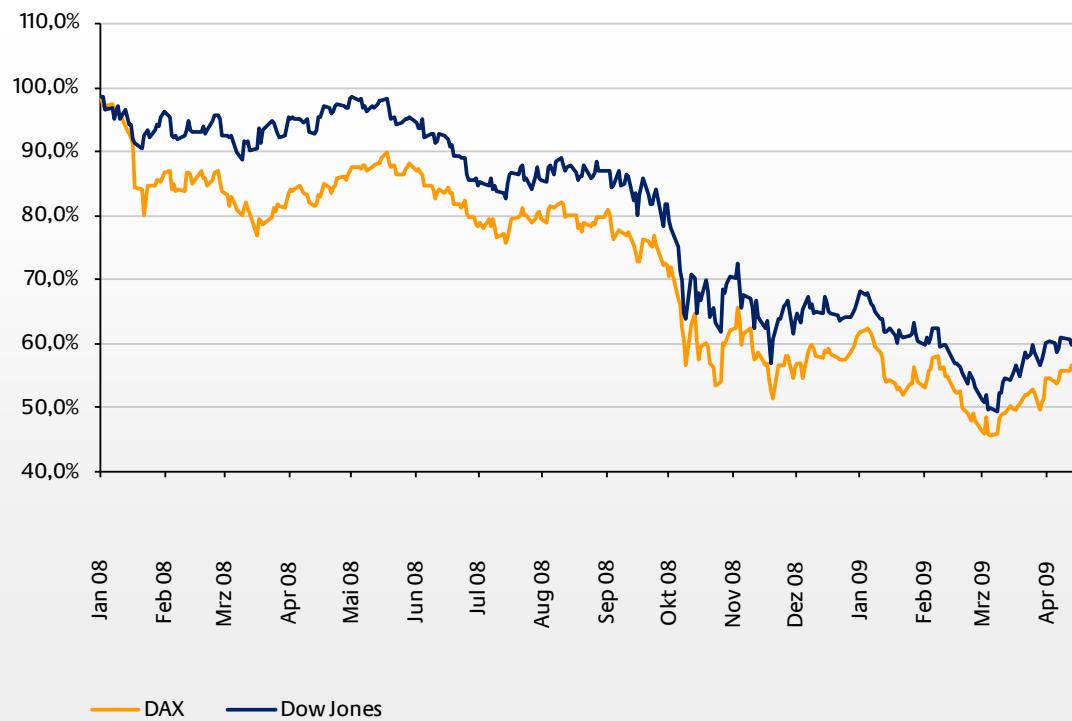
<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2008 in veröffentlichter Form.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Abbildung 1: Entwicklung von DAX und Dow Jones  
Eröffnungskurs 2. Januar 2008 =100%  
(2. Januar 2008 - 15. April 2009)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

<b>Aktienindices</b>	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.04.2009	2008	zu Ende 2008	2008 / 2009	2008 / 2009
Dow Jones	8 030	8 776	-8,51	6 547	13 058
Eurostoxx 50	1 938	2 065	-6,18	1 615	3 635
Dax	4 550	4 810	-5,41	3 666	7 949
CAC 40	2 986	3 218	-7,22	2 519	5 550
Nikkei	8 743	8 860	-1,32	7 055	14 691
<b>Renditen staatlicher Benchmarkanleihen</b>					
10 Jahre	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
	15.04.2009	2008	US-Bond	2008 / 2009	2008 / 2009
USA	2,77	2,22	-	2,06	4,26
Bund	3,15	2,94	0,38	2,91	4,67
Japan	1,43	1,17	-1,34	1,17	1,88
Brasilien	12,71	12,56	9,94	11,71	17,91
<b>Währungen</b>					
	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15.04.2009	2008	zu Ende 2008	2008 / 2009	2008 / 2009
Dollar/Euro	1,32	1,40	-5,44	1,25	1,60
Yen/Dollar	99,44	90,62	9,73	87,36	111,62
Yen/Euro	131,50	126,73	3,76	114,91	169,56
Pfund/Euro	0,88	0,96	-7,70	0,73	0,98

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Europa/EU-27**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	2,5	1,3	-2,3	0,7	2,3	2,8	0,8	1,4	8,4	7,1	7,7	8,1
OECD	2,6	1,4	-0,8	1,2	2,3	2,9	1,1	1,3	8,3	7,4	8,1	8,6
IWF	2,5	1,3	-2,5	0,1	2,3	2,9	1,4	-	8,4	7,4	8,0	-
<b>USA</b>												
EU-KOM	2,0	1,2	-1,6	1,7	2,6	3,4	0,4	0,7	-	-	-	-
OECD	2,0	1,4	-0,9	1,6	2,9	4,3	1,6	1,5	4,6	5,7	7,3	7,5
IWF	2,0	1,1	-1,6	1,6	2,9	4,2	1,8	-	4,6	5,6	6,9	-
<b>Japan</b>												
EU-KOM	2,4	-0,1	-2,4	-0,2	-0,4	0,6	-1,4	-0,5	-	-	-	-
OECD	2,1	0,5	-0,1	0,6	0,1	1,4	0,3	-0,1	3,9	4,1	4,4	4,4
IWF	2,4	-0,3	-2,6	0,6	-	1,6	0,9	-	3,8	4,1	4,5	-
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	2,2	0,7	-1,8	0,4	1,6	3,2	0,8	1,5	8,3	7,8	9,8	10,6
OECD	2,1	0,9	-0,4	1,5	1,6	3,3	1,0	0,8	8,0	7,3	8,2	8,7
IWF	2,2	0,8	-1,9	0,7	1,6	3,4	1,6	-	8,3	7,7	8,3	-
<b>Italien</b>												
EU-KOM	1,5	-0,6	-2,0	0,3	2,0	3,5	1,2	2,2	6,1	6,7	8,2	8,7
OECD	1,4	-0,4	-1,0	0,8	2,0	3,5	1,5	1,5	6,2	6,9	7,8	8,0
IWF	1,5	-0,6	-2,1	-0,1	2,0	3,4	1,9	-	6,2	6,7	6,6	-
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	3,0	0,7	-2,8	0,2	2,3	3,4	0,1	1,1	5,3	5,7	8,2	8,1
OECD	3,0	0,8	-1,1	0,9	2,3	3,7	2,7	1,9	5,4	5,5	6,8	8,2
IWF	3,0	0,7	-2,8	0,2	2,3	3,8	2,9	-	5,4	5,4	6,0	-
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,7	0,5	-0,5	2,1	2,1	2,6	1,2	1,0	6,0	6,1	7,0	7,5
IWF	2,7	0,6	-1,2	1,6	2,1	2,5	2,1	-	6,0	6,2	6,3	-
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	2,7	0,9	-1,9	0,4	2,1	3,3	1,0	1,8	7,5	7,5	9,3	10,2
OECD	2,6	1,0	-0,6	1,2	2,1	3,4	1,4	1,3	7,4	7,4	8,6	9,0
IWF	2,6	1,0	-2,0	0,2	2,1	3,5	1,9	-	7,4	7,6	8,3	-
EZB	2,6	1,0	-0,5	1,0	2,1	3,3	1,4	1,8	-	-	-	-
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	2,9	1,0	-1,8	0,5	2,4	3,7	1,2	1,9	7,1	7,0	8,7	9,5
IWF	3,1	1,3	-1,8	0,5	2,4	3,9	2,4	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 &amp; Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

IWF: WEO Update vom Januar 2009, nur für BIP.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro area; Dezember 2008 (nur BIP u. HICP sowie nur für den Euroraum).

Stand: Januar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	2,8	1,3	-1,9	0,3	1,8	4,5	1,1	2,0	7,5	6,9	8,0	9,2
OECD	2,6	1,5	-0,1	1,3	1,8	4,6	1,9	1,6	7,4	6,8	7,4	7,8
IWF	2,8	1,4	0,2	-	1,8	4,6	2,8	-	7,5	7,1	8,6	-
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	4,5	1,5	-1,2	1,2	1,6	3,9	1,8	1,8	6,9	6,4	7,8	8,0
OECD	4,4	2,1	0,6	1,8	1,6	4,0	1,9	1,6	6,9	6,2	6,5	6,8
IWF	4,5	2,5	1,6	-	1,6	3,9	2,5	-	6,8	6,2	6,2	-
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	4,0	2,9	0,2	0,7	3,0	4,2	2,5	2,7	8,3	8,3	9,0	9,4
OECD	4,0	3,2	1,9	2,5	3,0	4,5	2,7	2,4	8,1	7,6	8,0	8,2
IWF	4,0	3,2	2,0	-	3,0	4,4	3,1	-	8,3	7,7	8,3	-
<b>Irland</b>												
EU-KOM	6,0	-2,0	-5,0	0,0	2,9	3,1	0,7	1,8	4,6	6,5	9,7	10,7
OECD	6,0	-1,8	-1,7	2,6	2,9	3,1	0,9	0,9	4,6	5,9	7,7	7,8
IWF	6,0	-1,8	-0,6	-	2,9	3,5	2,4	-	4,5	5,7	7,0	-
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	5,2	1,0	-0,9	1,4	2,7	4,1	0,6	2,5	4,1	4,1	4,9	5,8
OECD	5,2	2,4	-0,5	1,9	2,7	4,5	1,9	1,7	4,4	4,5	6,5	7,0
IWF	4,5	2,3	1,8	-	2,3	3,7	1,8	-	4,4	4,4	4,8	-
<b>Malta</b>												
EU-KOM	3,9	2,1	0,7	1,3	0,7	4,6	1,9	2,2	6,4	6,5	7,4	7,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,7	2,8	2,3	-	0,7	3,7	2,2	-	6,4	6,5	7,0	-
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	3,5	1,9	-2,0	0,2	1,6	2,2	1,9	1,8	3,2	2,9	4,1	5,5
OECD	3,5	2,2	-0,2	0,8	1,6	2,3	1,8	1,6	3,3	3,1	3,7	4,1
IWF	3,5	2,3	1,0	-	1,6	2,9	2,6	-	3,2	2,8	2,9	-
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	3,1	1,7	-1,2	0,6	2,2	3,3	1,2	1,6	4,4	4,1	5,1	6,1
OECD	3,0	1,9	-0,1	1,2	2,2	3,3	1,1	0,8	5,1	4,9	5,7	6,0
IWF	3,1	2,0	0,8	-	2,2	3,5	2,3	-	4,4	4,2	4,4	-
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	1,9	0,2	-1,6	-0,2	2,4	2,7	1,0	2,0	8,1	7,8	8,8	9,1
OECD	1,9	0,5	-0,2	0,6	2,4	2,8	1,3	1,6	8,0	7,6	8,5	8,8
IWF	1,9	0,6	0,1	-	2,4	3,2	2,0	-	8,0	7,6	7,8	-

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	10,4	7,1	2,7	3,1	1,9	4,0	2,9	3,5	11,1	9,8	10,6	10,5
OECD	10,4	7,3	4,0	5,6	2,8	4,4	2,8	2,8	11,0	9,7	9,4	9,0
IWF	10,4	7,4	5,6	-	1,9	3,9	3,6	-	-	-	-	-
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	6,8	4,0	0,6	2,3	3,8	5,5	0,9	2,8	4,9	4,5	5,2	5,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,1	4,3	3,7	-	3,6	5,9	3,3	-	4,8	4,8	5,0	-
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	3,7	1,2	-2,0	-0,2	2,8	4,1	0,6	2,4	8,3	11,3	16,1	18,7
OECD	3,7	1,3	-0,9	0,8	2,8	4,4	1,8	1,5	8,3	10,9	14,2	14,8
IWF	3,7	1,2	-1,7	-0,1	2,8	4,5	2,6	-	8,3	11,2	14,7	-
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	4,4	3,6	1,1	2,0	2,2	4,4	2,0	2,3	4,0	3,9	5,1	5,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	4,4	3,4	2,8	-	2,2	4,6	3,5	-	3,9	3,9	3,9	-

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

IWF: WEO Update vom Januar 2009, nur für BIP (nur für Spanien).

Stand: Januar 2009.

□ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	6,2	6,4	1,8	2,5	7,6	12,0	5,4	4,8	6,9	6,0	6,3	6,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	6,3	4,2	-	7,6	12,2	7,0	-	-	-	-	-
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	1,6	-0,6	-1,0	0,6	1,7	3,6	1,6	1,9	3,8	3,5	4,5	5,6
OECD	1,7	0,2	-0,5	0,9	1,7	3,5	1,6	1,6	3,7	3,1	4,0	4,5
IWF	1,7	1,0	0,5	-	1,7	3,4	2,8	-	2,8	1,8	2,6	-
<b>Estland</b>												
EU-KOM	6,3	-2,4	-4,7	1,2	6,7	10,6	3,2	2,7	4,7	5,1	8,8	9,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,3	-1,5	0,5	-	6,6	10,2	5,1	-	-	-	-	-
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	10,3	-2,3	-6,9	-2,4	10,1	15,3	6,8	2,4	6,0	6,5	10,4	11,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	10,3	-0,9	-2,2	-	10,1	15,9	10,6	-	-	-	-	-
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	8,9	3,4	-4,0	-2,6	5,8	11,1	5,6	4,8	4,3	5,4	8,8	10,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	8,9	3,9	0,7	-	5,8	11,3	6,2	-	-	-	-	-
<b>Polen</b>												
EU-KOM	6,7	5,0	2,0	2,4	2,6	4,2	2,9	2,5	9,6	7,4	8,4	9,6
OECD	6,7	5,4	3,0	3,5	2,5	4,2	3,2	3,6	9,6	7,2	7,1	7,6
IWF	6,6	5,2	1,6	3,3	2,5	4,0	3,3	-	-	-	-	-
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	6,2	7,8	1,8	2,5	4,9	7,9	5,7	4,0	6,4	6,2	7,0	6,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,0	8,6	4,8	-	4,8	8,2	6,6	-	-	-	-	-
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	2,5	0,5	-1,4	1,2	1,7	3,3	0,7	1,0	6,1	6,2	7,9	8,7
OECD	2,9	0,8	0,0	2,2	2,2	3,5	1,5	1,1	6,1	6,1	7,0	7,7
IWF	2,7	1,2	1,4	-	1,7	3,4	2,8	-	6,1	6,6	7,1	-
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	6,0	4,2	1,7	2,3	3,0	6,3	2,6	2,3	5,3	5,0	5,7	6,6
OECD	6,6	4,4	2,5	4,4	3,0	6,6	2,0	2,6	5,3	4,5	5,2	5,5
IWF	6,6	4,0	-1,3	1,4	2,8	6,7	3,4	-	-	-	-	-

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	1,1	0,9	-1,6	1,0	7,9	6,1	2,8	2,2	7,4	7,7	8,8	9,1
OECD	1,1	1,4	-0,5	1,0	8,0	6,4	3,6	3,2	7,4	7,9	8,9	9,2
IWF	1,3	1,9	-3,0	0,6	7,9	6,3	4,1	-	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

IWF: WEO Update vom Januar 2009, nur für BIP 2009 und 2010 (nur für CZ, HU & PL).

Stand: Januar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
G7-Länder/Euroraum/EU-27**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	-0,2	-0,1	-2,9	-4,2	65,1	65,6	69,6	72,3	7,6	7,1	5,2	5,4
OECD	0,1	0,0	-0,9	-1,0	65,0	64,4	65,8	65,9	7,7	6,4	6,2	6,1
IWF	-0,2	-0,3	-0,8	-	63,2	76,4	77,0	-	7,6	7,3	6,8	-
<b>USA</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,9	-5,3	-6,7	-6,8	62,9	73,2	78,1	82,5	-5,3	-4,9	-3,9	-3,6
IWF	-2,7	-4,1	-4,6	-	60,7	61,5	65,4	-	-5,3	-4,6	-3,3	-
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,4	-1,4	-3,3	-3,8	170,6	173,0	174,1	177,0	4,8	3,8	4,3	3,9
IWF	-3,2	-3,4	-3,9	-	195,4	198,6	200,9	-	4,8	4,0	3,7	-
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-2,7	-3,2	-5,4	-5,0	63,9	67,1	72,4	76,0	-2,8	-3,8	-4,0	-3,9
OECD	-2,7	-2,9	-3,7	-3,9	63,9	66,4	69,7	72,8	-1,2	-1,6	-1,5	-1,6
IWF	-2,7	-3,3	-3,9	-	63,9	65,2	67,5	-	-1,2	-2,8	-2,7	-
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-1,6	-2,8	-3,8	-3,7	104,1	105,7	109,3	110,3	-1,7	-2,2	-1,2	-1,6
OECD	-1,5	-2,5	-2,9	-3,1	104,1	103,8	105,8	106,7	-2,5	-2,6	-2,1	-2,6
IWF	-1,6	-2,6	-2,9	-	104,0	104,3	105,5	-	-2,5	-2,8	-2,4	-
<b>Großbritannien</b>												
EU-KOM	-2,7	-4,6	-8,8	-9,6	44,1	50,1	62,6	71,0	-2,8	-2,3	-5,7	-5,9
OECD	-2,8	-3,6	-5,3	-6,5	44,2	56,0	60,9	66,6	-3,8	-1,9	-1,5	-2,1
IWF	-2,7	-3,5	-4,4	-	44,1	43,4	44,3	-	-3,8	-3,6	-3,4	-
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,4	0,3	-1,3	-1,7	64,1	63,0	65,6	66,9	0,9	0,4	-1,7	-1,4
IWF	1,4	0,7	0,6	-	64,2	60,7	58,4	-	0,9	0,9	-	-
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-0,6	-1,7	-4,0	-4,4	66,1	68,7	72,7	75,8	0,2	-0,4	-0,6	-0,6
OECD	-0,6	-1,4	-2,2	-2,5	66,5	67,4	69,4	71,1	0,3	-0,4	-0,1	0,0
IWF	-0,6	-1,5	-2,0	-	66,5	69,9	70,6	-	0,2	-0,5	-0,4	-
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	-0,9	-2,0	-4,4	-4,8	58,7	60,6	67,4	70,9	-0,5	-1,0	-1,4	-1,4
IWF	-0,9	-1,7	-2,2	-	-	-	-	-	-0,7	-1,2	-1,2	-

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 &amp; Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: Januar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	-0,3	-0,9	-3,0	-4,3	83,9	88,3	91,2	94,0	2,4	-0,7	-1,0	-1,5
OECD	-0,3	-0,7	-1,3	-1,6	83,9	88,5	88,6	88,4	1,7	-3,3	-2,4	-2,7
IWF	-0,1	-0,4	-1,3	-	-	-	-	-	2,1	0,0	-1,1	-
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	5,3	4,5	2,0	0,5	35,1	32,8	34,5	36,1	5,3	4,2	2,7	2,3
OECD	5,3	4,6	3,3	2,7	35,2	33,3	32,6	32,9	4,3	2,9	2,4	2,5
IWF	5,2	4,9	3,7	-	-	-	-	-	4,6	3,4	2,9	-
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-3,5	-3,4	-3,7	-4,2	94,8	94,0	96,2	98,4	-14,0	-13,4	-12,8	-13,2
OECD	-3,7	-2,8	-2,7	-3,1	94,4	93,0	91,9	91,3	-14,1	-14,5	-13,9	-13,2
IWF	-2,8	-2,8	-2,3	-	-	-	-	-	-14,1	-14,0	-14,1	-
<b>Irland</b>												
EU-KOM	0,2	-6,3	-11,0	-13,0	24,8	40,8	54,8	68,2	-5,4	-5,7	-3,5	-3,5
OECD	0,2	-5,6	-7,1	-7,0	24,8	29,7	37,6	45,1	-5,4	-6,2	-6,3	-5,2
IWF	0,3	-4,0	-4,7	-	-	-	-	-	-5,4	-5,0	-4,4	-
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	3,2	3,0	0,4	-1,4	7,0	14,4	15,0	15,1	9,8	8,0	6,3	6,3
OECD	3,2	1,6	-0,6	-1,5	7,0	15,2	14,4	17,3	9,9	6,6	5,1	6,1
IWF	3,0	1,7	1,0	-	-	-	-	-	9,9	8,6	8,2	-
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-1,8	-3,5	-2,6	-2,5	61,9	63,3	64,0	64,2	-5,5	-6,5	-7,0	-7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-1,7	-1,0	-	-	-	-	-	-5,4	-7,7	-6,4	-
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	0,3	1,1	-1,4	-2,7	45,7	57,3	53,2	55,2	9,8	8,4	6,5	6,1
OECD	0,3	1,0	0,0	-0,9	45,7	48,6	48,3	48,7	7,6	7,2	6,8	6,5
IWF	0,6	1,1	1,7	-	-	-	-	-	6,8	5,6	5,1	-
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-0,4	-0,6	-3,0	-3,6	59,5	59,4	62,3	64,7	3,3	3,1	2,5	2,6
OECD	-0,5	-1,0	-2,7	-3,5	59,5	60,2	62,4	65,3	3,1	3,6	3,7	4,0
IWF	-0,7	-0,7	-1,1	-	-	-	-	-	3,2	2,8	2,4	-
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,2	-4,6	-4,4	63,6	64,6	68,2	71,7	-9,9	-11,8	-9,7	-10,2
OECD	-2,7	-2,2	-2,9	-3,1	63,6	64,5	66,4	68,6	-9,8	-10,9	-10,2	-10,1
IWF	-2,6	-2,2	-2,3	-	-	-	-	-	-9,8	-12,0	-12,7	-

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Übrige Länder des Euroraums**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-1,9	-2,2	-2,8	-3,6	29,4	28,6	30,0	31,9	-5,1	-6,0	-6,2	-6,3
OECD	-2,0	-2,1	-2,0	-1,5	29,4	30,9	32,0	33,0	-5,3	-5,0	-4,1	-2,2
IWF	-2,2	-2,2	-1,7	-	-	-	-	-	-5,4	-5,1	-4,7	-
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	0,5	-0,9	-3,2	-2,8	23,4	22,1	24,8	25,8	-4,0	-6,0	-5,8	-6,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,1	0,1	-0,3	-	-	-	-	-	-4,9	-4,7	-4,7	-
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	2,2	-3,4	-6,2	-5,7	36,2	39,8	46,9	53,0	-10,1	-9,4	-7,1	-6,6
OECD	2,2	-1,5	-2,9	-3,8	36,2	37,8	41,3	45,3	-10,1	-9,7	-7,4	-6,4
IWF	2,2	-1,6	-2,5	-	-	-	-	-	-10,1	-10,1	-7,7	-
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	3,4	1,0	-0,6	-1,0	59,4	48,1	46,7	45,7	-9,7	-13,4	-12,0	-11,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,3	0,6	-0,3	-	-	-	-	-	-9,7	-9,7	-7,8	-

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: Januar 2009.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	0,1	3,2	2,0	2,0	18,2	13,8	12,2	10,7	-22,5	-24,7	-20,8	-19,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	4,2	2,7	-	-	-	-	-	-21,4	-24,4	-21,5	-
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	4,5	3,1	-0,3	-1,5	26,3	30,3	28,4	27,0	0,7	1,5	1,3	1,3
OECD	4,4	2,4	0,1	-0,6	26,2	23,6	23,7	24,7	1,1	0,8	0,9	2,0
IWF	4,8	3,2	3,0	-	-	-	-	-	1,1	1,3	1,8	-
<b>Estland</b>												
EU-KOM	2,7	-2,0	-3,2	-3,2	3,5	4,3	6,1	7,6	-18,3	-10,1	-5,7	-4,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-1,3	-1,4	-	-	-	-	-	-18,1	-10,8	-8,7	-
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	0,1	-3,5	-6,3	-7,4	9,5	16,0	30,4	42,9	-22,9	-14,9	-6,5	-5,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,7	-1,4	-2,0	-	-	-	-	-	-22,9	-15,1	-8,3	-
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	-1,2	-2,9	-3,0	-3,4	17,0	17,1	20,0	23,3	-15,1	-12,6	-7,0	-7,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-1,6	-0,7	-	-	-	-	-	-14,6	-14,9	-8,7	-
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-2,0	-2,5	-3,6	-3,5	44,9	45,5	47,7	49,7	-4,7	-5,6	5,6	-5,0
OECD	-2,0	-2,3	-2,7	-2,9	44,9	43,6	44,1	45,3	-4,7	-5,3	-6,3	-6,3
IWF	-1,5	-2,0	-2,3	-	-	-	-	-	-3,8	-4,7	-5,7	-
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-2,5	-5,2	-7,5	-7,9	12,7	15,2	21,1	26,8	-13,6	-12,9	-11,9	-11,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,3	-2,3	-2,8	-	-	-	-	-	-14,0	-13,8	-13,3	-
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	3,6	2,3	-1,3	-1,4	40,6	34,8	36,2	36,0	8,4	6,2	6,6	6,7
OECD	3,5	2,8	0,5	0,4	40,4	38,1	34,9	34,0	8,4	6,5	6,5	6,9
IWF	3,4	2,5	1,0	-	-	-	-	-	8,5	6,4	5,8	-
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-1,0	-1,2	-2,5	-2,3	28,9	27,9	29,4	30,6	-1,5	-0,9	-2,1	-2,6
OECD	-1,0	-1,6	-1,9	-1,7	28,7	26,5	25,6	25,2	-1,7	-2,3	-2,9	-3,3
IWF	-1,6	-1,9	-2,1	-	-	-	-	-	-1,8	-2,2	-2,5	-

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF  
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-5,0	-3,3	-2,8	-3,0	65,8	71,9	73,8	74,0	-6,4	-7,2	-5,5	-5,2
OECD	-5,0	-3,4	-3,6	-3,5	65,8	65,6	67,5	69,2	-6,4	-6,1	-6,1	-5,4
IWF	-5,5	-3,4	-3,3	-	-	-	-	-	-5,0	-5,5	-6,1	-

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 &amp; Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: Januar 2009.

**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de>  
oder  
<http://www.bmf.bund.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)  
Berlin, April 2009

**Lektorat und Satz:**

heimbüchel pr,  
kommunikation und publizistik GmbH,  
Berlin/Köln

**Gestaltung:**

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des  
Bundesministeriums der Finanzen:  
telefonisch 0 18 05 / 77 80 901  
per Telefax 0 18 05 / 77 80 941

1 Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com,  
abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.